

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von 1966-1988**

NWO-Sonderheft Nr. 26



Die Neue Weltordnung der USA von 1966-1988

NWO-Sonderheft Nr. 26

NWO-Moloch USA vom 01.01.1966-31.12.1988

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1966-1988	2-93
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	94-96

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1966-1988

Unter allen Rassen hat Gott das amerikanische Volk zu seinem Volk gemacht.
Albert J. Beveridge (1862-1927), US-Senator des Bundesstaates Indiana

Die US-Regierung erläuterte am 8. Februar 1966 während der sog. "Honolulu-Deklaration" ihre Ziele in Vietnam (x243/96): >>... Die Vereinigten Staaten wollen keine Stützpunkte. Sie streben nicht nach kolonialer Macht. Sie wollen weder ein Bündnis noch eine Bindung aufzwingen.

Sie wollen nur der Aggression begegnen und für dieses Ziel treten sie entschlossen ein. Ihre Bemühungen zielen lediglich darauf ab, einem Volk und einer Regierung zu helfen, die entschlossen sind, sich selbst zu helfen. ...<<

Die Regierung Südvietnams berichtete am 8. Februar 1966 in der sog. "Honolulu-Deklaration" über ihre Ziele (x243/97): >>... Wir müssen die Vietcong und alle jene besiegen, die mit ihnen illegal auf unserem Boden kämpfen. Wir sind das Opfer einer Aggression, die von Hanoi geleitet und unterstützt wird. Diese Aggression, der sogenannte Befreiungskrieg – ist Teil des kommunistischen Plans für die Eroberung ganz Südostasiens. Die Niederschlagung dieser Aggression ist von lebenswichtiger Bedeutung für die Zukunft unseren südvietnamesischen Volkes.<<

Der polnische Episkopat widerrief am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...

Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief (wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten) als göttliche

Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.

Andererseits wird Polen seit Jahren von deutschen Linken gegen das Vertreibungszentrum aufgestachelt, sei es von Markus Meckel und Wolfgang Thierse (je SPD) oder von Claudia Roth (Die Grünen). Hinzu kommt, daß naive Deutsche aller Parteien in eine Art Versöhnungsfalle getappt sind. Um sich das Wohlwollen Warschaws zu erkaufen, sind sie bereit, fast jeden Preis zu zahlen: Geld, Menschenrechte, historische Wahrheit.

Zum Thema Menschenrechte mußte Frau Steinbach konstatieren: "Wenn ich mir dann von Grünen-Politikern wie Claudia Roth anhören muß, die bereit sind, eigenhändig Kröten über die Straße zu tragen und deren Leben zu retten, aber erbarmungslos über das Schicksal von Millionen vergewaltigter Frauen und Vertreibungsoffer hinwegzusehen, dann ist das unerträglich. ...<<

Staatspräsident Charles de Gaulle schrieb am 7. März 1966 an US-Präsident Lyndon B. Johnson (x148/174): >>... Frankreich ist der Ansicht, daß die seit 1949 in Europa, in Asien und anderwärts vollzogenen oder im Gang befindlichen Änderungen ebenso wie die Entwicklung seiner eigenen Situation und seiner Streitkräfte ... nicht mehr die Maßnahmen militärischer Natur rechtfertigen, die nach dem Abschluß der Allianz entweder gemeinsam in Form multilateraler Abmachungen oder durch Sonderabkommen zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung getroffen wurden.

Aus diesem Grunde beabsichtigt Frankreich, auf seinem Gebiet die volle Ausübung seiner Souveränität, die gegenwärtig durch die ständige Anwesenheit von verbündeten Militärelementen oder durch die zur Gewohnheit gewordene Benutzung seines Luftraum beeinträchtigt ist, zurückzugewinnen, seine Teilnahme an den integrierten Kommandos zu beenden und der NATO keine Streitkräfte mehr zur Verfügung zu stellen.<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.

Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Siegermächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte am 1. Juni 1966 in seiner Rede während des SPD-Bundesparteitages in Dortmund (x155/127): >>... Eine Friedensregelung, wenn sie eines Tages kommt, wird Opfer verlangen. Diese Opfer werden in der Welt verstanden werden als der international-rechtliche Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg. ...

Manche Leute tun auch so, als hätten wir die Gebiete östlich der Oder-Neiße. In diesem Sinne 'haben' wir ja nicht einmal das, was zwischen Oder und Neiße liegt.

Manche Leute tun auch so, als hätten sich die befreundeten Staaten durch mehr als Rechtsvorbehalte engagiert, einige bekanntlich nicht einmal dadurch. ...

Keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann.<<

Die deutschen Vertriebenenverbände störten angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie wurden danach von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.

Das BdV-Präsidium kritisierte am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtpropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung.

Das Präsidium erblickt in den von einzelnen Massenmedien immer hemmungsloser wiederholten Angriffen gegen die Vertriebenenverbände, gegen die Pflege des ostdeutschen Kultur-

gutes und die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften einen Teilaspekt der Gesamtoffensive gegen die erklärte Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der politischen Parteien. ...

Demgegenüber wurde begrüßt, daß sich der niedersächsische Minister, Frau Meyer-Sevenich, vor der westdeutschen Öffentlichkeit energisch gegen die systematische Verletzung der Gefühle der Vertriebenen gewandt hat. ...<<

Die Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen.

Ihnen muß das ganze deutsche Volk und muß die ganze freie Welt dafür danken, daß sie sich 1945 nicht der Anarchie hingaben, was für den Kommunismus eine schwere Enttäuschung bedeutete. Aber in Bonn dankt man ihnen dies, wie es den Anschein hat, schlecht. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.

Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) trat am 30. November 1966 zurück.

Kurt G. Kiesinger (CDU) wurde am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und bildete eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizekanzler und Außenminister wurde Willy Brandt (SPD).

US-Außenminister Dean Rusk (1909-1994) erläuterte im Jahre 1966 die nordamerikanische Weltpolitik (x243/98): >>Das zentrale Anliegen unserer Außenpolitik ist es – in vertrauten Worten ausgedrückt -, "die Segnungen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu erhalten".

Wir wissen, daß wir diese Segnungen in der klein gewordenen Welt von heute nicht in nationaler Isolierung bewahren können, oder durch politische Programme und Abwehrmaßnahmen, die sich auf den nordamerikanischen Kontinent, die westliche Hemisphäre, die Gebiete um den Atlantik oder andere begrenzte Gebiete beschränken. Wir müssen uns um die Welt als Ganzes kümmern – und um die Menschheit als Ganzes. ...<<

Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpfte, berichtete über die USA (x149/129): >>Die Nordamerikaner haben ihre Herrschaft fast bis zum höchsten Grade ausgebaut und können nur noch wenig mehr erreichen. Jede Veränderung der Lage würde ihre Vorherrschaft beeinträchtigen.

Die Linie ihres Vorgehens beschränkt sich gegenwärtig auf die Anwendung brutaler Gewalt, um jede Befreiungsbewegung, gleich welcher Art, zu unterdrücken. ...

Unsere gesamte Aktion ist ein Aufruf zum Kriege gegen den Imperialismus, ein Appell zur Einheit der Völker gegen den großen Feind des Menschengeschlechts: die USA. ...<<

US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) bot dem vietnamesischen Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1954 Präsident von Nord-Vietnam) am 8. Februar 1967 Friedensverhandlungen an (x058/420): >>Wir haben in den vergangenen Jahren auf den verschiedensten Wegen und über eine Reihe von Kanälen versucht, Ihnen und Ihren Mitarbeitern unseren Wunsch nach einer friedlichen Regelung zu übermitteln. Diese Bemühungen haben aus welchen Gründen auch immer zu keinem Ergebnis

geführt. ...

In den vergangenen 2 Wochen sind mir öffentliche Erklärungen von Vertretern ihrer Regierung zur Kenntnis gebracht worden, in denen angedeutet wird, daß Sie zur Aufnahme direkter bilateraler Gespräche mit Vertretern der amerikanischen Regierung bereit wären, vorausgesetzt, daß wir "bedingungslos" und für immer unsere Bombenangriffe auf ihr Land sowie alle gegen es gerichteten Aktionen einstellen. ...

Ich bin bereit, eine Einstellung der Bombenangriffe auf ihr Land und die Beendigung einer weiteren Verstärkung der amerikanischen Truppen in Südvietnam anzuordnen, sobald ich die Gewähr erhalte, daß die Infiltration nach Südvietnam auf dem Land- und auf dem Seeweg aufgehört hat.

Diese Maßnahmen der Zurückhaltung auf beiden Seiten würden uns, so glaube ich, die Möglichkeit zu ernsthaften und nichtöffentlichen Besprechungen geben, die zu einem baldigen Frieden führen können. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 9. Februar 1967 (x068/351): >>Es ist weitgehend bewiesen, daß Bücher immer mehr als Propagandamittel verwandt werden, daß einflußreiche Leute Bücher zensieren, die sie für gefährlich halten oder die ihnen unangenehm sind, und daß sie, ohne es zuzugeben, die Abfassung von Büchern in Auftrag geben und überwachen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die ideologischen Aufgaben der CIA (x068/351-352): >>... Zu den Aufgaben der CIA gehört sogar die ideologische Bearbeitung, die Überwachung der Propaganda, die Kontrolle der Massenmedien etc. Dabei dient ihr zur zeitweisen Tarnung eine weitere Bundesbehörde, die eigens zur Verbreitung von "US-Gedankengut" in der Welt geschaffen wurde, die United States Information Agency (USIA).

Die Methoden sind vielfältig. Das reicht vom weltweiten Propagieren ganz bestimmter Bücher unter dem Einsatz von Millionen Dollar - Intelligenz ist käuflich, wie fast alles - bis zur Manipulation von Studenten, Finanzierung von "Studienreisen" für Professoren, Intellektuelle und nackter Bestechung von Journalisten und Autoren, die ihre Namen unter äußerst fragwürdig fabrizierte und zensierte Werke setzen. ...

Auch die Universitäten werden einbezogen, erhalten Gelder von der CIA, erst recht natürlich von der Regierung; manche Hochschulen sind sogar durch Lobbies in Washington vertreten. Auch so manche Beförderung von Wissenschaftlern, so manche Karriere von Redakteuren hängt damit zusammen. "Der CIA, die Ford-Stiftung und andere Institutionen", so Jason Epstein 1967, "haben einen ganzen Apparat Intellektueller geschaffen und finanziert, die aufgrund ihrer orthodoxen Stellung im Kalten Krieg ausgesucht wurden".<<

Ho Chi Minh beantwortete am 15. Februar 1967 das Schreiben des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson vom 8.02.1967 (x058/421): >>...Vietnam liegt Tausende von Meilen von den USA entfernt. Das vietnamesische Volk hat den USA niemals irgendwelches Leid zugefügt.

Im Gegensatz zu den von Ihren Vertretern auf der Genfer Konferenz von 1954 gegebenen Versicherungen hat die US-Regierung jedoch unaufhörlich in Vietnam interveniert; hat sie den Aggressionskrieg in Südvietnam vom Zaune gebrochen und intensiviert mit der Absicht, die Teilung Vietnams zu verlängern und Südvietnam zu einer Neokolonie und einem militärischen Stützpunkt der USA zu machen.

Über 2 Jahre lang hat die US-Regierung nunmehr mit ihren Luft- und Seestreitkräften den Krieg ... (nach) Vietnam, ein unabhängiges und souveränes Land, hineingetragen. Die US-Regierung hat Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit begangen.

In Südvietnam haben eine halbe Million amerikanischer Soldaten und Satellitentruppen zu den unmenschlichsten Waffen und den barbarischsten Methoden der Kriegführung gegriffen, wie z.B. betäubende Chemikalien und Gase, um unsere Landsleute abzuschlachten, Ernten zu

vernichten und Dörfer dem Erdboden gleichzumachen. Über Nordvietnam haben Tausende von US-Flugzeugen Hunderttausende Tonnen Bomben abgeworfen. ...

Die US-Regierung ist für die äußerst ernste Situation in Vietnam voll verantwortlich. Der amerikanische Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk ist eine Herausforderung an die Länder des sozialistischen Lagers, eine Bedrohung der nationalen Unabhängigkeitsbewegung und eine ernste Gefährdung des Friedens in Asien und in der Welt.

Das vietnamesische Volk ... ist ohne Furcht vor Opfern und Leiden zur Fortsetzung seines Widerstandes entschlossen, bis es wahre Unabhängigkeit und Freiheit und einen wirklichen Frieden erreicht hat.<<

Erich Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) erklärte am 3. April 1967 während eines FDP-Parteitages (x155/135): >>Natürlich wissen wir, daß Osteuropa die Oder-Neiße-Linie als endgültig ansieht. Wir wissen auch, was Staatspräsident de Gaulle seit 1958 geschrieben hat. Wir wissen auch, wie die Dinge in Washington und London beurteilt werden: mehr formell, weniger materiell im Sinne unserer Vorstellungen.

Sind das aber dann nicht Gründe, auch unsererseits wenigstens noch das zu halten, was wir an Rechtspositionen haben, und das bedeutet: wir können nicht Gegenstände, die einer künftigen friedensvertraglichen Regelung vorbehalten sind, vor dem Friedensvertrag aus der Hand geben, wenn wir nicht unsere eigene Verhandlungsposition schuldhaft schwächen wollen. ...<<

Israel schlug im Sechstagekrieg (Juni 1967) seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzte im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die politische Entwicklung Israels (x192/458): >>... Die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden zu einer Konstante der Nachkriegszeit.

Mit Waffenhilfe und finanzieller Unterstützung der USA entwickelte sich Israel zu einer wirksam verteidigten Insel des Wohlstands in einem Meer weniger entwickelter und schlecht bewaffneter arabischer Staaten.

Die Situation spitzte sich zu, als Ägypten und Syrien in den sechziger Jahren von der Sowjetunion Waffen- und technische Hilfslieferungen erhielten.

1967 fühlte sich die arabische Welt schließlich stark genug, Israel militärisch herauszufordern. Die Folge war der Sechstagekrieg, der für die Angreifer zum Desaster wurde. Israel schlug seine Gegner vernichtend und eroberte die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, die syrischen Golanhöhen und das Westjordanland, das vorher Teil Jordaniens gewesen war.

Ein weiterer Angriffsversuch sechs Jahre danach – der Jom-Kippur-Krieg – endete in einer ähnlichen Katastrophe für die Araber. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Sechstagekrieg" im Juni 1967 (x169/23-33): >>...

Mit dem arabisch-israelischen Junikrieg von 1967 wurde alles anders. Praktisch allen Berichten zufolge wurde DER HOLOCAUST erst nach diesem Konflikt zu einem festen Bestandteil des jüdischen Lebens in Amerika. Als gängige Erklärung für diesen Wandel gilt, daß Israels extreme Isolation und Verwundbarkeit während des Junikriegs die Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis wachrief.

In Wahrheit wird diese Analyse weder den Gegebenheiten der Machtbalance im Mittleren Osten zu jener Zeit noch der Art der sich entwickelnden Beziehung zwischen den jüdischen Eliten Amerikas und dem Staat Israel gerecht.

So, wie die amerikanischen Mainstream-Organisationen der Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis in den Jahren nach dem Krieg herunterspielten, blieb auch ihre Haltung gegenüber Israel mit der Politik der USA im Gleichschritt. Seit den frühesten Anfängen hegten die jüdischen Eliten Amerikas grundlegende Bedenken gegen einen jüdischen Staat.

An erster Stelle stand ihre Angst, er würde dem Vorwurf einer "doppelten Loyalität" Glaubwürdigkeit verleihen. Schon vor der Gründung des Staates Israel brachten Führer der amerikanischen Juden die Besorgnis zum Ausdruck, seine weitgehend osteuropäische, linksgerichtete Führungsriege würde sich dem Lager der Sowjets anschließen.

Auch wenn sie am Ende die von den Zionisten angeführte Kampagne für die Staatsgründung zu ihrer eigenen Sache machten, achteten die Organisationen der amerikanischen Juden genau auf die Signale aus Washington und paßten sich ihnen an.

Tatsächlich unterstützte das AJC die Gründung Israels vor allem aus der Angst heraus, es könne für die Juden zu einem innenpolitischen Rückschlag führen, wenn die in Europa verschleppten Juden nicht rasch angesiedelt würden. Obwohl Israel sich bald nach der Staatsgründung dem Westen anschloß, behielten viele Israelis eine starke Zuneigung zur Sowjetunion; die Führer der amerikanischen Juden hielten Israel, wie vorauszusehen gewesen war, auf Abstand.

Von seiner Gründung im Jahre 1948 bis zum Junikrieg von 1967 spielte Israel in der strategischen Planung Amerikas keine entscheidende Rolle. Als die Führung der Juden Palästinas die Ausrufung des Staates Israel vorbereitete, war Präsident Truman unschlüssig und wog innenpolitische Gesichtspunkte (die jüdischen Wählerstimmen) gegen die Warnungen des Außenministeriums ab (die Unterstützung eines jüdischen Staates würde die arabische Welt auf Distanz gehen lassen). Um die Interessen der USA im Mittleren Osten zu wahren, balancierte die Regierung Eisenhower die Unterstützung für Israel und die arabischen Länder aus, wobei sie jedoch die Araber begünstigte.

Immer wieder aufbrechende Konflikte der Israelis mit den USA über politische Fragen gipfelten in der Suezkrise von 1956, als Israel mit Großbritannien und Frankreich gemeinsame Sache machte, um Gamal Abd el Nasser, den nationalistischen Führer Ägyptens, anzugreifen. Obwohl Israels schneller Sieg und die Annexion der Sinai-Halbinsel die allgemeine Aufmerksamkeit auf sein strategisches Potential lenkten, wurde es von den USA weiterhin nur als einer von mehreren regionalen Interessenschwerpunkten geführt.

Dementsprechend erzwang Präsident Eisenhower den bedingungslosen Abzug Israels von der Sinai-Halbinsel. Während der Krise unterstützten die Führer der amerikanischen Juden für kurze Zeit die Anstrengungen Israels, den Amerikanern Zugeständnisse abzurufen, doch zuletzt, so erinnert sich Arthur Hertzberg, "zogen sie es vor, Israel zu empfehlen, lieber (auf Eisenhower) zu hören, anstatt sich den Wünschen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu widersetzen".

Außer als Objekt gelegentlicher Nächstenliebe verschwand Israel bald nach der Gründung des Staates aus dem Blickfeld des jüdischen Lebens in Amerika. Für die amerikanischen Juden war Israel in der Tat nicht von Bedeutung. In seiner Untersuchung von 1957 berichtete Nathan Glazer, daß Israel "bemerkenswert wenig Auswirkungen auf das Innenleben der amerikanischen Juden hatte".

Die Zahl der Mitglieder in der *Zionist Organization of America* fiel von mehreren Hunderttausend im Jahre 1948 auf mehrere Zehntausend in den sechziger Jahren. Vor dem Juni 1967 machte sich nur einer von 20 amerikanischen Juden die Mühe, Israel zu besuchen.

Bei Eisenhowers Wiederwahl im Jahre 1956, die stattfand, nachdem er unmittelbar zuvor Israel zu seinem demütigenden Rückzug von der Sinai-Halbinsel gezwungen hatte, wuchs die schon beträchtliche Unterstützung der Juden für den Präsidenten weiter an.

Zu Beginn der sechziger Jahre bezog Israel wegen der Eichmann-Entführung sogar Prügel von einem Teil der Meinungsführer der jüdischen Elite, zum Beispiel von Joseph Proskauer, dem früheren Vorsitzenden des AJC, von dem Harvard-Historiker Oskar Handlin und der in jüdischem Besitz befindlichen *Washington Post*. "Die Entführung Eichmanns", meinte Erich Fromm, "ist ein Akt der Gesetzlosigkeit von genau der Art, deren sich auch die Nazis ...

schuldig gemacht haben."

Die jüdischen Intellektuellen Amerikas erwiesen sich quer durch das politische Spektrum als besonders gleichgültig gegenüber dem Schicksal Israels. In detaillierten Untersuchungen über die linksliberale jüdische Intellektuellenszene während der sechziger Jahre wird Israel kaum erwähnt.

Unmittelbar vor dem Junikrieg veranstaltete das AJC ein Symposium zur "Jüdischen Identität hier und heute". Lediglich drei der einunddreißig "besten Köpfe der jüdischen Gemeinde" erwähnten Israel überhaupt; zwei von ihnen jedoch nur, um seine Bedeutung abzuwerten. Bezeichnende Ironie: Die einzigen beiden in der Öffentlichkeit stehenden jüdischen Intellektuellen, die vor dem Juni 1967 eine Verbindung zu Israel geknüpft hatten, waren ausgerechnet Hannah Arendt und Noam Chomsky.

... Die USA waren von Israels überwältigender Demonstration der Stärke beeindruckt und gingen dazu über, es sich als strategischen Besitz einzuverleiben. (Schon vor dem Juni-Krieg waren die USA vorsichtig zu Israel umgeschwenkt, als die Regimes von Ägypten und Syrien Mitte der sechziger Jahre einen zunehmend unabhängigeren Kurs einschlugen.) Militärische und wirtschaftliche Hilfe begann zu fließen, als Israel sich in einen Stellvertreter amerikanischer Macht im Mittleren Osten verwandelte.

Für die jüdischen Eliten Amerikas war Israels Unterordnung unter die Macht der USA ein gefundenes Fressen. Der Zionismus war aus der Prämisse entstanden, daß Assimilation ein Hirngespinnst sei, daß Juden immer als potentiell illoyale Fremdlinge angesehen würden. Um diesen Zwiespalt aufzulösen, waren die Zionisten bestrebt, eine Heimat für die Juden zu schaffen.

In der Tat wurde das Problem durch die Gründung Israels zugespitzt, jedenfalls für die Juden in der Diaspora - der Vorwurf der doppelten Loyalität erhielt damit eine institutionalisierte Ausprägung. Paradoxe Weise "erleichterte" die Existenz Israels nach 1967 die Assimilation in den Vereinigten Staaten: Jetzt standen Juden an der Front und verteidigten Amerika - eigentlich die "westliche Kultur" - gegen die rückständigen arabischen Horden.

Während Israel vor 1967 das Schreckgespenst einer doppelten Loyalität verkörperte, suggerierte es jetzt eine Super-Loyalität. Schließlich waren es nicht Amerikaner, sondern Israelis, die kämpften und starben, um die Interessen der USA zu schützen. Und anders als die amerikanischen GIs in Vietnam wurden die israelischen Kämpfer nicht von Emporkömmlingen aus der Dritten Welt gedemütigt.

Dementsprechend entdeckten die jüdischen Eliten Amerikas plötzlich Israel. Nach dem Krieg von 1967 konnte Israels militärischer Elan gefeiert werden, weil seine Gewehre in die richtige Richtung zeigten - auf die Feinde Amerikas. Seine militärische Potenz konnte vielleicht sogar den Eintritt in die inneren Zirkel der amerikanischen Macht erleichtern.

Konnten die jüdischen Eliten zuvor nur ein paar Listen mit jüdischen Umstürzern bieten, so spielten sie jetzt die Rolle der natürlichen Gesprächspartner für Amerikas neuesten strategischen Besitz. Von Nebendarstellern konnten sie plötzlich zu Mitspielern ganz oben auf der Besetzungsliste im Drama des Kalten Krieges avancieren. Israel wurde für die amerikanischen Juden ebenso zum strategischen Besitz wie für die Vereinigten Staaten. ...

Nach dem Juni-Krieg arbeiteten die jüdischen Mainstream-Organisationen Amerikas unablässig daran, die amerikanisch-israelische Allianz zu festigen. Im Fall der ADL schloß das eine weitreichende Überwachungsoperation im Inland mit Verbindungen zum israelischen und südafrikanischen Geheimdienst ein. In der New York Times nahm die Berichterstattung zum Thema Israel nach dem Juni 1967 auffällig zu. ...

Eine beliebte Pose der nach 1967 als Zionisten Wiedergeborenen bestand darin, ihre eigene freimütig geäußerte Unterstützung für ein vermeintlich belagertes Israel gegen die Feigheit der amerikanischen Juden während des Holocaust auszuspielen. In Wahrheit taten sie genau das,

was die jüdischen Eliten Amerikas immer getan hatten: Sie marschierten im Gleichschritt mit der Macht in Amerika. ...

... Für die neuen jüdischen "Unterstützer" Israels in Amerika ... (war) ein unabhängiges Israel in Frieden mit seinen Nachbarn wertlos. Nur ein israelisches Sparta, das der amerikanischen Macht verpflichtet war, kam in Frage, denn nur dann konnten die jüdischen Führer in den USA als Sprecher für die imperialistischen Ambitionen Amerikas auftreten.

Wie Noam Chomsky vorgeschlagen hat, sollten diese "Unterstützer Israels" zutreffender als "Unterstützer des moralischen Abstiegs und der endgültigen Zerstörung Israels" bezeichnet werden.

Um ihren strategischen Besitz zu schützen, "erinnerten" die jüdischen Eliten Amerikas sich an DEN HOLOCAUST. Üblicherweise wird berichtet, sie hätten das getan, weil sie zur Zeit des Juni-Kriegs geglaubt hätten, Israel schwebte in tödlicher Gefahr, weshalb sie von Ängsten vor einem zweiten Holocaust ergriffen worden seien. Diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. ...

Israel bewies schnell, daß es 1967 weit weniger verwundbar war als in seinem Kampf um die Unabhängigkeit. Die israelischen und amerikanischen Führer wußten schon vorher, daß Israel in einem Krieg mit den arabischen Staaten leicht die Oberhand behalten würde. Als Israel seine arabischen Nachbarn innerhalb weniger Tage in die Flucht schlug, wurde diese Wahrheit überzeugend offenbar. Novick berichtet: "Anlässlich der Mobilisierung der amerikanischen Juden zugunsten Israels wurde vor dem Krieg erstaunlich wenig auf den Holocaust Bezug genommen."

Erst nach Israels überwältigender Demonstration seiner militärischen Stärke entstand die Holocaust-Industrie und florierte inmitten der größten israelischen Siegesgewißheit. ...<<

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG).

Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

Im Verlauf eines Staatsbesuches betonte der französische Staatspräsident General de Gaulle am 9. September 1967 in der Stadt Hindenburg den polnischen Charakter der ehemals ostdeutschen Städte (x155/136): >>... (Hindenburg sei) die schlesischste aller schlesischen, die polnischste aller polnischen Städte. ... (Danzig bezeichnete de Gaulle als) polnisch, tief und hervorragend polnisch. ...<<

BdV-Präsident Rehs (1901-1971) kritisierte am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.

Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.

Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.

Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten. Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Ver-

trauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker, nahm maßgeblich an der revolutionären Umgestaltung Kubas teil, 1959-61 Präsident der kubanischen Nationalbank, 1961-65 Industrieminister Kubas), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpfte und nach einem Gefecht verwundet in Gefangenschaft geriet, wurde am 9. Oktober 1967 ohne Gerichtsurteil erschossen.

Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schrieb im Jahre 1967 über die Mißachtung der Bürgerrechte der Schwarzen (x190/245): >>Laßt uns einen Blick durch die Lupe werfen auf die Größe des Problems der Stellung der Schwarzen im Jahr 1967. ... Von den guten Dingen des Lebens hat er vielleicht die Hälfte der Weißen; von den schlechten (Dingen) hat er das Doppelte. ...

Die Hälfte der Schwarzen lebt unter unerträglichen Wohnbedingungen. ... Das Einkommen der Schwarzen beträgt die Hälfte der Weißen. Es gibt doppelt so viele Arbeitslose. Die Säuglingssterblichkeit ... liegt bei den Schwarzen doppelt so hoch wie bei den Weißen.

In den Grundschulen liegen die Schwarzen ein bis 3 Jahre hinter den Weißen zurück und ihre Schulen erhalten deutlich weniger Geld pro Schüler als die Schulen für Weiße. Die Zahl der Schwarzen, die ein College besuchen, beträgt ein zwanzigstel gegenüber den Weißen, und die Hälfte der unseren besucht schlecht eingerichtete Einrichtungen in den Südstaaten. ...<<

Die Truppen des Vietkong begannen am 30. Januar 1968 eine Großoffensive (Neujahrsoffensive) gegen Südvietnam und drangen bis zum 29.02.1968 zeitweise in die südvietnamesische Hauptstadt Saigon ein.

In "My Lai", einem Dorf in Südvietnam, wurden während des Vietnamkrieges am 16. März 1968 mehr als 300 Dorfbewohner von US-Soldaten getötet.

Ein US-Fotograf berichtete später über das Massaker von My Lai (x122/495): >>Wir waren noch außerhalb des Dorfes.

In etwa 100 Meter Entfernung sah ich 15 Vietnamesen – darunter Frauen und Kinder – auf einem Feldweg. Plötzlich eröffneten die Soldaten mit ihren M-16-Schnellfeuergewehren und Grantgewehren vom Typ M-79 das Feuer auf die Gruppe.

Zu meiner Rechten lief eine Frau, die aus der Deckung zu kommen schien. Erst schoß nur ein GI auf sie. Dann feuerten alle Soldaten. Sie zielten auf ihren Kopf. Die Knochensplitter flogen durch die Luft.

Noch nie zuvor hatte ich gesehen, daß Amerikaner gezielt auf unbewaffnete Zivilisten schossen. ... Ich sehe noch zwei kleine Jungen vor mir, der eine vielleicht drei, der andere sechs Jahre alt. Ein Kerl schoß mit einem M-16 auf sie. Der größere Junge warf sich schützend auf seinen kleineren Bruder. Der Soldat feuerte eine Leuchtpatrone in sie hinein, ihre Spitze schien im Fleisch des älteren Jungen zu brennen. Der Mann pumpte sechs weitere Schüsse in die Kinder und ließ sie liegen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Kriegsführung in Vietnam (x068/342-344): >>Man verschoß auch ... Behälter mit Eisensplittern. Oder den ... "Bienenkorb", eine Granate mit Hunderten von Eisenpfeilsplitzen von der Länge einer normalen Heftklammer, die in den Körper eindringen, und zwar so tief, daß die Wunde sich nach dem Eindringen wieder schloß. Diese Waffen wurden serienmäßig in einer Fabrik in San José bei San Francisco hergestellt.

Man benutzte auch Gewehre, die weit schlimmere Wirkungen hatten als die verbotenen Dum-Dum-Geschosse. Vor dem von Bertrand Russell und Jean-Paul Sartre initiierten Vietnam-Tribunal sagte ein US-Soldat aus:

"Als ich eines Tages während eines Schußwechsels aus kurzer Entfernung mit einer M 16 schoß, traf ich einen Mann in die Brust. Wie weggemäht wurde der Körper förmlich durch die Luft geschleudert und flog in einem Gleitflug drei bis vier Fuß über der Erde, bis er an einen Baum prallte. Unnötig zu sagen, daß die Brust des Mannes völlig zerfetzt war. ... Mit dem M-16-Geschoß kann man die Kriegsgesetze nicht umgehen; es hat eine bedeutend stärkere Wirkung als das verbotene Dum-Dum-Geschoß."

Gefangene sollten eigentlich gar nicht gemacht werden. So sagte der amerikanische Zeuge David Tuck vor dem Vietnam-Tribunal:

"Unsere Offiziere hatten uns gesagt, es habe keinen Sinn, Gefangene zu machen, ausgenommen nordvietnamesische Offiziere. ... Wir hatten den Befehl zu schießen und keine Gefangenen zu machen. Diese Anweisung war allgemein gültig und betraf vor allem das systematische Abknallen verwundeter Feinde. Für viele unserer Offiziere war das ein leidenschaftlich betriebener Sport. In ihren Augen ist ein toter Vietnameser ein guter Vietnameser."

Hier bricht die alte Tradition der Indianerkiller wieder durch: Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!

"Eine Zeit lang war es in der 173. Luftlandebrigade üblich, den toten Feinden nach dem Kampf die Ohren abzuschneiden, um ein Souvenir zu haben. Im 1. und 14. Regiment der 25. Division, der 3. Brigade, war es das Gleiche; eine vorübergehende Manie. Derjenige, der die größte Anzahl von Ohren besaß, wurde als Weltmeister im Vietkongkillen betrachtet und hatte hinterher im Basiccamp Anspruch auf Freibier und Whisky."

Gefangene wurden besonders bei Verhören geschunden. Schläge waren die Regel. Häufig folterte man elektrisch (etwa unter Verwendung des Feldtelefons), auch und gerade die Geschlechtsteile. Auch viele Frauen wurden elektrisch gefoltert, ungezählte vergewaltigt, unterschiedslos alte Frauen, Schwangere, junge Mädchen, viele unter 15 Jahren. In manchen Provinzen starb ein Fünftel der Vergewaltigten ...

Folterungen waren keine Einzelfälle, sondern geschahen massenweise und auf die unterschiedlichste Art. Der amerikanische Vietnam-Soldat Donald Duncan berichtet über ein Verhör:

"Ein Mann mit gebrochenem Bein wurde herangeschleppt. Man hatte ihn mit elektrischem Leitungsdraht gefesselt, mit einem dünnen plastikumhüllten Metalldraht, der sich tief ins Fleisch eingrub. Die Soldaten schleppten ihn bis in die Mitte des Dorfes.

Dort begann der Chef des "Einschüchterungskommandos", ihn zu verhören, allerdings ohne Erfolg.

Verhören: das heißt, der Offizier brüllte ihm die Fragen ins Gesicht, während ein Soldat sein gebrochenes Bein mit Fußtritten malträtierte ..."

Eine Art tschechoslowakisches Lidice oder französisches Oradour wurde im Vietnamkrieg das Dorf My Lai. US-Leutnant William L. Calley metzelte befehlsgemäß mit seiner Soldateska die Bewohner des völlig soldatenfreien Ortes nieder:

347 Zivilisten, darunter viele Kinder und Mädchen, die die US-Heroen erst noch vergewaltigten, wurden sämtlich massakriert und ihre Hütten niedergebrannt. Um zur Barbarei auch noch die Heuchelei zu bringen, steckte man den Oberschlächter Leutnant Calley (der selbst ein zweijähriges Kind, das schreiend aus einem Leichenhaufen krabbelte, mit einem Meisterschuß beruhigte) drei Tage in ein Militärgefängnis, worauf ihn Präsident Nixon amnestierte und er bald in den USA ein viel bewundertes, viel besungenes, viel beschenktes und mit Heiratsanträgen eingedecktes Inhaber eines Juweliergeschäfts geworden ist.

Ehre wem Ehre gebührt. Denn schließlich kämpfte Calley im Dienst der guten Sache und der freien Welt. In Deutschland erschienen die von ihm autorisierten Selbstaussagen 1972 unter dem Titel "Ich war gern in Vietnam". ...<<

Martin Luther King (1929-1968, Baptistenpfarrer und Vorkämpfer für die Bürgerrechte der

Schwarzen, erhielt 1964 den Friedensnobelpreis) wurde am 4. April 1968 durch den weißen Fanatiker James Earl Ray (1928-1998) in Memphis/Tennessee erschossen.

Der deutsche Journalist Thomas Giefer schrieb später über die Ermordung des Baptistenpfarrers Martin Luther King (x171/71-74): >>... Es ist 5 Uhr, als Pastor Kyles an die Tür klopft, um King und seine Begleiter zu einem ... Abendessen nach Art der Südstaaten, abzuholen.

Es dauert eine Stunde, bis alle zum Aufbruch bereit sind. Eine entspannte Stunde, King hat sich von der bedrückenden Stimmung des letzten Abends erholt, ist bester Laune.

"Wir haben uns mit Kopfkissen beworfen, er war sehr albern", erinnert sich Andrew Young. "Dann ging er auf sein Zimmer, um sich fürs Essen umzuziehen."

Um 6 Uhr tritt King mit Kyles aus seinem Zimmer auf den Balkon, von dem eine Treppe in den Hof führt. Dort warten schon Orange, Williams, Young und Jesse Jackson am weißen Cadillac, der King bei seinen Memphis-Aufenthalten von einem Beerdigungsunternehmer zur Verfügung gestellt wird.

King lehnt sich über das Geländer, um mit den unten Stehenden ein paar Worte zu wechseln: Für den nächsten Gottesdienst wünscht er sich das Lied "Precious Lord, take my hand ...". Kyles wird ungeduldig und geht in Richtung Treppe los, einer ruft zu King: "Es wird kalt, nimm einen Mantel mit!", da knallt der Schuß.

"Ich dachte, es wäre eine Motor-Fehlzündung. Ich war überrascht, daß Martin Luther King zu Boden gefallen war. Und erst dachte ich, es sei ein Spiel, weil er vor ein paar Minuten noch so fröhlich war."

Das Hochgeschwindigkeitsgeschloß hat einen Teil seines Gesichts weggerissen, hat seinen Oberkörper innerlich zerfetzt und ist knapp unter dem Schulterblatt steckengeblieben.

McCullough, ein Invader und FBI-Undercoveragent, wie sich später herausstellt, kniet als erster neben dem Sterbenden, Sekunden später kommt Kyles hinzu: "Da war eine erloschene Zigarette in seiner Hand. Ich nahm sie ihm aus den Fingern. Er rauchte nicht in der Öffentlichkeit, stand aber unter starkem Druck, so daß er damit angefangen hatte. Sein Schlips war durchtrennt und der Knoten verdreht. Ich habe keine Ahnung, warum ich mich gerade daran erinnere. Und da war dieses fürchterliche Loch in seinem Gesicht."

Obwohl sein Herz noch schlägt, gibt es im Krankenhaus nichts mehr, was die Ärzte für King tun könnten. Eine Stunde später wird sein Tod offiziell bekanntgegeben. ...

Die Nachricht löst in den USA ein politisches Erdbeben aus. In den Schwarzenghettos explodiert augenblicklich die Gewalt. Ganze Stadtteile gehen in Flammen auf. Lyndon B. Johnsons Justizminister Ramsey Clark fliegt noch am selben Abend nach Memphis. Keine 24 Stunden später gibt er in einer Pressekonferenz die Richtung der FBI-Ermittlung bekannt: "Wir haben keine Hinweise auf eine Verschwörung. Alle Beweise deuten zur Zeit auf einen Einzeltäter hin." ...

65 Tage nach dem Mord an King, sitzt der Mann, der von sämtlichen Zeitungen der Welt bereits als "Mörder des Jahres" präsentiert wurde, endlich hinter Gittern.

Ein knappes Jahr später überredet ihn sein Anwalt, sich schuldig zu bekennen – angeblich, um ihn vor dem elektrischen Stuhl zu bewahren. Dadurch entfällt eine ernstzunehmende Beweisaufnahme, die Verhandlung des Jahrhundertverbrechens ist vor der Mittagspause zu Ende.

Ray, der zu 99 Jahren Haft verurteilt wird, widerruft nach drei Tagen sein Geständnis. Doch bis zum Ende seines Lebens wird er vergeblich auf eine neue Gerichtsverhandlung hoffen.

...<<

Der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) wurde am 11. April 1968 durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt.

Nach dem Anschlag ereigneten sich in zahlreichen westdeutschen Städten gewalttätige Demonstrationen.

Rudi Dutschke (Wortführer der sozialistischen-marxistischen APO-Studentenbewegung) schrieb damals über die Aufgaben und Ziele einer "Außerparlamentarischen Opposition" (x149/149): >>Heute hält uns nicht eine abstrakte Theorie der Geschichte zusammen, sondern der Ekel vor einer Gesellschaft, die von Freiheit schwätzt und die unmittelbaren Interessen und Bedürfnisse der Individuen und der um ihre sozialökonomische Emanzipation kämpfenden Völker subtil und brutal unterdrückt. ...

Die Bremer Schüler haben gezeigt, wie die Politisierung unmittelbarer Bedürfnisse des Alltagslebens - Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen – subversive Sprengkraft entfaltet werden kann. ...

An jedem Ort der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung in radikaler Form möglich. Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. ...<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner (1907-1999) schrieb später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127):

>>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Robert Francis Kennedy (1925-1968, von 1960-64 US-Justizminister, danach Senator der USA, 1968 aussichtsreicher demokratischer Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur) wurde am 5. Juni 1968 nach einem Wahlsieg über McCarthy durch den Jordanier Sirhan Bishara Sirhan in Los Angeles niedergeschossen.

US-Senator Robert (Bob) Kennedy erlag etwa 2 Stunden nach dem Attentat seinen Verletzungen.

Der deutsche Dokumentarfilmer Yoash Tatarski schrieb später über das Attentat auf Robert F. Kennedy (x171/97-99): >>... "Kennedy, du verdammter Hurensohn ...", ruft Sirhan B. Sirhan und schießt sein ganzes Magazin leer, acht Schüsse insgesamt. Er stand neben einem eisernen Gartisch und nach Ansicht aller Augenzeugen etwa ein bis eineinhalb Meter vor Kennedy.

Es war 0.14 Uhr morgens, am 5. Juni 1968, als drei Schüsse den demokratischen Sieger der Vorwahlen von Kalifornien schwer verletzt niederstreckten. Ein vierter Schuß durchschlug seine Schulterpolster, ohne ihn zu verletzen.

Scott Enyart, der Wahlhelfer und Reporter für die Schülerzeitung, war direkt hinter Kennedy und fotografierte ihn. Mit einem Mal verschwand er aus seinem Sucher. Paul Schrader, am Kopf getroffen, fällt auf Enyart. Vier weitere Menschen wurden angeschossen.

Juan Romero kniete nieder und hielt Bobbys Kopf in der Hand. Als er hoch blickte, sah er "nur Füße, rückwärts gehen". Die Leute bildeten einen Kreis und Romero hörte: "Oh Gott, nicht schon wieder!"

Zu dieser Zeit drängten sich rund 80 Menschen in dem schmalen Küchengang, der knapp 25

Quadratmeter durchmaß. Ethel Kennedy hatte es nicht in den Raum geschafft. Von der Menge getrennt, suchte Roosevelt Grier sie zu schützen.

Als er die Schüsse hörte, bahnte sich der Zweimeterriese seinen Weg durch die schreiende Menge und warf sich auf Sirhan. Zwar hatte der deutsche Protokoll-Chef Karl Uecker ihn bereits nach dem zweiten Schuß in den Schwitzkasten genommen und Sirhans Hand auf den Gartisch gedrückt. Nun hielten mehr Kennedy-Begleiter seinen Arm auf dem Tisch fest. Doch Sirhan gelang es auch aus dieser Position, die restlichen 6 Kugeln in den Raum zu feuern.

Schließlich schaffte es Grier gemeinsam mit Rafer Johnson, Sirhan den Revolver zu entreißen. Und er sorgte dafür, daß der Attentäter nicht von den Umstehenden totgeschlagen wurde.

...

Ethel folgte Roosevelt Grier und bahnte sich ihren Weg zu ihrem Mann, der am Boden lag. Juan Romero hielt noch immer Kennedys Kopf in den Händen. ... Ethel beugte sich zu Robert und versuchte ihn zu beruhigen: "Alles wird gut, Bobby."

Nach Aussagen vieler Augenzeugen war Kennedy noch bei Bewußtsein. Romero hörte ihn flüstern: "Sind alle okay?", und: "Ist Paul okay?".

Kennedy muß noch gesehen haben, daß Paul Schrade getroffen zu Boden fiel. Er lag am Kopf blutend, gut einen Meter hinter Kennedy.

Ethel flehte die Umstehenden an, Platz zu machen, den Verletzten in der drückenden Hitze etwas Luft zu verschaffen. Zu seiner Frau flüsterte Robert Kennedy: "Oh Ethel, Ethel ..."

... Schließlich trafen zwei Ärzte ein und versuchten, erste Hilfe zu leisten. Kennedy atmete noch. Zwei Sanitäter waren 13 Minuten später am Ort. Sie schafften es kaum, Kennedy durch die Menschenmenge in den Unfallwagen zu transportieren. ...

Robert Francis Kennedy stirbt nach Auskunft der Ärzte um 01.44 Uhr, am 6. Juni 1968. Die tödliche Kugel war hinter seinem rechten Ohr in den Schädel gedrungen, in drei Fragmente zersplittert und steckengeblieben.

Der Schuß kam von hinten, gefeuert von unten nach oben. Aus einem Revolver, fast aufgesetzt an seinem Kopf.

Sirhan Bishara Sirhan wird am Tatort verhaftet, seine Wohnung sofort durchsucht. Die Polizei findet seine mit Hand geschriebenen Tagebücher, und in einer Schublade einen Umschlag mit den von derselben Hand geschriebenen Worten: "RFK muß vernichtet werden wie sein Bruder ... reaktionär." ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (39/1968) berichtete am 23. September 1968 über die "FEINDSTAATEN-KLAUSEL": >>Form des Klassenkampfes

Bonns zweiter Kanzler Ludwig Erhard hatte vor drei Jahren selbstsicher verkündet: "Die Nachkriegszeit ist zu Ende." Bonns dritter Kanzler Kurt Georg Kiesinger mußte erkennen, daß sie noch gar nicht begonnen hat.

Denn 23 Jahre nach dem verlorenen Krieg haben die Deutschen den Frieden noch nicht gewonnen. Von neuem beansprucht die Sowjet-Union ein Recht, das ihr vor genau 24 Jahren im Kriege gegen Hitler zugestanden wurde: in Deutschland zu marschieren.

Damals, am 21. August 1944, drei Monate nach der alliierten Invasion in Nord-Frankreich, waren die Außenminister der USA, Großbritanniens, Chinas und der Sowjet-Union in Dumbarton Oaks, einem Landhaus der US-Regierung in der Nähe Washingtons, zusammengekommen, um den Entwurf einer "Charta der Vereinten Nationen" zu paraphieren.

Acht Monate später, am 25. April 1945, stimmten die kriegführenden Alliierten und ihre 42 Verbündeten dem Entwurf zu. Die neue Friedensordnung sollte alle Nationen für alle Zeit vor gewaltsamer Bedrohung schützen.

Ausgeschlossen von der Uno-Schutzgarantie blieben nur Hitlers Deutsches Reich und reine Verbündete: Die Artikel 53 und 107 der Uno-Charta entzogen diesen "Feindstaaten" auf unbeschränkte Zeit der Uno-Kompetenz ...

Nach der deutschen Kapitulation machte die Sowjet-Union bis 1952 siebenmal von den Feindstaatenklauseln Gebrauch; so, als sie

- 1948 bei der Blockade Berlins den Uno-Sicherheitsrat unter Berufung auf den Artikel 107 durch ihr Veto daran hinderte, den Fall vor die Vollversammlung zu bringen;

- 1950 bei der Uno-Debatte über die Lage der Kriegsgefangenen in Rußland die Vereinten Nationen unter Hinweis auf den Artikel 107 für unzuständig erklärte.

Doch dann verschwanden die Feindstaatenklauseln auch aus dem Arsenal der Sowjet-Diplomatie.

Die ehemaligen Hitler-Verbündeten Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Italien, Finnland und Japan wurden selbst Mitglieder der Uno. Und die Westmächte versprachen der Bundesrepublik in ihrer Londoner Erklärung vom 3. Oktober 1954, sie entsprechend dem Artikel 2 der Uno-Charta (Achtung der souveränen Gleichheit, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten) als gleichberechtigten Staat zu betrachten. Ein Jahr danach versicherte auch die Sowjet-Union der DDR, daß die gegenseitigen Beziehungen "auf voller Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität ... beruhen".

Doch der Schein trog. Zwölf Jahre später, im November 1967, kramte Moskau die Uno-Klauseln wieder die feindlichen Staaten aus der Rumpelkammer des Völkerrechts. In einem Aide-mémoire an die Bonner Regierung wies die Sowjetregierung darauf hin, daß sie sich entsprechend der Uno-Charta weiterhin zu "Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat" - und mithin auch gegen die Bundesrepublik - berechtigt fühle.

Die Bundesrepublik, so dozierte die Sowjetregierung, könne "keinen Anspruch auf die gleiche Stellung, wie sie die anderen europäischen Staaten haben ... erheben". Denn: "Im Unterschied zu diesen Staaten hat die BRD nicht nur keinen Friedensvertrag, sondern betreibt außerdem eine Politik, die den Frieden bedroht."

Schwaben-Kanzler Kiesinger forcht (fürchtet) sich: "Die Sowjet-Union könnte die Charta der UN zum Vorwand nehmen, um bei uns gewaltsam zu intervenieren." Offenbar wolle der Kreml "uns in die Knie zwingen".

Und des Kanzlers außenpolitischer Zuredner Eugen Gerstenmaler bekam Angst, "daß sich der Kreml das Recht vorbehalten will, wenn immer ihm das richtig erscheint ... gegen die Bundesrepublik ... vorzugehen, wie er es jetzt gegen die Tschechoslowakei tut".

Zwar versuchte Außenminister Willy Brandt mit der Versicherung zu beruhigen, die westlichen Alliierten hielten die Feindstaatenklauseln für "obsolet", für überholt. Doch stellte sich heraus, daß die Bündnispartner von diesen Klauseln noch nie ausdrücklich abgerückt waren. Und auch Brandt mußte einräumen: "Selbst haben sie dies so deutlich noch nicht erklärt."

In der Tat: Von keiner der Siegermächte wurden die Verliererklauseln je außer Kraft gesetzt. Unter Völkerrechtlern aber ist obendrein noch strittig, ob sie je in Kraft treten könnten.

Geht man - wie die Juristen des Bonner Auswärtigen Amtes - davon aus, daß die Regeln des allgemeinen Völkerrechts, die jedes Staates Integrität garantieren, über der Uno-Charta stehen, so sind die Feindstaatenartikel nichts als reines Verfahrensrecht der Uno. Prägnant resümierte die "Frankfurter Allgemeine" die Bonner Sicht: "Die Feindstaaten sollten kein Recht haben, die Uno um Hilfe anzurufen. Das ist alles."

Geht man jedoch - wie sowjetische Völkerrechtler - davon aus, daß die Uno-Charta das Völkerrecht ist, so ermächtigen die Feindstaatenklauseln die Siegermächte zu den von Moskau angedrohten "Maßnahmen".

Stellt man - wie das Bonner Auswärtige Amt (AA) - den Nato-Vertrag "als Lex specialis über die Uno-Charta" (Willy Brandt), so sind die Feindstaatenklauseln für die Dauer des Bündnisses nicht anwendbar.

Stellt man aber - wie die Rechtslehrer des Ostens - die Uno-Charta über den Nato-Vertrag, so

gehen die Feindstaatenklauseln im Falle einer "aggressiven Politik" der Bundesregierung den Bündnisverpflichtungen der westlichen Nato-Partner vor.

Uneins sind sich Moskau und der Westen überdies darüber, wer nach Artikel 107 der Uno-Charta - wenn überhaupt - wo intervenieren kann.

Nach Auffassung der Westmächte nämlich beschränkt das Potsdamer Abkommen die in Artikel 107 festgestellte "Verantwortung für solche Maßnahmen" auf das Besatzungsgebiet der jeweiligen Siegermacht. Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" könnten die vier ehemaligen Besatzungsmächte nur gemeinsam wahrnehmen.

Die Sowjetregierung hingegen legt das Potsdamer Abkommen so aus, als räume es jedem Signatarstaat das Recht ein, seine Verantwortung für Deutschland als Ganzes im Alleingang wahrzunehmen und notfalls auch zu intervenieren - nach dem Grundsatz des Moskauer Völkerrechtlers D. B. Lewin-. "Völkerrecht ist eine Form des Klassenkampfes."

In solchem Wirrwarr der Interpretationen wandte sich die Bundesregierung hilfeschend an ihre drei großen westlichen Bündnispartner: Doch verbindliche Rechtsauskunft mochten auch sie nicht erteilen.

London erklärte, es betrachte "die sogenannten Feindstaatenklauseln als irrelevant in dieser Situation". In welcher Situation sie relevant sein könnten, ließ die britische Regierung offen.

Paris befand, die russische Interpretation sei "mißbräuchlich und ungenau". Wie genau sie ist, sagte die französische Regierung nicht.

Und Washington versicherte, daß die Artikel 53 und 107 der Sowjet-Union nicht das Recht einräumten, "einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu intervenieren". Ob eine mehrseitige Intervention möglich wäre, verschwieg das Weiße Haus.

Bonn war so klug als wie zuvor. Kanzler Kiesinger mochte nun plötzlich das "dumme Gerede der Nichtjuristen" nicht mehr hören. Vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU rüffelte er am letzten Mittwoch Parteifreunde, die sich - wie er - über die Feindstaatenklauseln allzusehr aufgeregt hatten. Denn wer das tue, so meinte der Regierungschef, erkenne damit indirekt den russischen Standpunkt an, daß sie anwendbar seien.

Die Polit-Planer des Auswärtigen Amtes haben mittlerweile in den so bedrohlich scheinenden Uno-Klauseln gar wohltuende Wirkungen für die deutsche Wiedervereinigungspolitik entdeckt.

AA-Chef Brandt: "In den Artikeln steckt etwas, was wir nicht einfach beiseite schieben sollten, nämlich die Verantwortung der vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem - bis zu einer friedensvertraglichen Regelung." <<

Richard M. Nixon (1913-1994, Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 5. November 1968 zum 37. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Richard M. Nixon (x068/336-339): >>... Ein so lange in so hohen Positionen zum Wohl der USA ringender Mensch hatte natürlich auch die vermögendsten, die ehrenwertesten Helfer.

Zum Beispiel seinen engen Freund, den US-Multimillionär und internationalen Finanzbetrüger Robert L. Vesco (in Deutschland auch durch seine einst mit Vize-Kanzler Erich Mende verbundene Kapitalgesellschaft IOS bekannt). Der anhängliche Nixon ließ den hoch vermögenden Kriminellen, der gute Kontakte zur Mafia hatte (etwa zu dem für Heroinhandel zuständigen Mafiaboß Santo Trafficante jun. nicht nur durch seinen Justizminister John Mitchell aus dem Schweizer Gefängnis St. Antoine holen, sondern ließ auch alle gegen Vesco anhängigen Untersuchungen wegen Waffen- und Drogenhandels einstellen.

Wofür ist man Präsident, herrgottnochmal!

Ergo wurde auch ein Agent der US-Drogenabwehr DEA, der den Präsidentenfreund Vesco des Heroinschmuggels beschuldigt und entsprechende Nachforschungen betrieben hatte, kur-

zerhand gefeuert und eine Senatsuntersuchung dieses Vorgangs durch das Weiße Haus gestoppt. Im Übrigen: "Immer dann, wenn die Beziehungen zwischen Nixon, CIA, der Drogenabwehr DEA, Vesco und der Mafia einmal Gegenstand der Untersuchungen waren, kam es zu zahlreichen und plötzlichen Todesfällen" (J. Roth/B. Ender).

Sind ja auch in wenigen Jahren nach Kennedys Tod angeblich "mindestens 13 Personen, die auf die eine oder andere Weise einen unerwünschten Blick hinter die Kulissen von Dallas erhascht hatten, eines gewaltsamen Todes gestorben oder unter verdächtigen Umständen aus dem Leben geschieden" (Joachim Joesten).

Richard Nixon war seit langem eng mit der Mafia verbunden. Schon 1946 wurde seine Kandidatur für den Kongreß von einem der besten Mafia-Anwälte mitfinanziert. In den fünfziger Jahren bekam er äußerst preisgünstig Grundstücke von der Mafia in Miami. Auf Kuba, zeitweise eine Hochburg für Drogenhändler und Glücksspieler, besaß Nixon Anteile an den von der Mafia neu gebauten und kontrollierten Spielcasinos, die er auch besuchte. Ferner hatte Nixon zu der Mafia auf den Bahamas Kontakt. Als Präsidentschaftskandidat war er dort 1968 Ehrengast bei der Eröffnung einer ihrer Spielbanken.

So erstaunt es wohl kaum, daß zu den ersten Amtshandlungen von Präsident Nixon (einem rabiaten Judenhasser, dessen Antisemitismus hinter den Hetztiraden eines "Stürmer" und Streicher nicht zurückstand) die Entfernung des Staatsanwaltes Robert Morgenthau gehörte. Hatte dieser doch, mit der Verbindung des organisierten Verbrechens zu Politikern befaßt, maßgebliche Mafia-Finanziers des Nixon-Wahlkampfes entdeckt, die jede Menge krummer Geschäfte betrieben. Dagegen wurde ein Nixon-Spezi, der Präsident der Transportarbeitergewerkschaft "Teamster", Jimmy Hoffa, der u.a. wegen seiner durch Robert Kennedy aufgedeckten Beziehungen zu Mafia-Boß Meyer-Lansky 13 Jahre ins Gefängnis mußte, 1971 von Präsident Nixon begnadigt.

Andererseits darf nicht verschwiegen werden, daß Präsident Nixon auch eine ganze Mafia-Organisation, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten, kaltblütig zerschlug, nämlich die französische mit ihrer Hochburg in Marseille - ein Konkurrenzunternehmen der ehrenwerten Gesellschaft von Meyer-Lansky in Miami. Dieser bekam nach Liquidierung der französischen Rivalen eine Art Monopol im Drogenhandel, und innerhalb von vier Jahren stieg der Drogenverbrauch in den USA um das Doppelte.

Sein innenpolitisches Engagement, um es mal so zu sagen, hindert Nixon natürlich nicht am außenpolitischen. Trotz des zumindest verbal intendierten Übergangs von der "Konfrontation zur Kooperation" (Nixon) war man doch so eifrig wie je auf die "Eindämmung sowjetischer Expansion" bedacht, unterstellte man der anderen Seite Gleichgewichtsverletzung, Stabilitätsgefährdung und dergleichen. Kurz, die antisowjetische Politik bestand selbstverständlich fort. Die USA bauten in den frühen siebziger Jahren 429 Militärbasen sowie fast 3.000 Einrichtungen geringeren Ausmaßes in 30 Staaten. Dort standen 1 Million Soldaten, ohne die in Vietnam. Außerdem leisteten sie Militärhilfe in 43 Ländern; 1971 betrug sie 2,35 Milliarden Dollar.

All dies diente besonders der Einkreisung Rußlands. Nach dem Konzept von Nixons Sicherheitsberater und (zweitem) Außenminister Henry Kissinger mußte der "Gegner" in eine Lage gebracht werden, "aus der er sich nur durch den totalen Krieg herausziehen kann, während wir ihn gleichzeitig durch die Überlegenheit unserer Vergeltungsfähigkeit davon abhalten, diesen Schritt zu tun." Nixons (erster) Verteidigungsminister Melvin Laird sprach fein von der "globalen amerikanischen Führungsrolle hin zum Frieden".

Diese globale Führungsrolle hin zum Frieden zeigte sich auch immer wieder beim Krieg in Vietnam. Stets von neuem signalisierte Nixon eine gewisse Friedensbereitschaft, berief er etwas zurück, zog er etwas ab, schränkte etwas ein - und forcierte dann von Mal zu Mal den Krieg. Zu dieser Taktik drängten ihn vor allem, wenn nicht allein, die zunehmenden Friedens-

agitationen des amerikanischen Volkes.

Schon bei seiner Antrittsrede muß Nixon vor Kriegsgegnern in Schutz genommen werden. Im November demonstrieren 25.000, im Mai nächsten Jahres 100.000 Menschen gegen das Blutbad. In Kent/Ohio und in Jackson/Mississippi werden sechs pazifistische Studenten von "Ordnungshütern" erschossen.

Nixon laviert also.

Im Juni 1969 kündigt er den Abzug von 25.000 Soldaten an, Ende "Juli die Erhaltung des amerikanischen Atomschirmes und die Fortsetzung militärischer Hilfe in Südostasien. Im November verheißt er den allmählichen Abzug aller US-Streitkräfte aus Vietnam. Im Sommer 1970 weitet er den Krieg in Kambodscha und in Laos aus, um endlich "ein gesundes System", mit seinem Vorgänger zu sprechen, gegen die Kommunisten durchzusetzen, die indes ständig stärker werden.

Als im Mai 1971 die Anti-Vietnam-Demonstrationen kulminieren, beordert die Nixon-Administration 2.000 Soldaten mit scharfer Munition ins Schatzministerium, um dessen drohende Besetzung zu verhindern. 1972 macht Nixon versöhnliche Besuche in China und Rußland; zeitlich dazwischen läßt er die Luftangriffe über Nord-Vietnam massieren, besonders auf Hanoi und Haiphong, auf die Eisenbahnlinien, auf wichtige Verkehrswege und -mittel, auch werden jetzt alle nordvietnamesischen Häfen vermint.

Dann beginnt der Wahlkampf. Nixon befiehlt die Einstellung der Luftangriffe, und sein Sicherheitsberater Kissinger kündigt den Abschluß eines Waffenstillstands an. Und obwohl der demokratische Gegenkandidat, Senator McGovern, die Nixon-Regierung als die korrupteste in der Geschichte der Vereinigten Staaten angreift (vielleicht doch etwas zu viel der Ehre), siegt Nixon haushoch - und Kissinger stellt gleich darauf seine Waffenstillstandsverhandlungen ein, und Nixon befiehlt die bisher schwersten Bombenangriffe auf Hanoi und Haiphong.

Der Krieg freilich war längst auf der ganzen Welt, nicht zuletzt in den USA selbst, immer mehr ins Zwielficht geraten. Trotz enormer technischer Überlegenheit konnten sie nicht siegen, sie mußten ihre Truppen allmählich zurückziehen und steckten eine demütigende Niederlage ein. Zwischen ihnen, Nord- und Süd-Vietnam sowie der provisorischen Revolutionsregierung von Süd-Vietnam kommt es am 27. Januar 1973 zum Waffenstillstandsabkommen von Paris.

Und bis zum 29. März ist der US-Truppenabzug aus Vietnam im Wesentlichen beendet.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Krieg in Vietnam von 1965-1975 (x068/339-341): >>... **Die Verteidiger der Menschenrechte**

Es war kein anderer als der amerikanische Kardinal Francis Spellman, der seinerzeit als Armeebischof schrie, die Amerikaner verteidigten in Vietnam die Sache Gottes, der Gerechtigkeit und der Zivilisation. Es war kein anderer als dieser Kardinal, der den totalen Krieg, die Ausradierung von Hanoi forderte, der rief "Weniger als Sieg ist undenkbar". Es war dieser so sehr mit der Wallstreet verbundene Kirchenfürst, der das vietnamesische Inferno als "heiligen Kampf" feierte, als "Kreuzzug", und die Soldateska seines Staates als "Soldaten Christi"; der Brandreden hielt, daß sich sogar, das heißt etwas, Washington betroffen zeigte.

Kein Wunder, ist der Prälat doch wie kaum ein anderer von Anfang an in diesen grauenhaften Krieg verstrickt. Er war es, der den Katholiken Diem schon frühzeitig, nämlich 1954, an den Senator John F. Kennedy "verkaufte", sodaß dieser vor jeder Nachgiebigkeit in Vietnam warnte. Er war es, der mit Dulles unter anderem die durch das Genfer Abkommen vorgesehenen freien Wahlen verhinderte. Und er war es schließlich, der Kennedy, als der dann Präsident geworden, dazu brachte, aktiv mit Soldaten in Vietnam einzugreifen.

Insgesamt standen in Vietnam 2,6 Millionen Amerikaner. Dazu kommen noch 0,7 Millionen US-Soldaten, die den Krieg in Südostasien und dessen Gewässern führten. Entsprechend sind die Verluste. Allerdings nicht so sehr auf amerikanischer Seite, wo man sogenannte Kriegs-

handlungen spätestens seit dem Ersten Weltkrieg vor allem mit Material erledigt, wo man mit Masse totschießt, mit Technik. Im Grunde mit Geld. Wie ja auch für das Geld.

Die Verluste der Amerikaner in Vietnam werden mit 56.221 Toten und 303.605 Verwundeten angegeben. Außerdem verloren sie 3.705 Flugzeuge und 4.867 Hubschrauber.

Die Südvietnamesen hatten schon mehr Gefallene, etwa 200.000, da man die Verbündeten großzügig vorgehen ließ – im Kampf. Übrigens auch die eigenen Schwarzen. Obwohl sie nur 11 % der männlichen US-Bevölkerung zwischen 18 und 29 Jahren ausmachten, waren in Vietnam mehr als 21 % der US-Gefallenen Schwarze! Auch bei ihren Krawallen in den Staaten starben und sterben ja immer mehr Schwarze.

Ihre oft so großsprecherischen Weißen kämpfen nämlich nicht gern im Krieg; an sich ein gutes Zeichen. Das war im Korea-Konflikt so, der nach dem Militärexperten der "Herald Tribune" mit ganzen "Regimentern" begann, "die flohen, bevor der Kontakt mit dem Feind aufgenommen war". Und das kannte man auch schon aus dem Zweiten Weltkrieg, wie jeder weiß, der das Pech hatte, dabei sein zu müssen. Ein ... GI machte von seiner Waffe nicht gern Gebrauch.

Ein aktiver US-Oberst, der nachmalige General L. S. A. Marshall, hat sich damit im Zweiten Weltkrieg befaßt und beweist mit seitenlangen Fakten: "Das beste Resultat, das nur ganz hervorragende und besonders angriffsfreudige Kompanien erreichten, war, das 'ein' Mann von vieren kämpfte. Die Dinge lagen so, daß während eines Kampfes von hundert Mann an der Front durchschnittlich nur 15 von ihrer Waffe Gebrauch machten ..."

Auf nordvietnamesischer Seite sah es etwa anders aus. Da wußte man, warum man Krieg führte und wofür, und wurde eben vom Material der anderen erschlagen, nicht von ihrem Mut. (Die Gesamtkosten der US-Aggressionen werden auf 135 bis 140 Milliarden Dollar geschätzt). So gab es da mehr als 2 Millionen Tote und 2 bis 3 Millionen Verwundete. Und viele Millionen Flüchtlinge. ...<<

Jean-Jacques Servan-Schreiber (1924-2006, französischer Publizist und Politiker, 1971-75 und 1977-79 Präsident der Radikalsozialistischen Partei) erklärte während einer Fernsehdiskussion im Jahre 1968 (x243/110-111): >>... Wenn unsere Generation die amerikanische Herausforderung nicht erkennt und ihr nicht entsprechend begegnet, so wird es in 15 Jahren zu spät sein. ... Wir müssen begreifen, daß die Herausforderung unserer Kultur und nicht unserem Geld gilt. Und dagegen müssen wir uns durch geeignete Maßnahmen zur Wehr setzen.

Letzte Woche war ich in einem sehr hübschen, sonnigen Ort an der Südküste Frankreichs in der Nähe von Nizza. Diesen Ort hatte der amerikanische Elektronik-Gigant IBM gewählt, um dort sein Hauptlaboratorium in Europa zu errichten. ... In Wahrheit verkörpert diese IBM-Gebäude die eigentliche Besetzung. Hier wird mit französischem Geld, französischen Wissenschaftlern und auf französischem Boden gearbeitet, um Erfindungen zu machen. Und diese französischen Wissenschaftler machen fortlaufend Erfindungen und schicken sie jeweils per Telex (Fernschreiber) nach New York. ...

Wissen Sie, wir könnten darüber diskutieren, ob wir Amerikaner werden und die amerikanische Lebensweise übernehmen möchten oder nicht. Aber um diese Frage geht es im Grunde ja nicht, sie ist rein theoretischer Art.

Angenommen, wir versagen und die Amerikaner beherrschen in 10 Jahren das Wirtschaftsleben Europas. Was wird dann aus uns? Werden wir Amerikaner?

Niemals! Wir werden von Amerika kolonisiert.<<

Der US-Historiker Arthur Schlesinger (1917-2007, Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson) schrieb im Jahre 1968 (x300/251): >>... Unsere Konzentration auf Vietnam fordert einen schrecklichen Preis. In der Innenpolitik kommt alles zum Stillstand, weil Vietnam über anderthalb Milliarden Dollar monatlich verschlingt. ...

Das Ringen um gleiche Chancen für den Neger, der Krieg gegen die Armut, der Kampf für die

Rettung der Städte, die Verbesserung unserer Schulen - das alles muß um Vietnam willen darniederliegen. Außerdem bringt der Krieg häßliche Nebenerscheinungen mit sich: Inflation, Frustration, Empörung, Protest, panikerbitterte Gegensätze in der Nation.<<

Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß man nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlichen würde (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

US-Präsident Nixon gab am 8. Juli 1969 den Abzug von 25.000 US-Soldaten aus Südvietnam bekannt.

Die US-Truppenstärke betrug danach etwa 518.000 Soldaten (x175/579).

Das US-Mondlande-Unternehmen "Apollo 11" startete am 16. Juli 1969.

Am 21. Juli 1969 betrat Neil Armstrong (1930-2012) angeblich als erster Mensch den Mond mit den Worten: "Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen - aber ein großer für die Menschheit". Ihm folgte Edwin Aldrin (*1930), während Michael Collins (*1931) im Mutterschiff um den Mond kreiste und auf die Rückkehr der Landefähre wartete. Alle Phasen des Unternehmens wurden durch das US-Fernsehen weltweit übertragen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 07/2019 berichtete später (im Juli 2019) über die US-Mondlandung: >>**Lügen im Weltraum**

_ von Gerhard Wisniewski

Fake News: Auch 50 Jahre nach der Mondlandung ist es der NASA nicht gelungen, ihre Heldengeschichte wasserdicht zu machen. Im Gegenteil! Im Laufe der Zeit bekam die Legende von der ersten bemannten Mission zu unserem Himmelstrabanten immer mehr Löcher.

Nicht viele Bücher können nach 14 Jahren noch genauso stehen bleiben wie an ihrem ersten Erscheinungstag. Bei Lügen im Weltraum ist das jedoch der Fall. Hier gibt es nichts zurückzunehmen oder zu korrigieren. Die hier festgestellten Tatsachen und Sachverhalte sind samt und sonders sorgfältig belegt und begründet. Dennoch ist die Zeit seitdem natürlich nicht stehen geblieben - die Überzeugungskraft der Argumente, die die NASA für ihre Version der Ereignisse hervorbringt, erlitt vielmehr einen Tiefschlag nach dem anderen.

Ein Hollywood-Märchen?

Im Jahr 2006 stellte sich heraus, daß die Original-Videobänder der Mondlandungen verschwunden waren. "Insgesamt würden über 700 Kisten vermißt", schrieb Spiegel Online

(15.8.2006). "Auch das vielleicht wichtigste Video der bemannten Raumfahrt fehlt: das Band, das die ersten Schritte von Neil Armstrong und Edwin "Buzz" Aldrin auf dem Mond zeigt." Nicht zu fassen! Ausgerechnet die Videobänder dieses welthistorischen Ereignisses waren verschwunden - was sogar die Vorstellungskraft der kühnsten Verschwörungstheoretiker übertroffen haben dürfte.

Im Vorfeld des 40. Jahrestages der ersten bemannten Mondlandung im Jahr 2009 erklärte die NASA, dass die Bilder nach wie vor unauffindbar seien. Plötzlich präsentierte die Weltraumbehörde statt dessen "aufwendig restaurierte Aufnahmen der Mondlandung" (Spiegel Online, 18.7.2009). Die Qualität sei im Vergleich zu altem TV-Material erheblich verbessert worden, hieß es auf der Website des TV-Senders N-TV: Laut Frankfurter Rundschau wurde das Material "von einer Firma in Hollywood" angefertigt (17.7.2009).

Ob das wirklich eine gute Nachricht war? Denn was heißt in diesem Zusammenhang wohl "restauriert"? Und "verbessert"? Oder gar "angefertigt"? Und zwar ausgerechnet in Hollywood? War das nicht genau das, was man der NASA immer vorgeworfen hatte - nämlich dass sie die Mondlandungen in Hollywood hatte produzieren lassen? Und wie kann man etwas restaurieren, was gar nicht mehr vorhanden ist?

Erklärung: Da das Originalmaterial verschollen sei, stammten die aufpolierten Bilder "von abgefilmtem TV-Material und anderen Kopien" (Spiegel Online). Weil das Videosystem der NASA seinerzeit nicht mit den TV-Netzwerken kompatibel gewesen sei, habe man die Aufnahmen vom Mond von einem Bildschirm abgefilmt und erst dann in alle Welt übertragen (heise.de, 15.8.2006).

Demnach hatte es die NASA also versäumt,

- diese welthistorischen Beweise für den glorreichen Sieg der USA im Wettrennen zum Mond sorgfältig zu archivieren,
- die Videobänder fachgerecht zu konservieren,
- die Bilder rechtzeitig auf modernere Speichermedien zu überspielen, wie beispielsweise DVDs.

In einer Zeit, in der schon Otto Normalverbraucher mindestens eine Sicherungskopie seiner Daten anlegt, ist das wirklich kaum zu glauben.

Wenn ein Kosmonaut erzählt

Meine Kritiker sagen: Die Sowjets hätten doch widersprochen, wenn die Amerikaner die bemannten Mondlandungen nur vorgetäuscht hätten. Allerdings saßen die Russen selbst im Glashaus, wie die verheimlichten Toten der ersten sowjetischen Raumflüge und der dubiose Gagarin-Flug zeigen. Auch bei den Sowjets bestanden die Raumfahrtprogramme aus Täuschen, Tricksen und Tarnen. Zweitens hat ein Russe ja sogar ausgepackt, nur hat das niemand groß zur Kenntnis genommen.

Zum 40. Jubiläum der ersten bemannten Mondlandung 2009 plauderte Alexej Leonow, berühmter Kosmonaut und "Held der Sowjetunion" (der unter anderem 1965 den ersten sogenannten Raumpaziergang absolvierte), aus dem Nähkästchen. Leonow ist mit einigen US-Astronauten eng befreundet und daher auch ein intimer Kenner der US-Raumfahrt. Gemeinsam mit den amerikanischen Astronauten ist er Mitglied der internationalen Association of Space Explorers, die regelmäßige Treffen und Reisen für ihre Mitglieder veranstaltet.

Im Rahmen eines flammenden Plädoyers für die Faktizität der Mondlandung bestätigte der sowjetische Spitzenkosmonaut gleichzeitig, dass Teile der Mondlandung in einem Hollywood-Studio gedreht wurden. "Die entsprechenden Gerüchte über eine Fälschung seien darauf zurückzuführen, dass ein Studio in Hollywood in der Tat einige Szenen im Nachhinein gedreht habe", berichtete RIA Novosti und zitierte Leonow dabei wie folgt:

"Man konnte ja von der Mondoberfläche aus nicht aufnehmen, wie Neil Armstrong erstmals die Luke von innen öffnet und die Treppe herunterklettert!" Momente wie diesen habe man

später im Studio gedreht, um die "Logik des Geschehenen beizubehalten". ...

Aus dem aktuellen Nachwort der Neuauflage von Gerhard Wisnewskis Bestseller "Lügen im Weltraum. Von der Mondlandung zur Weltherrschaft" (Kopp Verlag, Juni 2019 ...). ...<<

Der Bundestag beschloß am 4. August 1969 die Verlängerung von Verjährungsfristen.

Die Verjährungsfrist für Mord wurde auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wurde generell aufgehoben.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbare ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) bildete am 22. Oktober 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 11. Juni 2016) über Willy Brandt: >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten.<<

Das BdV-Präsidium verurteilte am 24. Oktober 1969 die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums (x155/168): >>Mit Befremden hat der Bund der Vertriebenen davon Kenntnis genommen, daß das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte aufgelöst und seine Aufgaben und sein Verwaltungsapparat dem Innenministerium zugeteilt worden sind. Das Präsidium hält diese Entscheidung sachlich und politisch für verfehlt und unvertretbar. ...<<

Bundeskanzler Brandt kündigte in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 umfangreiche Reformen an (geplante Grenzanerkennung und Verhandlungen mit der DDR).

BdV-Präsident Reinhold Rehs (1901-1971) berichtete damals über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt (x155/168): >>Die Regierungserklärung ist hinsichtlich der die Vertriebenen besonders berührenden Fragen weitgehend unklar und unzulänglich.

Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß die SPD/FDP-Regierung am Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung festhält und daß sie sich zur Wahrung der Einheit der Nation bekennt.

Es fehlt jedoch eine Absichtserklärung hinsichtlich der Vollendung der Einheit Deutschlands, sowohl Mittel- wie Ostdeutschland betreffend. ...<<

Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen.

Die Gesamtschule (ging auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

In dem 1969 in München veröffentlichten "Lehrbuch des Völkerrechts" hieß es zum Thema "Luftkrieg" (x243/257): >>Flugzeuge sind berechtigt, militärische Objekte des Gegners im Hinterland, wie Truppen, Festungen, Eisenbahnen, Munitionsfabriken, der Kriegsführung dienende Dienststellen usw. ... zu bombardieren.

Flugzeuge sind nicht berechtigt, unmittelbare Angriffe gegen die gegnerische Zivilbevölkerung sowie gegen ihre Wohnungen und Kulturstätten zu unternehmen.

Das Luftbombardement zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung oder Beschädigung von Privateigentum nichtmilitärischen Charakters oder zur Verletzung Nichtkombattanten (Nichtkämpfenden ist) verboten. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Bobby Seale (Vorsitzender der Black Panther Party) schrieb am 5. März 1970 über den Kampf der Black Panther Party gegen die nordamerikanische Innenpolitik (x272/274-275): >>... Die Jugend ist eine gewalttätige Quelle revolutionärer Möglichkeiten. Die lumpenproletarischen Brüder im Getto, die Schwestern und all die in den Straßen, die sich zu behaupten versuchen, gehören mit zu dieser Quelle, die eines Tages überströmen und sich als eine wilde Sturzflut ergießen wird.

Der Wunsch und die Notwendigkeit einer revolutionären Bewegung zeigt sich im Volke. Die Zukunft der Black Panther Party ist die Zukunft des Volkes, und die Jugend ist die Zukunft der Black Panther Party.

... Die gesamte Zukunft muß sich danach richten, was wir, das Volk wollen – nicht danach, wie die alten Narren, die rückständigen Nichtwisser die Dinge haben möchten. Wir müssen alle anfangen und zusehen, daß wir die Zeit ergreifen. Wir müssen anfangen, unsere Energien zu gebrauchen, unsere Gedanken, unseren Verstand und unsere Fähigkeiten, damit wir sehen, was recht ist und was getan werden muß, damit das Leiden aufhört und damit die Phrase, Leben, Freiheit und das Streben nach Glück für die Menschen Bedeutung gewinnt.

Die Nixon-Agnew-Mitchell-Verwaltung – Hand in Hand mit den Reagans, den Daleys, den Hoffmans, den Carswells, Rockefeller, DuPonts, mit der Bank von Amerika und anderen Ausbeutern - geht mehr und mehr auf den offenen Faschismus zu.

Die Zukunft der Black Panther Party wird eng damit zusammenhängen, ob der faschistische Staat, das faschistische Regime zerschlagen wird. Sooft die habgierige, hetzerische herrschende Klasse sich widerrechtlich gegen die Bevölkerung wendet und ihre verfassungsmäßigen Menschenrechte verletzt, muß die Jugend Amerikas, müssen sich die Revolutionäre sich aufmachen und auf die herrschende Klasse losgehen.

Sooft wir sehen, daß in der schwarzen Wohngemeinde ein Kind von einem rassistischen Schweinepolizisten niedergeschossen wird, müssen wir mit einer Art organisierter Gewalt gegen die Polizeischweine vorgehen, in einer Weise, die ihnen zeigt, daß das Volk genug hat von diesem Dreck.

Sooft wir die Machthaber so handeln sehen, wie es nach unserer sicheren Erkenntnis falsch ist und den Fortschritt der Menschheit hemmt, müssen wir ihnen klarmachen, daß wir uns nicht noch mehr von ihrem Scheißdreck gefallen lassen. ...

Gleichzeitig müssen die jungen Menschen unbedingt wissen, daß es nötig ist, organisierte und praktische Techniken anzuwenden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß wir weiterhin in gewaltigem Maße unterdrückt werden.

Wir versuchen nicht, Supermänner zu sein, denn Supermänner sind wir nicht. Wir kämpfen für die Erhaltung des Lebens. Wir lehnen die Gehirnwäsche durch die Vorstellungen der Comic-Books ab, die die wirkliche Lage verzerren.

Es gibt nur einen Weg zur Befreiung der Welt: Die Jugend unseres Landes muß vorwärtsgehen – mit allen Prinzipien der Achtung für den Menschen, mit jeder liebenden Empfindung für das menschliche Leben, die wir im Herzen haben – auf eine Weise, die den Machthaber-Schweinen zeigt: Wenn die Menschen rassistisch und faschistisch angegriffen werden, dann

wird die Jugend den Machthabern einen Tritt in den Hintern versetzen und ihr Blut gerinnen machen.

Wir sehen uns in der heutigen Welt um, wir sehen uns hier bei uns um, und wir stellen fest, daß es Unterdrückung gibt. Wir wissen, daß die Arbeiter ausgebeutet werden und daß auf die eine oder andere Weise die meisten Menschen unseres Landes ausgebeutet werden. Wir wissen, daß wir als Volk unsere Stunde ergreifen müssen.

Huey P. Newton hat die Zeit ergriffen, als er die Black Panther Party in Gang brachte. Andere Brüder und Schwestern in der Partei ergreifen immerzu die Zeit. Jetzt ist die Stunde, einen erbarmungslosen revolutionären Kampf gegen die faschistische, gierige, hetzerische herrschende Klasse und die gemeinen, sadistischen Polizeischweine zu führen.

Macht dem Volke! Power to the People! ...<<

Das aktive Wahlalter wurde am 31. Juli 1970 durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 12. August 1970 den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 heißt es (x024/268-269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.
...<<

Erstmals stellte eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

Die BdV-Pressestelle protestierte am 19. August 1970 gegen den Moskauer Vertrag (x155/-199): >>... Der BdV ist sich nach wie vor darin einig, daß die Bundesregierung vom Grundgesetz her nicht berechtigt ist, Demarkationslinien und Sperrmauern in Deutschland in einem Vertrag als Grenzen zu bezeichnen. ...

Bindungen, die die Bundesregierung für ganz Deutschland und über die Grenzen und die Selbstbestimmungsrechte anderer eingeht, haben, soweit sie durch das Grundgesetz nicht gedeckt sind, keine Geltung. ...<<

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wurde anerkannt.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto "ging damals um die Welt".



Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Die Verträge von Moskau und Warschau leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Jede politische Arbeit (ist) einfach perspektivlos und (kann) über einige Reformen nicht hinauskommen, kann also genau das nicht erreichen, was notwendig ist, zu erreichen, wenn nicht die Form der Ausbeutung und die Form der Unterdrückung nur verändert werden sollen; man (kann) das überhaupt nicht erreichen, wenn man nicht gleichzeitig mit der Organisierung des Proletariats, mit der Arbeit in den Betrieben und den Stadtteilen auch die Bewaffnung betreibt, das heißt, die Möglichkeiten schafft, die Auseinandersetzung durchzustehen. ...

... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete 1970 in seinem Buch "Between Two Ages" (x363/8): >>"Die technotronische Ära wird eine schrittweise in Erscheinung tretende, stärker kontrollierte Gesellschaft mit sich bringen. Eine solche Gesellschaft würde dominiert von einer Elite, unbehindert von traditionellen Werten."<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Zbigniew Brzezinski und die US-Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern (x364/221-225): >>>**XII. Siegen die Illuminaten?**

Kurz nach Jimmy Carters Inauguration und Zbigniew Brzezinskis Ernennung zum Direktor des Nationalen Sicherheitswesens veröffentlichte die Trilaterale Kommission den Bericht "Mitarbeit mit den kommunistischen Ländern zur Lösung globaler Probleme". Der 1977 erschienene Bericht stellte fest:

"Diese Schrift wurde veranlaßt von dem Bestreben, jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern bei der Behandlung gewisser internationaler Probleme auszunutzen. Im Rahmen dieser von uns gesuchten Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist es unser Hauptziel, die Weltprobleme wirkungsvoller in Angriff zu nehmen. Eine Mitarbeit der Kommunisten könnte bei der Behandlung dieser Probleme von Nutzen sein."

Seit 1953, als Experte für sowjetische Angelegenheiten am Forschungsinstitut für internationale Veränderung, Columbia School, Washington D.C., sowie in Harvard tätig, schrieb Brzezinski ein 1970 als Paperback erschienenes Buch mit dem Titel "Between two Ages", das uns einen Vorgeschmack auf das gab, was uns und unseren Kindern an Niedertracht geboten werden wird.

Engstirnigkeit infolge Unaufgeklärtheit

Die offizielle trilaterale Veröffentlichung befaßte sich mit der "Trilateral-Kommunistischen Zusammenarbeit in neun globalen Problembereichen", den Ozeanen und dem Weltall, der trilateral-kommunistischen Zusammenarbeit im Bereich der Wetter-Änderungen und der Erdbeben-Kontrolle, Zunahme, des Sowjet-Handels mit dem Westen - besonders was technologische und strategische Güter betrifft.

Ein in Brzezinskis Buch "Zwischen zwei Weltaltern" enthaltenes Zitat lautet: "Die Technologie wird den Führern der größeren Nationen eine Auswahl von technischen Verfahren zur Durchführung geheimer Kriege zur Verfügung stellen, von denen nur ein sehr kleiner Teil der Sicherheitskräfte unterrichtet zu werden braucht. Technische Verfahren zur Änderung des Wetters könnten benutzt werden, um lang andauernde Dürre - beziehungsweise Unwetterperioden mit dem Ziel auszulösen, die Widerstandskraft einer Nation zu schwächen und sie zu zwingen, die Forderungen des Gegners anzunehmen."

Das Buch von Brzezinski wird als die Bibel der Trilateralen bezeichnet. Bei der Darlegung, warum die Welt "ein neues Gewebe internationaler Beziehungen weben" muß (Pseudonym für eine Neue Weltordnung), behauptet Brzezinski, daß die Menschheit große Entwicklungsphasen durchgemacht hat und wir uns heute mitten in der vierten und letzten Phase befinden. Nach Brzezinskis Bewertung der Geschichte hat sich die erste, sehr primitive "Phase" um Religion gedreht und dafür gesorgt, daß "die Idee angenommen wurde, das Schicksal des Menschen liege im wesentlichen nur in der Hand Gottes".

Eine solche Vorstellung ist für einen derartig großen und "illuminierten" Verstand, wie ihn der eingewanderte Pole sein eigen nennt, vollkommen unakzeptabel, da sie eine "Engstirnigkeit infolge massiver Unaufgeklärtheit, Analphabetentum und eine auf die unmittelbare Umwelt beschränkte Sicht" bezeugt.

Bruder Zbig und der Marxismus

Er erzählt uns, daß die zweite Phase, die der Mensch auf dem Weg zur wahren Erleuchtung durchgehen mußte, der Nationalismus gewesen ist, "der ein weiterer gigantischer Schritt in der fortschreitenden Neudefinition vom Wesen des Menschen und seinem Platz in der Welt war".

Die dritte Phase sei der Marxismus, der "eine weitere entscheidende und kreative Phase der Ausreifung des menschlichen Universalbildes darstellt. Gleichzeitig bedeutet der Marxismus einen Sieg des äußeren, aktiven Menschen über den inneren, passiven Menschen und einen Sieg des Denkens über den Glauben: er betont die Möglichkeit des Menschen, sein materielles

Schicksal zu formen, und dies hat dazu gedient, das Denken anzuregen und menschliche Energie zweckgerichtet zu mobilisieren."

Einige Seiten später verlangt "Bruder Zbig", daß wir ihm glauben sollen, daß "der Marxismus, der in dem von den Bemühungen der industriellen und nationalistischen Revolutionären hervorgebrachten sozialen Umbruch geboren wurde, ein einmaliges intellektuelles Instrument war, um die grundlegenden Kräfte unserer Zeit zu verstehen und zu harmonisieren, er hat die Fahne der Internationalen aufgezogen".

Hinsichtlich der "Rivalität" zwischen Rußland und Amerika findet Brzezinski anscheinend an dem russischen Standpunkt nichts auszusetzen, daß "das letztendliche Ergebnis des Wettkampfes, aufgrund der historischen Überlegenheit des kommunistischen Systems, schon im vornhinein feststeht".

Die vierte und abschließende Phase wird von Brzezinski als die "Technotronische Ära" bezeichnet - beziehungsweise das "Ideal des vernünftigen Humanitarismus auf weltweiter Ebene". Laut "Websters New Collegiate Dictionary" bedeutet Humanitarismus "den Grundsatz, der das göttliche Wesen von Jesus Christus verneint. Die Doktrin, daß die Verpflichtungen des Menschen auf den Menschen und die menschlichen Beziehungen beschränkt sind und ausschließlich von ihm ausgehen.

Die Doktrin, daß sich das Wesen des Menschen allein durch eigene Anstrengungen, ohne Gottes Gnade vervollkommen läßt." Dies ist die Quintessenz des Illuminatentums - das Dogma, daß es eine Elite gibt, die ganz allein dazu berechtigt ist, die Angelegenheit der Menschheit zu bestimmen.

Eine Elite kontrolliert und steuert

Es ist offenbar, daß Brzezinski ein einsatzfreudiger Verfechter dieser Überlegungen ist. Seine bevorstehende "Technokratische Ära" steht "in unmittelbarem Zusammenhang mit den Auswirkungen der Technologie" und "bedingt das allmähliche Erscheinen einer Gesellschaft, die vermehrt kontrolliert und gesteuert wird.

Eine solche Gesellschaft dürfte von einer Elite beherrscht werden, ungehindert von traditionellen Werten. Diese Elite dürfte nicht zögern, ihre politischen Ziele unter Einsatz der allermodernsten Techniken zu verwirklichen, mit denen sich das Volksverhalten beeinflussen läßt und die Gesellschaft genauestens überwacht und kontrolliert werden kann."

In der Januar-Ausgabe von 1968 des "'Encounter" führt Brzezinski zu demselben Thema aus: "Die Wissenschaftler sind zuversichtlich, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Computer genausogut denken kann wie der Mensch und in der Lage sein wird, "kreative" Gedanken zu haben; angeschlossen an Roboter oder "Retortenmenschen" könnten sie wie Menschen handeln."

"Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zur sozialen und politischen Kontrolle über das Individuum ungeheuerlich zunehmen. Wie ich bereits gesagt habe, es wird möglich sein, eine fast permanente Überwachung über jeden einzelnen Bürger auszuüben und eine aktuelle vollständige Datenkartei zu führen, die selbst höchst private Angaben über die Gesundheit oder das persönliche Verhalten des Bürgers enthält, und zwar neben all den üblichen Daten. Diese Datenbanken werden dem sofortigen Zugriff der Behörden unterliegen."

In "The Freeman Digest" erklärte George W. Franklin, Koordinator der Trilateralen Kommission, daß "bestimmte weise Männer" (zweifelloso Illuminierte) "eingesetzt würden, um darüber zu entscheiden, was getan werden muß"!

Brzezinski erklärt: "Die Realität unserer Zeit ist die, daß eine moderne Gesellschaft wie die U.S., ein zentrales Organ zur Koordinierung und Umstrukturierung braucht, das nicht aus 600 Leuten bestehen kann."

Wie hat sich Brzezinski vorgestellt, daß die amerikanische Nation und die Welt seine elitäre "Neue Weltordnung" annehmen soll? Dazu erläutert er: "Spannung ist unvermeidlich, wenn

der Mensch versucht, das Neue in das Rahmenwerk des Alten zu integrieren. Eine Zeitlang wird der vorhandene Rahmen flexibel genug sein, um das Neue zu integrieren, und zwar indem er es in einer vertrauteren Form anpaßt. Aber irgendwann einmal wird der alte Rahmen überlastet sein. Die neue Menge an Schwierigkeiten läßt sich nicht mehr in traditionelle Formen umfunktionieren und macht sich schließlich mit zwingender Gewalt geltend.

Heute schon ist der alte Rahmen der internationalen Politik mit ihren Einflußbereichen, Militärbündnissen zwischen Nationenstaaten, der Fiktion von Souveränität, den doktrinären Konflikten aus den Krisen des 19. Jahrhunderts - ganz eindeutig nicht mehr mit der Realität zu vereinbaren."

Bruder Zbig und die Banker

Man sollte nicht übersehen, daß Brzezinski während seiner Zeit als Leiter des Forschungsinstitutes für Kommunistische Angelegenheiten an der Columbia Universität ebenfalls als "außenpolitischer Berater" und Vertrauter von David Rockefeller tätig war, Es ist offensichtlich, daß der mächtigste Mann in den Vereinigten Staaten, für den angeblich das Amt des Präsidenten eine Rückstufung darstellen würde, an der anti-amerikanischen Philosophie des polnischen Immigranten einen höchst persönlichen Gefallen fand.

Im Jahre 1972 schlug Rockefeller in einer Rede vor dem internationalen Finanzpublikum der Chase Manhattan Bank in London, Brüssel und Paris die Gründung einer Internationalen Kommission für Frieden und Wohlstand vor (die später Trilaterale Kommission genannt wurde), die "dafür sorgen sollte, daß die klügsten Köpfe sich mit den Problemen der Zukunft befassen".

Zum Schluß seiner Ausführungen sagte er: "Die Angehörigen dieser neuen Generation werden sich sehr viel leichter als ihre Vorfahren über nationale und sprachliche Grenzen hinwegsetzen. Sie werden ein Maß an wirtschaftlicher Integration für selbstverständlich halten und jenen Widerstand leisten, die sich in die Getrenntheit zurückziehen möchten."

"Ich bin sicher, daß, wenn die neuen Männer und Frauen an die Macht in Regierung und Industrie, in den Universitäten und den Gewerkschaften kommen, wir es leichter haben werden, als es zur Zeit aussieht, eine Interessengemeinschaft zu errichten."

Der Multi-Milliardär David Rockefeller hat Brzezinski zu seinem Strohmann gewählt, der dann seine elitäre Trilaterale Kommission gegründet hat. Von dem Rechercheur Craig S. Karpel erfahren wir, daß "Brzezinski im Juli 1973 die Columbia Universität verließ, um Präsident der Trilateralen Kommission zu werden.

Er hatte den Auftrag, 200 Mitglieder auszuwählen, die das nächstbeste zu einem Weltvorstand darstellen würden. Brzezinski suchte nicht nur die einflußreichsten Männer der multinationalen Großkonzerne aus, sondern er hat die Organisation auch mit Individuen durchsetzt, die für den Plan unerlässlich waren, um die Kandidaten der Kommission wie Carter und Mondale in hohe Regierungsämter zu bringen.

Um sich die Unterstützung der Massenmedien zu sichern, hat er den Chefredakteur der "Chicago Sun-Times", den Chefherausgeber der "Times", den Präsidenten der Columbia Broadcasting System und Direktoren der "Los Angeles Times", der "New York Times" und des "Wall Street Journal" mit aufgenommen. ...<<

US-Präsident Richard Nixon berichtete im Jahre 1970 über die nordamerikanisch-europäischen Beziehungen (x148/217): >>... Heute bringt Europa mehr eigene Lebenskraft auf. Überwiegender amerikanischer Einfluß, der eine natürliche Folge der Nachkriegsverhältnisse war, wäre heute verfehlt. Denn Nationen, die keinen Anteil an der Verantwortung für die lebenswichtigen Entscheidungen hinsichtlich ihrer eigenen Verteidigung und Außenpolitik haben, können weder ihre Selbstachtung noch ihre Selbstsicherheit wahren.

Amerikas Interesse liegt in einem ausgewogeneren Verhältnis und in einer echteren Partnerschaft. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses muß die Verteilung der Lasten und Verant-

wortlichkeiten schrittweise so angepaßt werden, daß sie die wirtschaftlichen und politischen Realitäten des europäischen Fortschritts widerspiegeln. Unseren Verbündeten wird im Bündnis und in seinen Entscheidungen eine Stimme zustehen, die ihrer wachsenden Macht und ihren wachsenden Beiträgen entspricht.

Wenn wir jetzt von Vorherrschaft zu Partnerschaft übergehen, dann ist es möglich, daß manche das als einen Schritt im Sinne eines Disengagements betrachten. Im dritten Jahrzehnt unserer Verpflichtungen gegenüber Europa ist jedoch die Intensität unserer Beziehungen einfach eine Gegebenheit. Wir können uns von Europa ebensowenig lösen wie von Alaska.

Wir sind uns bewußt, daß Amerikas Beitrag in bestimmten Bereichen weiterhin einzigartig sein wird, so zum Beispiel bei der Aufrechterhaltung einer nuklearen Abschreckung und eines Ausmaßes an Engagement, das ausreicht, um die mächtige militärische Position der UdSSR in Osteuropa auszugleichen.

Wir haben jedoch nicht den Wunsch, in Europa eine solche Position einzunehmen, daß die europäischen Angelegenheiten nicht mehr von den souveränen Staaten erledigt werden, die für sie verantwortlich sind. ...<<

Ein US-Wissenschaftler schrieb im Jahre 1970 über die nordamerikanische Wirtschaftsmacht (x243/111): >>... Amerikas wachsende Vorherrschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Technologie stellt eine völlig neue Form des Imperialismus dar. ...

Diese friedliche Invasion ist weltweit; ihre politischen Auswirkungen werden aber wohl in Westeuropa am stärksten sein, in der alten Welt, deren überholte gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen langsam zerbröckeln und gleichzeitig unter dem Einfluß amerikanischer Management-Methoden und amerikanischen technologischen Könnens wiederaufgebaut werden.

Das alte Gesicht Europas wird derzeit "geliftet", aber wenn ... das neue Gesicht zum Vorschein kommt, dann ist es kein europäisches Gesicht mehr, sondern ein amerikanisches.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts ist europäisches Kapital nach Nordamerika geflossen, wie in alle anderen Kontinente auch – frisches Kapital, das zusammen mit Amerikas eigenem Kapital Eisenbahnen und Industrieanlagen gebaut und die Vereinigten Staaten entwickelt hat. Zwei Weltkriege haben die Richtung der Kapitalströme umgekehrt, und in den beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg hat sich eine gewaltige Flut an amerikanischem Kapital und industriellem "Know-how" ergossen, die den größten Teil der nichtkommunistischen Welt zu überschwemmen droht.<<

Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282):

>>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen

Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (17/1971) berichtete am 19. April 1971 über das Buch "Die Revolution kommt aus Amerika" des französischen Schriftstellers und Philosophen Jean-Francois Revel (1924-2006): >>**Weder Marx noch Jesus**

Die dümmersten Menschen lernen sprechen, während die klügsten Affen es niemals fertigbringen. Diesen Satz des amerikanischen Sprachforschers Noam Chomsky gebraucht der französische Philosoph und Publizist Jean-Francois Revel, 47, als boshafte Bonmot gegen linke Studenten Europas, die sich für "linker und für intelligenter links, halten als die Linken anderer Kontinente."

Die hochmütigen europäischen Revolutionsideologen fordert Revel mit der provokanten These seines neuen Buches heraus, das unter dem Titel "Die Revolution kommt aus Amerika" jetzt auf dem Buchmarkt der Bundesrepublik erschienen ist. ...

Seine These: "Es gibt ein revolutionäres Amerika und eine amerikanische Revolution von neuer Art, die etwas ganz anderes ist als die musealen Rekonstruktionen von Revolutionen des 19. Jahrhunderts."

"Weder Marx noch Jesus" lautet denn auch der Titel des Revel-Buches im französischen Original, das in Frankreich wie in den USA Aufsehen erregte. Der französischen Ausgabe vom Herbst 1970 folgt nicht nur eine deutsche, sondern auch im Herbst eine von Mary McCarthy eingeleitete amerikanische Übersetzung.

Mit Vorschußlorbeeren bedacht, verspricht das Buch des Franzosen ein Bestseller in den USA zu werden. So urteilte das Nachrichtenmagazin "Newsweek": "In einem Zeitalter, das durch Untergangsgeschrei à la Spengler fast taub geworden ist, mag sich Revels originelle und optimistische Meinung über die Vereinigten Staaten zumindest als ermutigendstes Buch des Jahres erweisen."

Revel -- er lehrte in Mexico City, Florenz, Lille und Paris -- reüssierte 1959 mit einem polemischen De-Gaulle-Buch "Der Stil des Generals". Seither attackierte der Philosophie-Professor die politische Stagnation der Fünften Republik. Gegenwärtig ist er als Verlagsberater und "L'Express-Kolumnist" tätig und arbeitet außerdem seit vielen Jahren an einer kritischen Philosophie-Geschichte, in deren erstem Band er Platon des Faschismus beschuldigt und den platonischen Staat "eine Erziehungsanstalt für perverse Delinquenten" nennt.

Bedeutend weniger Zeit benötigte Revel, um sein "instinktives Gefühl" bestätigt zu finden, daß es sich bei der amerikanischen "um eine wirkliche Revolution" handele. Nach einer nur zweimonatigen Reise durch die Vereinigten Staaten stellte er fest: Revolutionen kann man auch ohne Marx, Lenin, Mao und Christus machen.

Unter dieser wirklichen Revolution versteht der Philosoph freilich keinen politischen Staatsstreich, der nach Ansicht nur neuen seiner Eliten Macht und Gelegenheit gibt, ihrerseits die machtlose Mehrheit zu unterdrücken. Sinn der neuen, der "zweiten Weltrevolution" ist für ihn vielmehr eine "Abrechnung mit der Zukunft", nicht mit der Vergangenheit.

Gerade dadurch, so meint Revel, sei die amerikanische Protestbewegung charakterisiert: Sie stelle sich konkreten, jeden Bürger angehenden Fragen, sie opponiere dem Vietnam-Krieg, der Rassendiskriminierung, der Umweltverseuchung und mangelnden Sanierung der Slums.

Anders hingegen sei es bei den Rebellen Europas, die sich in weltfremder Schwärmerei für überholte Lienlogien ergingen. Pauschal verwirft er die kraftlose Vergangenheitssucht Europas: "Es handelt sich immer darum, auf etwas zurückzukommen: auf Bakunin, auf Marx, auf Mao, auf Castro, auf Guevara, auf Lenin, auf Trotzki, auf Gott, auf Buddha, auf die vormaschinelle Zivilisation ... In den meisten Gruppen der Linken ... ist an die Stelle des revolutio-

nären Geistes der Geist der Imitation getreten."

Dadurch werde der Protest der europäischen Linken auf den ohnmächtigen Versuch reduziert, in der Theorie "politische Textbücher mit Bühnenanweisungen wie den Maoismus oder den Castroismus auf ihre Gesellschaft zu übertragen, wo sie nicht anwendbar sind".

Sogar in den sozialistischen Ländern verzeichnet Revel den "Bankrott der Revolution" und den wirtschaftlichen Mißerfolg.

Nur dort, wo die bürgerlichen Freiheiten dank einer "weitherzigen Verfassung" unangetastet und so weitreichend wie möglich in Kraft sind, kann im Laufe einer neuen Revolution auch der Übergang von der bereits bestehenden politischen Demokratie zur ökonomischen Demokratie, zum wirklichen Sozialismus vor sich gehen,

Entgegen der europäischen Verachtung für ein angeblich unkultiviertes, uniformes und rettungslos dem Faschismus und Rassismus ausgeliefertes Amerika insistiert Revel optimistisch auf den liberalen Wesenszügen der US-Gesellschaft: "Diesen verfassungsmäßigen Spielraum, das heißt Freiheit, bieten die Vereinigten Staaten mehr als jeder andere Staat."

So betont er die Vielfalt des amerikanischen Protests mit seinen zahlreichen Sekten und Subkulturen und anerkennt die Fähigkeit dieses liberalen Pluralismus, fünf die Gesellschaft verändernde Prozesse zugleich in Gang zu halten: die politische, soziale, wissenschaftlich -- technologische, ethisch-kulturelle Veränderung und die Umwälzung im Verhältnis der Rassen und Nationen. Alle zusammen zeigten einen "Wandel der amerikanischen Zivilisation" an.

Zwei Tendenzen hält Revel hierbei für besonders wichtig: die "Revolution durch Information" und den "Übergang von der inneren zur äußeren Demokratie".

Die Informationsfreiheit der amerikanischen Massenmedien gilt ihm als "Brückenkopf für jede politische Freiheit": "Eine Live-Reportage über eine Negerrevolte oder über das Einschreiten auf einem Campus bewirkt nicht nur, daß die gesamte Bevölkerung besser 'unterrichtet' ist ... sie verwandelt den Fernsehzuschauer auch in einen Akteur ... sie bezieht ihn in das Geschehen ein."

Laut Revel bildet daher auch die Macht der freien Information -- nicht mehr das Parlament -- das einzige Gegengewicht gegen die "fast vollkommene Allmacht der Exekutive" aber er meint zugleich: "Diese Macht ist entweder vollkommen, oder es gibt sie überhaupt nicht."

Die Macht der Information in den Vereinigten Staaten erläutert Revel an der Tatsache, daß weder der britische noch der französische Imperialismus jemals so in Frage gestellt worden sei wie der amerikanische: Zum erstenmal in der Weltgeschichte hat in den USA die totale Informationsfreiheit der Massenmedien dazu geführt, daß Imperialismus nicht nur von außen, sondern auch an seiner Quelle, also von innen her bekämpft wird. So glaubten 56 Prozent aller erwachsenen Amerikaner nach einer Umfrage von Mai 1970, die USA seien in Vietnam im Unrecht.

Diesen Übergang von der inneren zur äußeren Demokratie, zur Einsicht vieler Amerikaner, daß ungeachtet eigener Machtinteressen fremde Völker und Rassen das Recht auf Freiheit und Gleichheit, auf ihr ungehindertes Eigenleben haben, nennt Revel einen großen Fortschritt "in Richtung auf die Abschaffung der Außenpolitik überhaupt" -- auf das Ziel der zweiten Weltrevolution.

Amerikas Schattenseiten verdrängend, behauptet Revel in einer fragwürdigen Schnellfeueranalyse der US-Gesellschaft: "Die gesamte weiße Arbeiterklasse ist konservativ, die Wirtschaftskreise sind für Reformen, und die Bundesorgane treten seit 20 Jahren gegen den lokalen Rassismus und für die Rechte der Neger ein."

Dem Vorwurf der politischen Naivität, "ein bißchen utopisch" zu sein -- der in der Pariser Zeitung "Les Echos" dann gegen Revel erhoben wurde -, hielt er vorsorglich entgegen: "Nichts ist so naiv wie der Vorwurf der Naivität in der Politik."<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisierte am 30. Juni 1971 die Änderung der bisherigen Deutschlandkarten (x155/234-235): >>Das Präsidium des BdV hat seit Wochen vor den Absichten der Bundesregierung zur Änderung der Karten- und Bezeichnungsrichtlinien gewarnt.

Durch juristisch nicht verbindliche "Hinweise" an die einzelnen Ministerien und Länder versucht sie, die Feststellung und Anfechtbarkeit von Verfassungswidrigkeiten verbindlicher Rechtsakte zu umgehen und die Urheber von Verfassungswidrigkeiten hinter undurchsichtigen Kompetenzen zu verbergen. Wenn nun die Deutschen schrittweise an das Verschwinden Gesamtdeutschlands von den Karten und aus dem Sprachgebrauch gewöhnt werden sollen, versucht man damit, die Hinnahme verfassungswidriger Rechtsakte bei dem Ratifizierungsverfahren der Ostverträge vorzubereiten.

Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik dürfen aber nach wiederholter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 nicht als Ausland behandeln. ...

Dem Bewußtsein der Bürger soll möglichst unauffällig eingepflegt werden, daß unsere Verpflichtung zur Wahrung berechtigter Interessen ganz Deutschlands aufgehoben wird.

Verbindliche Rechtsakte in dieser Richtung setzen aber die Verabschiedung einer neuen Verfassung voraus. Dafür gibt es weder die zur Änderung des Grundgesetzes erforderlichen Mehrheiten bei den Verfassungsorganen noch den mehrheitlichen politischen Willen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Auch unsere Bindungen durch das Völkerrecht gestatten einen solchen Vorgriff auf friedensvertragliche Regelungen nicht. ...

Freiheit bleibt Freiheit! ...

Fremde Verwaltung deutscher Gebiete bleibt fremde Verwaltung!

Noch immer sind alle Verfassungsorgane verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Inkraftsetzen des Grundgesetzes in den anderen Teilen Deutschlands entgegensteht und den grundgesetzlichen Auftrag zur freiheitlichen Einigung der Deutschen behindert.<<

Bundeskanzler Willy Brandt erhielt am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedensnobelpreis.

Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erklärte am 16. März 1972 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x148/174-175): >>... Welches ist die Situation der europäischen Staaten?

Sehr geringe räumliche Ausdehnung, die Bevölkerung von mittlerer Größenordnung, die wirtschaftliche Kapazität groß, in absoluten Werten gemessen jedoch beschränkt.

Nimmt man sie dagegen zusammen, ergibt sich eine Macht, die in vieler Hinsicht jeder anderen ebenbürtig ist. Die räumliche Ausdehnung ist zwar auch dann noch nicht groß; sie übertrifft jedoch die Japans. Die Bevölkerungszahl ist niedriger als die Chinas und der Indischen Union, aber größer als die der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die wirtschaftliche Produktion wird nur von der der Vereinigten Staaten übertroffen und ihr Handel steht in der Welt an erster Stelle.

Welch starker Anreiz also, sich zu vereinigen! Alles drängt dazu: die Geographie, die Lebensform, eine bestimmte Auffassung von der Demokratie und ein evidentes wirtschaftliches und politisches Interesse.

Lediglich die Geschichte steht dieser Entwicklung entgegen, insoweit nämlich diese europäischen Nationen alle eine jahrhundertealte Realität, eine Sprache, einen Nationenstolz und die Erinnerung an ihre feindseligen Haltungen besitzen.

Wenn man Europa aber nicht baut, werden die europäischen Nationen von den großen Staatsgebilden, die ich genannt habe, völlig in den Schatten gestellt werden. Insofern kann übrigens die Geschichte eine Hilfe sein, weil die europäischen Nationen nämlich gewöhnt sind – und es ist ihnen zu einem Bedürfnis geworden –, in der Welt eine Rolle zu spielen.

Worum es geht, ist also der Bau Europas! Unter den Voraussetzungen selbstverständlich – aus

all den von mir aufgezählten Gründen -, daß die Eigenheit der einzelnen Nationen, aus denen es sich zusammensetzt, gewahrt bleibt, weil sonst das ganze Unternehmen scheitert.

Das Ziel ist gewiß nicht leicht zu erreichen, und viele Hindernisse bauen sich heute und morgen vor ihm auf. Worauf es ankommt, ist jedoch, daß man ans Werk geht.

Vor allem wichtig ist der politische Wille, und ich stelle hier fest, daß Frankreich diesen politischen Willen hat.

Es ist richtig, daß das uns angeborene Bedürfnis nach Klarheit uns bisweilen veranlaßt, die Schwierigkeiten nicht zu verbergen. Es ist klar, daß das, was man unsere Vorliebe für die Ausgewogenheit nennt und was vielleicht unser Hang zum Realismus ist, uns veranlaßt, die Etappen und manchmal auch die Grenzen aufzuzeigen. Aber mit dem Endziel ist Frankreich voll und ganz einverstanden, mindestens in genau dem gleichen Maße wie jeder unserer Partner.<<

Um die hohen Unfallzahlen zu senken, galt ab 1. Oktober 1972 auf zweispurigen deutschen Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften ein Tempolimit von 100 km/h (x175/666).

Richard M. Nixon (1913-1994, Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 7. November 1972 mit großer Mehrheit zum 2. Mal zum Präsidenten der USA gewählt.

US-Präsident Richard Nixon erklärte am 20. Januar 1973 während seiner 2. Amtseinstellung (x056/137-138): >>... Vor allem ist es Zeit, daß wir Amerikaner alle den Glauben an uns selbst erneuern. In den letzten Jahren ist dieser Glaube in Frage gestellt worden. Unseren Kindern hat man beigebracht, sich ihres Landes zu schämen, sich ihrer Eltern zu schämen, sich der Taten Amerikas im Innern und seiner Rolle draußen in der Welt zu schämen. An allen Ecken und Enden werden wir von jenen bedrängt, die alles falsch finden in Amerika und sehr wenig richtig. ...

Ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist es, was Amerika in diesem Jahrhundert an verantwortungsvollem, großherzigem, schöpferischem und fortschrittlichem Tun aufzuweisen hat.

Laßt uns stolz sein darauf, daß unser System mehr Freiheit und mehr Überfluß für mehr Menschen hervorgebracht und bereitgestellt hat als irgendein anderes System in der Geschichte der Menschheit.

Laßt uns stolz sein darauf, daß wir in keinem der 4 Kriege, an denen wir in diesem Jahrhundert beteiligt waren, auch nicht in dem, den wir jetzt im Begriff sind zu beenden (Vietnam), um eines selbstsüchtigen Vorteils willen gekämpft haben, sondern stets um anderen zu helfen, einem Angriff zu widerstehen.

Laßt uns stolz sein darauf, daß wir durch unsere kühnen, neuen Initiativen und durch unsere Beharrlichkeit in der Sache eines ehrenhaften Friedens einen Durchbruch erzielt haben in Richtung auf etwas, das die Welt bisher nicht gekannt hat: die Schaffung einer Friedensordnung, die nicht nur in unserer Zeit, sondern auch künftig Bestand haben kann.<<

Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtete später über die Lebensverhältnisse der amerikanischen Ureinwohner in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (x193/-18-20): >>... Trotz der schnell vorangetriebenen Assimilation und Akkulturation (kulturelle Anpassung) der Indianer und der rasanten fundamentalen Veränderungen, die nach der Jahrhundertmitte in den Beziehungen zwischen Indianern und weißen Amerikanern eintraten, sind bei einem Großteil der nichtindianischen Bevölkerung nach wie vor antiindianische Feindseligkeiten, Vorurteile, herablassende Haltungen und Diskriminierungen verbreitet – eine Folge des Eurozentrismus. ...

Kein Wunder, daß man heute ehrlicherwise sagen muß, daß für die meisten nichtamerikanischen Amerikaner die Indianer "vertraute Fremde" sind, die ersten Amerikaner, in der Tat, aber von allen Teilen der amerikanischen Bevölkerung ironischerweise der am wenigsten bekannte. Der Eurozentrismus hat seine Wirkung nicht verfehlt: Hinter den Legenden und jenseits der Mythen kennen nur wenige Nichtindianer die Wirklichkeit.

Gleichzeitig waren sich viele Menschen seit langem darüber im klaren, daß das stereotype Denken der Weißen nicht nur den Indianern großen Schaden zufügte, sondern auch den Eroberern und Vertreibern. Aus der Sicht der Indianer liegt der Schaden nicht nur im Verlust so vieler Menschenleben, sondern auch im anhaltenden Unverständnis der weißen Amerikaner, wenn die Indianer versuchen, sich gegen Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen und den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Die Weißen ihrerseits, die der indianischen Geschichte und Kultur jeden Wert absprechen, negieren Jahrtausende indianischen Wissens und indianischer Erfahrung mit dem Land sowie den gewaltigen spirituellen Reichtum und die schöpferische Vielfalt indianischen Lebens.

... Diese ungeheure Quelle zu ignorieren ist schiere Verschwendung. Niemand kann behaupten, die Geschichte zu kennen, der nicht auch der indianischen Geschichte die volle Wertschätzung ohne Verzerrungen und Entstellungen zuteil werden läßt.<<

Nach langen und schwierigen Friedensverhandlungen (seit Mai 1968) wurde am 27. Januar 1973 in Paris ein Waffenstillstandsabkommen für Vietnam abgeschlossen.

Die US-Kampftruppen zogen am 29. März 1973 ihre letzten Einheiten aus Süd-Vietnam ab.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über den endlosen Krieg in Vietnam (x075/241):

>>Die Vereinigten Staaten haben sich schrittweise in Vietnam engagiert. Zwischen 1950 und 1954 finanzierten sie in wachsendem Umfang den von Frankreich geführten Krieg. Nach dem Genfer Frieden vom Juni 1954 machte ihnen die Regierung Pierre Mendés France in Saigon gleichsam Platz, insbesondere um das Überleben eines nichtkommunistischen Regimes zu garantieren.

Unter Kennedys Präsidentschaft kamen zu den "Beratern" amerikanische Flugzeuge und Hubschrauber hinzu. Unter Johnson wurden dann schließlich die amerikanischen Soldaten hingeschickt, 1962 waren es 11.000, 1964 wuchs die Zahl auf 23.000, 1966 auf 385.000, 1968 auf 536.000, 1970 sank sie wieder auf 335.000, 1972 schließlich auf 24.000.

Auf der einen Seite gab es Bombardements, das Napalm, den Einsatz von Entlaubungsgiften, die Repressalien gegen die Dorfbevölkerung, was bis zur Auslöschung eines ganzen Dorfes führen konnte, wie im März 1968 in My Lai.

Auf der anderen Seite gab es die Minen, die Menschen ohne Vorwarnung zerrissen, Repressalien gegen die anderen Dorfbewohner und manchmal auch gegen dieselben.

Und Entführungen und Morde in den Städten und auf dem Land, um die "Kollaborateure" zu demoralisieren.

Eine halbe Million Opfer unter der Zivilbevölkerung, 57.000 getötete amerikanische Soldaten, eine viertel Million südvietnamesische Soldaten, wahrscheinlich eine Million getöteter Nordvietnamesen und Vietkongkämpfer, Verwundete in noch viel größerer Zahl: ein sehr viel grausamerer, mörderischer Krieg als der Algerienkrieg. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den US-Krieg in Vietnam (x169/88-89): >>... Infolge der Kriege der USA in Indochina starben etwa 4-5 Millionen Männer, Frauen und Kinder.

Nach dem Abzug der Amerikaner benötigte Vietnam, wie ein Historiker schreibt, dringend Hilfe. "Im Süden waren 9.000 von 15.000 Dörfern, 10 Millionen Hektar Ackerland sowie 5 Millionen Hektar Wald zerstört; 1,5 Millionen Nutztiere waren getötet worden. Schätzungen zufolge gab es 200.000 Prostituierte, 800.000 Waisen, 180.000 Behinderte und 1 Million Witwen; alle sechs Industriestädte des Nordens waren schwer beschädigt, ebenso wie Provinz- und Distrikthauptstädte sowie 4.000 von 5.800 landwirtschaftlichen Gemeinden."

Doch Präsident Carter verweigerte jegliche Wiedergutmachung und erklärte, daß "die Zerstörung wechselseitig war".

William Cohen, Verteidigungsminister unter Präsident Clinton, verkündete, er sehe keine

Notwendigkeit für "irgendwelche Entschuldigungen, was den Krieg selbst betrifft", und äußerte ebenfalls die Meinung: "Beide Länder haben durch ihn gelitten. Sie haben von dem Krieg Narben zurückbehalten. Sicherlich haben auch wir welche." ...<<

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte am 31. Juli 1973 die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21.12.1972 (x070/168).

Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 jedoch klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik (teil)identisch ist (x028/169): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland war demnach völkerrechtlich nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, weil das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterhin existiert!

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das Urteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag mit der DDR und dem Fortbestand des Deutschen Reiches (x028/169): >>... Was die anderen Teile Deutschlands betrifft, so wird im selben Urteil festgestellt: "Andere Teile Deutschlands haben allerdings mittlerweile in der deutschen Demokratischen Republik ihre Staatlichkeit gefunden".

Daß das Bundesverfassungsgericht nicht von "den anderen Teilen", sondern unbestimmt von "anderen Teilen" ohne Gebrauch des bestimmten Artikels, spricht, scheint darauf hinzuweisen, daß es nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes noch weitere Teile Deutschlands jenseits des Staatsgebildes Bundesrepublik Deutschland und DDR gibt. Aus dieser Deduktion (Ableitung) ist argumentiert worden, daß Deutschland als Rechtssubjekt mit dem Gebietsbestand seiner völkerrechtsgemäßen Vorkriegsgrenze fortbestehen muß.<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915- 2017) schrieb am 10. August 1973 in der "New York Times" über die kommunistische Revolution in China (x347/320): >>... Was auch immer der Preis der chinesischen Revolution gewesen sein mag, so war sie doch offensichtlich erfolgreich, nicht nur bei der Schaffung einer effizienteren und motivierten Verwaltung, sondern auch darin, eine höhere Moral und einen besseren Gemeinschaftsgeist zu schaffen. ... Das Sozialexperiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten in der Menschheitsgeschichte.<<

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehörten.

Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten waren z.B. ermächtigt, bei aggressiven politischen Ausnahmeständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch eingreifen.

Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland wurden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die UN-Feindstaatenklausel (x306/177-179): >>... Überall sind - jahrelang nicht beachtet - Relikte des Ausnahmerechtes gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges (und dessen Ausdeutungen in Gesinnungen) vorhanden.

Sie brauchen nur reaktiviert zu werden. Die Sowjetunion hat diese Relikte die ganze Nachkriegszeit hindurch weiterentwickelt und zur konsequenten Basis ihrer Deutschlandpolitik gemacht. Sie kann daher der westlichen, aus sich ständig wandelndem Stückwerk bestehenden Deutschlandpolitik eine östliche Deutschlandpolitik entgegenstellen, die durch die durchdach-

te Verknüpfung ihrer Teilstücke weit über die russischen Grenzen hinaus werbend wirkt. Die Antikommunisten haben diese Deutschlandpolitik zurückgewiesen, weil sie den kommunistischen Stempel trug, die Liberalen haben sie verspottet, weil ihr Sprachgewand nicht den von ihnen gesetzten stilistischen Maßstäben genügte. Nach der Herkunft und dem Zusammenhang hat keiner von beiden gefragt.

Das heute noch gültige Ausnahmerecht gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges beginnt mit der Charta der Vereinten Nationen. Nach Art. 53 und Art. 107 sollen die Bestimmungen der Charta nicht auf Maßnahmen anwendbar sein, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gegen die Besiegten getroffen werden. So konnte anlässlich der Berliner Blockade 1948 gegen einen Antrag der Vereinigten Staaten auf Aufnahme der Berlinfrage in die Tagesordnung der Vereinten Nationen von der Sowjetunion mit Berufung auf Art. 107 der UNO Satzung eingewandt werden, daß die Zuständigkeit der Vereinten Nationen dort zu Ende gehe, wo Maßnahmen gegen ehemalige Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges getroffen würden.

Als ein CDU Abgeordneter im Sommer 1964 davon erfuhr und im Bundestag anfragte, was es mit diesen Artikeln auf sich habe und was die Bundesregierung unternommen habe, um sie beseitigen zu lassen, antwortete Staatssekretär Prof. Dr. Carstens im Namen der Bundesregierung, daß die deutsche Diplomatie sich nicht gedrängt gefühlt habe, etwas zu unternehmen, da die Artikel durch die Umstände überholt seien und nicht mehr angewandt würden. Verwunderlich, warum sie dann nicht beseitigt werden können.

Worauf der Staatssekretär anspielte, ist, daß sich die westlichen Alliierten im Friedensvertrag mit Japan 1951 verpflichtet haben, sich auch Japan gegenüber von den Grundsätzen des Art. 2 der UNO-Satzung, der die Gleichberechtigung der Staaten festlegt, leiten zu lassen.

Die drei Westmächte gaben später bei der Londoner Konferenz am 3. Oktober 1954 eine ähnliche Versicherung gegenüber der Bundesrepublik zu Protokoll. Nur haben weder die Westmächte gegenüber den südosteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion, noch Rußland und China gegenüber Deutschland und Japan eine solche Verzichtserklärung abgegeben. Die Bestimmungen, die ein dauerndes Ausnahmerecht gegenüber den Besiegten festlegen, sind nur im Gedächtnis deutscher Diplomaten beseitigt. Die Sowjetunion hat die Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges stets gepflegt und sorgsam aufrechterhalten.

Der Art. 53 der UNO-Satzung hat das Ziel, "die Wiederaufnahme der Angriffspolitik der Besiegten zu verhindern". Wenn die Sowjetunion durch Zitieren dieser Bestimmung den von ihr 1955 geschlossenen Warschauer Pakt, einen Militärpakt, der sie mit den Staaten ihres Einflußbereiches verbindet, mit der UNO-Satzung in Übereinstimmung brachte, so handelte es sich nicht, wie vielfach angenommen, um eine polemische Formel, die die aus der Bundesrepublik drohenden Gefahren an die Wand malen sollte, um so die Bündnispartner leichter vor den eigenen Wagen zu spannen, sondern um eine Berufung auf eine internationale Ordnung, der die Vereinigten Staaten einmal zugestimmt hatten und von der abzurücken der Sowjetunion nicht zum Vorteil gereicht.

"Wiederaufnahme der Angriffspolitik" ist ein Urteil, das über Maßnahmen einer Wiederbewaffnung, bestimmte Waffenausrüstungen deutscher Truppen, über Paktbeitritte und bloße Gesinnungsausprägungen gleichermaßen gefällt werden kann.

Es ist die Schwäche des Adenauerschen Weges der schrittweisen Wiedergewinnung der Souveränität, daß das politische System der Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges dadurch "überholt" wurde, daß man es durch stillschweigendes Einverständnis mit den westlichen Bündnispartnern für überholt gelten ließ. Einverständnis setzt beiderseitiges Wohlwollen voraus. Lockert sich das Wohlwollen, muß es durch Geschenke wiedererworben werden. Adenauer unterscheidet sich vom Reiter über den Bodensee dadurch, daß er nicht ganz ans Ufer gelangt ist.

Auch in einer ganzen Reihe weiterer Verträge, die von kommunistischen Staaten geschlossen wurden, wird die Berufung auf die UNO-Satzung mit Bestimmungen gegen die Bundesrepublik logisch gekoppelt. Der polnisch-sowjetische Vertrag vom 8. April 1965, der den von 1945 nach 20jähriger Laufzeit ersetzte und Polen und die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik verpflichtet, bezieht sich in seiner Präambel auf die UNO-Satzung und darauf, "daß der westdeutsche Militarismus die Sicherheit in Europa bedroht".

In Art. 5 verpflichteten sich die beiden vertragschließenden Parteien, "alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Gefahr einer Aggression von Seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder von Seiten irgendeines Staates, der mit diesen Kräften ein Bündnis abschließen würde, zu beseitigen". Die Sowjetunion und Polen berufen sich auf das politische System von 1945, das sie nie verlassen haben. Die Amerikaner beginnen zu entdecken, daß dieses System für sie auch erhebliche Vorteile brachte. De Gaulle ruft immer wieder zur Abkehr von Jalta und zur Errichtung eines neuen Gleichgewichtes auf.

Nur die deutsche Politik nimmt die großen Tendenzen der Zeit, auch dort wo sie der Hauptbetroffene ist, nicht zur Kenntnis. Es ist eine Berufskrankheit der Juristen, die Augenblickslage in allen ihren Details scharf zu erfassen, ohne dabei die großen Tendenzen zu sehen, die in sie hineingeführt haben und wieder aus ihr herausführen. Das für die Bundesverwaltung charakteristische "Juristenmonopol" läßt die Bundesrepublik im Abstieg immer weiter voranschreiten, ohne daß sie dessen gewahr wird.<<

Im Oktober 1973 brachte ein ägyptisch-syrischer Überraschungsangriff ("Jom-Kippur-Krieg") Israel zeitweise in große Bedrängnis.

Nach wechselvollen Kämpfen und hohen Verlusten konnten israelische Truppen die Angreifer während des Zweifrontenkrieges am Suezkanal (gegen Ägypten) und bei den Golanhöhen (gegen Syrien) letzten Endes zurückdrängen oder einschließen.

Die UdSSR und die USA setzten in der UNO schließlich einen Waffenstillstand durch. Nach Vermittlung des US-Außenministers Kissinger gab Israel 1974 einen Streifen am Suezkanal an Ägypten zurück und Syrien erhielt das Gebiet um Kuneitra auf den Golanhöhen zurück.

Nahum Goldman (1895-1982, von 1949-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) schrieb später über die Folgen des arabisch-israelischen Krieges im Oktober 1973 (x067/192):

>>... Vielleicht die wichtigste Folge des Jom-Kippur-Krieges war die Änderung in der amerikanischen Haltung gegenüber der Lage im Nahen Osten.

Die amerikanische Regierung begann sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß ihre Politik der Passivität und des Nichtstuns und des Versuches, den Status quo fortzusetzen, mit einem völligen Mißerfolg geendet hatte und eine Bedrohung darstellte, nicht nur für den Nahen Osten, sondern auch für die Politik der Entspannung, die Nixon und Kissinger zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingeleitet hatten.

Die beiden Supermächte, vor allem die USA, die allein die Mittel haben, Israel zu einer Änderung seiner Politik zu veranlassen, begannen ihre passive Politik durch eine mehr aktive zu ersetzen. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973" (x169/33-35):

>>... Die schockierenden Rückschläge Israels zu Beginn und seine bedeutenden Verluste während des arabisch-israelischen Oktober-Krieges von 1973 sowie seine zunehmende internationale Isolation danach verschärften die Befürchtungen der amerikanischen Juden bezüglich Israels Verwundbarkeit. Entsprechend trat nun die Erinnerung an den Holocaust in den Mittelpunkt des Geschehens.

Novick schreibt dazu: "Unter amerikanischen Juden ... bekam die Situation eines verwundbaren Israels allmählich eine erschreckende Ähnlichkeit mit der der europäischen Juden dreißig Jahre zuvor. ... Nicht nur war das der 'Take off' des Redens über den Holocaust in Amerika, es

wurde auch zunehmend institutionalisiert." - Doch im Krieg von 1948 hatte Israel sich näher am Abgrund befunden und weit mehr Opfer zu beklagen gehabt als 1973.

Klar, abgesehen von seinem Bündnis mit den USA war Israel nach dem Oktober-Krieg von 1973 international nicht mehr gut angesehen. ... Abba Eban erinnert sich traurig seiner glänzenden Vorstellung vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die, "nachdem sie die Rede mit anhaltendem und heftigem Applaus bedacht hatte, in der Folge mit großer Mehrheit gegen uns stimmte".

Bei diesem Konsens spielten die USA eine herausragende Rolle. Nicht nur, daß Eisenhower Israel zum Rückzug zwang, auch die öffentliche Unterstützung für Israel in den USA fiel auf einen "erschreckenden Tiefstand" (so der Historiker Peter Grose). ...

Tatsächlich trat die Holocaust-Industrie nicht deshalb in den Mittelpunkt des Geschehens, weil Israels unerwartete Rückschläge während des Oktober-Krieges von 1973 ... Erinnerungen an die "Endlösung" wachriefen. ... Die historischen Dokumente legen überzeugend nahe, daß die amerikanischen Juden, wenn Israel nach dem Oktober-Krieg wirklich allein dagestanden hätte, sich um keinen Deut mehr an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis erinnert hätten als nach den Kriegen von 1948 oder 1956. ...<<

Der Bund der Vertriebenen wies am 10. Dezember 1973 in einer Petition an die UNO auf die noch immer ungesühnten Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen hin (x077/133-134): >>Petition vom Dezember 1973, unterzeichnet von 144.000 Personen, darunter 4 Ministerpräsidenten der Länder und 2 ehemalige Bundeskanzler.

Millionen deutscher Vertriebener,

durch sowjetrussische, polnische, tschechoslowakische, ungarische, rumänische und jugoslawische Behörden in den Jahren 1944 bis 1948 aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat vertrieben, ausgewiesen oder zur Flucht genötigt, wobei ein Fünftel den Tod gefunden hat und Werte in Höhe von 350 Milliarden DM widerrechtlich entzogen oder vernichtet worden sind,

gedenken am 10. Dezember 1973 der 25. Wiederkehr des Tages, an dem die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und Grundfreiheiten feierlich verabschiedet hat.

Sie erinnern daran, daß bei der Vertreibung ihre fundamentalen Menschenrechte verletzt wurden:

Das Recht auf Freiheit, Gleichheit und Achtung ihrer Würde ohne Rücksicht auf Sprache oder nationale Herkunft,

das Recht vor willkürlichem Entzug der Staatsangehörigkeit sowie vor unmenschlicher sowie erniedrigender Behandlung, vor willkürlicher Festnahme und Haft sowie willkürlichem Entzug des Eigentums geschützt zu sein,

das Recht, seinen Wohnsitz frei zu wählen und in sein Land zurückzukehren,

das Recht auf freie Berufswahl, soziale Sicherheit und die zur Entwicklung der Persönlichkeit unentbehrlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte,

das Recht auf Unterlassung unterschiedlicher Behandlung und auf Schutz vor Diskriminierung und Handlungen, die die Grundrechte verletzen.

Diese grundlegenden Rechte sind für die Millionen aus ihren Wohnsitzen vertriebenen Deutschen in ihrer angestammten Heimat bisher nicht wiederhergestellt worden und werden auch heute noch aktuell und fortwährend unter Bruch der Menschenrechte Hunderttausenden Deutschen gegenüber verletzt, die in der Heimat zurückgeblieben sind.

Millionen deutscher Vertriebener bekennen sich unbeirrt zu den in der Erklärung umschriebenen Rechten und haben dies bereits in der am 5. August 1950 verabschiedeten Charta der Heimatvertriebenen getan. Trotz des erlittenen schweren, entwürdigenden Unrechts haben die deutschen Vertriebenen darin auf jede Rache und Vergeltung für alle Zeit verzichtet, aber

gleichzeitig verlangt, daß ihr Recht auf die Heimat verwirklicht werde.

Millionen deutscher Vertriebener fordern die Beseitigung der Folgen des ihnen zugefügten und in der angestammten Heimat noch bestehenden Unrechts mit friedlichen Mitteln und unter Achtung der Würde, Existenz und angemessenen Entfaltung der beteiligten Völker.

Sie fordern die einheitliche Auslegung der Menschenrechtserklärung in allen Staaten der Welt, die vertragliche Sicherung der in der Erklärung beschworenen Rechte durch den Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 und eine wirksame internationale Kontrolle für ihre Verwirklichung.

Sie stützen sich dabei auch auf eine große Zahl internationaler und innerstaatlicher Rechtsgrundsätze und Normen und auf Erklärungen, die auf dem Völkergewohnheitsrecht gründen. Sie berufen sich ferner auf das Urteil des höchsten Gerichts des freien Deutschlands, des Bundesverfassungsgerichts, vom 31. Juli 1973.

Die deutschen Vertriebenen verfolgen damit nicht nur ihre eigenen Ziele, sondern vereinigen sich mit den Stimmen derjenigen, die zur 25. Wiederkehr der Verabschiedung der allgemeinen Menschenrechtserklärung ihre Hoffnung auf die weltweite Verwirklichung der darin verankerten Rechte setzen:

Sie fordern, daß allen Menschen ohne Rücksicht auf Sprache, Glaube und Herkunft das Grundrecht auf ungestörten Verbleib in der angestammten Heimat und auf die Verwirklichung aller Grundfreiheiten und Menschenrechte für den einzelnen und die Gemeinschaften gesichert ist. Sie fordern, daß die Freizügigkeit vom und zum angestammten Wohnsitz gewährleistet und, wo verletzt, auf friedlichem Wege unter internationaler Kontrolle wiederhergestellt wird.

Hierfür sich mit friedlichen Mitteln einzusetzen, ist ihre und ihrer Nachkommen Pflicht und Versprechen. ...<<

Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) trat am 6. Mai 1974 infolge der "Spionageaffäre Guillaume" zurück. Die Regierungskoalition (SPD/FDP) blieb bestehen.

Helmut Schmidt (SPD) wurde am 16. Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt.

Um einem Amtsenthebungsverfahren zu entgehen, trat Nixon am 8. August 1974 als erster Präsident der USA zurück.

Infolge eines Einbruches von Beauftragten des republikanischen "Komitees für die Wiederwahl des Präsidenten" in das Hauptquartier der Demokraten ("Watergate Apartments" in Washington im Juni 1972) war wegen Mitwisserschaft des republikanischen Präsidenten Nixon ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet worden.

Die "Watergate-Affäre" löste damals eine heftige politische Vertrauenskrise aus.

Die "New York Times" berichtete damals über Nixons Rücktritt (x243/107): >>... Aber alle Amerikaner, die weiterhin an eine Herrschaft der Gesetze und nicht der Personen glauben, müssen dankbar sein, daß das Regierungssystem dieses außergewöhnliche Trauma ungebrochen und ehrenvoll überlebt hat. ...

Wenn man für Mr. Nixon heute nur Mitleid empfinden kann, so kann man doch stolz sein auf die Institutionen, die sich als stark und elastisch genug erwiesen haben, die ernsteste innere Krise und die heimtückischste innere Gefahr zu bewältigen, die diese unsere große Republik seit über hundert Jahren bedroht haben.<<

Der US-Historiker Arthur Schlesinger (1917-2007, Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson) schrieb später über die "Watergate-Affäre" (x149/128): >>... Es dürfte fast passender sein, statt über die Schmach von Watergate über den Ruhm von Watergate zu sprechen. ...

Mein Eindruck ist, daß die Menschen im Ausland mit wachsendem Respekt und Neid auf die Fähigkeiten des amerikanischen Volkes schauen, sich gegen den Mißbrauch der Regierungsgewalt zur Wehr zu setzen.

Es ist bemerkenswert, daß die zwei massivsten Diktaturen in der heutigen Welt – Rußland

und China – ihren Menschen so wenig wie möglich über Watergate berichten.

Der Grund liegt auf der Hand. Sie wollen nicht den aufrührerischen Gedanken ermutigen, daß das Volk das Recht habe, die Regierenden zu kontrollieren. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Nixons Ende (x068/347-348): >>... Präsident Nixon (glitt) jetzt schnell von oben herab. Inzwischen nämlich hatte ihn die sogenannte Watergate-Affäre eingeholt, jener kleine Einbruch von fünf als Klempner verkleideten Spezialisten der Republikaner in das demokratische Wahlkampfhauptquartier im Washingtoner Watergate-Hotel, nur um ein paar Wänzchen anzubringen. Lieber Himmel, wie oft das wohl passieren mag, in den besten politischen Kreisen, auf allen Seiten. Und noch ganz andere Dinge! Wir wollen die Bagatelle, von den Medien hochgespielt, auf sich beruhen lassen. ...

Nixon hatte einfach Pech gehabt. Und sein Vizepräsident Spiro T. Agnew auch. Er mußte zurücktreten, um der Anklage der Bestechung zu entgehen; man bestrafte ihn nur wegen Steuerhinterziehung, kaum ein Kavaliersdeliktchen.

Und der Lobbyismus, das Bestechungswesen blühten stets in Washington. Einige Jahre früher verteilte ein Vertreter von Gulf Oil, nach eigenem Geständnis, in Washington Hunderttausende von Dollars an die Politiker. Und 1973 erhielten mehr als ein Dutzend führender Industrieller Geldstrafen wegen illegaler Wahlkampfspenden. Riesige Kapitalien wechseln im politischen Leben die Hände - über und unter dem Ladentisch. Das alles gehört zum Geschäft. Parlamentarier werden häufig so bezahlt. ... Und auch Wanzen gehören zur heutigen Zeit. Auch menschliche.

Nixon hatte einfach Pech gehabt. Er weigerte, er wand sich, heuchelte, leugnete, log, er gab andere preis.

Doch ein Amtsenthebungsverfahren (impeachment) leitete den Anfang seines Endes ein. Stück für Stück gibt er nach, am 8. August 1974 auf. ...<<

Gerald Rudolph Ford (1913-2006, Parteimitglied der "Republikaner", 38. Präsident der USA) wurde am 9 August 1974 Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Nixon.

US-Präsident Ford ließ nach seiner Vereidigung die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Nixon einstellen (x175/686).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Gerald Rudolph Ford und die Macht der CIA (x068/348-351): >>... (Nach Nixons Rücktritt am 8. August 1974) ... setzt Vizepräsident Ford (am nächsten Tag) als 38. Präsident der Vereinigten Staaten die Geschichte fort.

Gerald R. Ford (1974-1977) war persönlich wohl einer der einfachsten, bescheidensten Präsidenten seines Landes, das Gegenteil fast eines Schauspielers; nur etwas allzu hölzern. Und als Redner nicht besser als Eisenhower. "Wenn Lincoln heute am Leben wäre", versicherte Ford einst einem Auditorium, "würde er sich im Grabe umdrehen" - gut gesagt, wirklich. Lyndon Johnson erschien Ford "so dumm, daß er nicht zur selben Zeit gehen und furzen kann".

Solche Menschen verfolgt gern das Pech, im kleineren wie im großen. Als Kambodschaner den amerikanischen Frachter "Mayaguez" entführten und die 39köpfige Besatzung angeblich auf einer Insel im Golf von Siam festhielten, ließ Ford die Insel durch ein Bataillon der Marines stürmen. 38 Soldaten starben dabei - die Besatzung war schon früher freigelassen worden.

Auch innenpolitisch standen die Dinge nicht gut für den redlichen Ford, der sich mühte, das durch Watergate lädierte Ansehen der Regierung aufzubessern. Der Krieg in Vietnam war zu Ende (Ford selbst befahl im April das Ausfliegen der letzten noch in Saigon verbliebenen Amerikaner), das große Rüstungsgeschäft war auch dahin, die Rezession wieder da, die Arbeitslosigkeit, immerhin 8,5 %, und die Preise steigen gewaltig.

Wacker versuchte der Präsident aber, indem er unter Rockefeller, seinem Vice, einen Untersuchungsausschuß einsetzte, wenigstens die kriminellsten Praktiken der CIA einzuschränken;

zumindest im Inland, wo sie am unangenehmsten waren, zumal wenn sie bis zu Attentats-Planungen auf ausländische Politiker gingen.

Die Macht der CIA war unter Allen Dulles ständig gewachsen. Die Organisation hatte nicht nur fast so viele offizielle Vertreter im Ausland wie das State Department, sondern sogar einen wesentlich höheren Etat (wenn er auch noch nicht einmal halb so hoch war wie der Haushalt des Pentagons für dessen Nachrichtendienst).

Die CIA arbeitet nach den Worten ihres Chefs Colby mit "verdeckten Operationen". Colby sieht darin eine "Auswahlmöglichkeit" der USA "zwischen diplomatischem Protest und der Entsendung der Marines". Diese Auswahlmöglichkeit umfaßt nun wirklich alles mögliche; die Ausbildung fremdländischer Polizei und Truppen gehört ebenso dazu wie Wirtschaftsboykott oder direkte Sabotage (in Kuba etwa Verbrennung der Zuckerrohrfelder, Verbreitung der Schweinepest, Versenkung nach Kuba fahrender Schiffe), Militärputsche ebenso wie organisierte Verbrechen, die Ausarbeitung ganzer Mordlisten, auf denen unter vielen anderen auch prominente Staatsmänner standen.

So beteiligte sich die CIA 1960 am Sturz des im Kongo demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Patrice Lumumba und trieb ihn in den Tod.

Sicherheitshalber, sozusagen, sandten die USA gleich zwei Gangster. Der CIA-Doktor Sidney Gottlieb ("Joe from Paris") sollte ihn so vergiften, daß der Mord wie ein natürlicher Todesfall aussah. Und für den CIA-Spitzel "WI ROGUE", einen Bankräuber, bestellte der weitere CIA-Agent Devlin von Zaire ein "Gewehr ausländischer Herkunft mit Teleskop und Schalldämpfer" aus Washington. Und in der Botschaft von Zaire, wo man den Blutplan ausheckte, wirkte seinerzeit auch Frank Carlucci, der spätere Verteidigungsminister Reagans.

Rolf Winter berichtet weitere geplante Mordanschläge der "Weltführungsmacht", etwa auf den radikalen Moslem Scheich Fadlallah; auf Fidel Castro (inzwischen schon nahezu einem Dutzend Attacken entgangen) mit Hilfe einer vergifteten Zigarre, eines vergifteten Tauchanzugs; auf einen Präsidentschaftskandidaten der Philippinen, dem man Gift ins Getränk mixte, weil er die amerikanischen Militärbasen beseitigen wollte. "Man weiß von CIA-Bubenstücken in einer solchen Fülle, daß ernsthafte Zweifel erlaubt sind, ob denn wohl GPU und KGB selbst zu ihren infamsten Zeiten in Moskau ähnlich aktiv und perfide waren."

1963 wurde der irakische Staatspräsident Kassem mit Hilfe der CIA entmachtet und ermordet - er hatte die "Iraq Petroleum Company" in Gemeineigentum überführt. In Chile stürzte man ein Jahrzehnt später Salvador Allende, den ersten frei gewählten marxistischen Präsidenten Lateinamerikas, und trieb ihn mit Hilfe einer Militärjunta unter Pinochet in den Tod.

Dabei spielte nicht nur der von Papst Wojtyla so geschätzte und geförderte Geheimbund "Opus Dei" eine beträchtliche Rolle, sondern auch CIA-Geld, nicht zuletzt der CIA-Agent und belgische Jesuit Roger Vekemans, der mit zig Millionen Dollar Allendes Regierung "destabilisiert" hatte. Mit ausdrücklicher Begünstigung durch Washington übernahm darauf der miese Pinochet die Macht.

Geradezu ein Witz ist es, ein grotesk-makabrer freilich, den sogar ein Kongreß-Geheimbericht geißelt, daß die CIA, die den Drogenhandel bekämpfen sollte, wichtigste Drogenhändler unterstützt, ja, daß man unter ihrer Obhut Rauschgifthanbauflächen vergrößert, sogar ein eigenes Rauschgiftsyndikat aufgebaut hat, um durch den Erlös auf dem Schwarzen Markt Waffen für lateinamerikanische Guerillaverbände einzukaufen, die mißliebige Systeme ruinieren sollen. Der 1975 in Mexiko-City verhaftete Boss einer Drogenbande, Alberto Sicilia, erklärte unter Folter, Agent der CIA zu sein. Er schleuste nach Schätzungen der US-Drogenbehörde wöchentlich Rauschgift im Wert von 3,6 Millionen Dollar in die Staaten und trug bei seiner Festnahme außer drei gültigen Pässen verschiedener Nationalität zwei Schweizer Kontobücher mit einem Guthaben von 260 Millionen Dollar im Jackett.

Die Sympathien der USA gehören in Lateinamerika deutlich den Diktaturen, weil sie ihre In-

teressen respektieren. So stand man wohlwollend Somoza in Nicaragua gegenüber, Perez Jimenez in Venezuela, Batista auf Kuba, Rojas Pinilla in Kolumbien, Odria in Peru, Stroessner in Paraguay. Ihre Gegner verdächtigt man gewöhnlich des Kommunismus und glaubt so, Grund genug zum Eintreten für die Despoten zu haben. Als die USA 1961 in San Domingo die Diktatur ermöglichten, veröffentlichte das State Department die Namen von "dreißig kommunistischen Persönlichkeiten, die man verdächtigte, nach der Macht greifen zu wollen". ...<<

Die "Stuttgarter Zeitung" berichtete am 4. Januar 1975 (x243/264): >>... Unter gewissen Umständen könne man die Anwendung von Gewalt nicht ... ausschließen, ... jedoch nur "in der ernstesten Notlage" (wenn eine) "tatsächliche Erdrosselung der industrialisierten Welt durch die Ölkrise" (bevorstünde).

Kissinger (US-Außenminister) deutete an, daß ein unmittelbar bevorstehender politischer und finanzieller Zusammenbruch Westeuropas Anlaß für ein derartiges Vorgehen der USA sein könnte ... (nicht aber um eine Herabsetzung des Ölpreises zu erzwingen.)<<

Die Zeitung "Le Monde" berichtete am 12. Februar 1975 über den "Musterschüler Bundesrepublik Deutschland" (x243/221): >>... Ist die Bundesrepublik Deutschland gegen ihren Willen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische und militärische Großmacht geworden? fragte kürzlich DER SPIEGEL ...

Die Fachleute der NATO (werden) nicht fertig mit Lobsprüchen über die Bundeswehr. ... Die Armee der Bundesrepublik erscheint als die einzige klassische, solide Säule des Atlantischen Bündnisses in Europa.

Die Deutschen sind unter jedem Gesichtspunkt die Musterschüler der "Atlantischen Klasse". 1974 war die Bundeswehr die einzige Armee der NATO, die, nach den offiziellen Statistiken, ihren Truppenbestand vermehrt und ihre Ausrüstung verbessert hat.<<

Der ehemalige Widerstandskämpfer Eugen Gerstenmaier (1906-1986, deutscher Theologe und CDU-Politiker) schrieb am 31. März 1975 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x268/68): >>... Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die antideutsche Einstellung der westlichen Alliierten (x268/68-69): >>Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. In einer Studie des "Office of Strategic Services" mit der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitlerwunders" vom 30. Juli 1944 heißt es wörtlich, das "glückliche Entkommen Hitlers" sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland ließe sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen.

In der Tat wäre es nach dem Sturz der Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen. ...<<

Die letzten nordamerikanischen Truppen verließen am 29. April 1975 fluchtartig Süd-Vietnam.

Die nordvietnamesischen Truppen besetzten am 30. April 1975 Saigon in Süd-Vietnam.

Die südvietnamesische Regierung kapitulierte danach am 30. April 1975 bedingungslos (x142/483). Saigon erhielt später den Namen Ho-Chi-Minh-Stadt.

In einem Brief an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas bestätigte das State Department am 27. Mai 1975 die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens (x028/239): >>... Die in diesen Erklärungen ausgedrückte Haltung ist noch die offizielle Position der Vereinigten Staaten.<<

Die britische Botschaft beantwortete am 27. Juni 1975 einen Brief des nordamerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas wie folgt (x028/239): >>... daß die Rechtsposition der Regie-

rung Ihrer Majestät dieselbe bleibt, zu der sie durch die Abmachungen des Potsdamer Protokolls verpflichtet ist. Nämlich, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten sollte.<<

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe lehnte am 7. Juli 1975 eine Verfassungsbeschwerde gegen die "Ostverträge" ab.

Im Beschluß des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes zu der Verfassungsbeschwerde gegen die Ostverträge hieß es (x067/147): >>Den Verträgen kann nicht die Wirkung beigemessen werden, daß die Gebiete östlich der Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl territorialen als auch der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polen endgültig unterstellt worden seien.

Die Bundesregierung ging ... bei Abschluß der Ostverträge in einer für die Verhandlungspartner erkennbaren Weise davon aus, daß sie nicht befugt gewesen sei, eine ... Verfügung über den rechtlichen Status Deutschlands im Sinne einer friedensvertraglichen Regelung zu treffen. Sie hat sich dabei auf die Gesamtverantwortung bezogen, welche die 4 Mächte für Deutschland als Ganzes tragen. ...<<

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtete später über die Schutzpflicht des deutschen Staates gegenüber den deutschen Staatsangehörigen (x077/22): >>... Bezüglich der deutschen Staatsangehörigen in den Gebieten des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland als oberstes und verbindlich für alle Staatsorgane bei der Auslegung des Grundgesetzes und seiner Rechtswirkungen entscheidendes Verfassungsorgan im Einklang mit dem Völkerrecht durch Beschluß vom 7. Juli 1975 festgestellt, daß diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit 1945 in diesen Gebieten besaßen und dort heute noch wohnen, weiterhin die deutsche Staatsangehörigkeit zusteht. ...<<

Die Zeitung "Die Weltwoche" veröffentlichte am 17. Dezember 1975 einen Bericht des mexikanischen Soziologen Rodolfo Stavenhagen (x243/246): >>... Fast alles, was unter dem Namen "Entwicklungshilfe" segelt, (zielt) im Grunde darauf ab, die Herrschaft des Machtzentrums dieser Welt über die abhängige Peripherie zu verstärken.

Niemand wird leugnen, daß diese Bemühungen in bestimmten Gegenden zu erstaunlichem wirtschaftlichem Wachstum geführt haben. ... Aber sie bahnen für gewöhnlich keine selbständige Entwicklung an. Ebensovienig bezwecken sie die Erhöhung des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung der Dritten Welt.

Im besten Fall gibt Entwicklungshilfe den unterentwickelten Ländern einen Bruchteil von dem zurück, was unser Weltsystem (durch ungleiche Devisenkurse, Gewinnrückflüsse, Schuldendienst, Kapitalübertragung usw.) aus ihnen herausgeholt hat.<<

Der deutsche Journalist Wilfried Ahrens veröffentlichte im Jahre 1975 eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.

Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschuß lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<

Da das "Schlesierland", "Märkische Heide" und andere ostdeutsche Lieder angeblich "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar waren", ließ das Verteidigungsministerium diese

Lieder im Jahre 1975 aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen.
Das deutsche Volkslied "Schlesierland" lautet wie folgt (x846/...):

>>1. Kehr ich einst zur Heimat wieder,
Früh am Morgen, wenn die Sonn' aufgeht.
Schau ich dann ins Tal hernieder,
Wo vor einer Tür ein Mädchen steht.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir sehn uns wieder, mein Schlesierland,
Wir sehn uns wieder am Oderstrand.

2. In dem Schatten einer Eiche,
Ja, da gab ich ihr den Abschiedskuß.
Schatz, ich kann nicht bei dir bleiben,
Weil, ja weil ich von dir scheiden muß.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir sehn uns wieder, mein Schlesierland,
Wir sehn uns wieder am Oderstrand.

3. Liebes Mädchen, laß das Weinen,
Liebes Mädchen, laß das Weinen sein.
Wenn die Rosen wieder blühen,
Ja dann kehr ich wieder bei dir ein.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir sehn uns wieder, mein Schlesierland,
Wir sehn uns wieder am Oderstrand.<<

Um die Zahl der Unfallopfer zu vermindern, galt ab 1. Januar 1976 für Autofahrer in der Bundesrepublik Deutschland die Anschnallpflicht.

Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) kritisierte am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<

Die nordvietnamesisch beherrschte Nationalversammlung beschloß am 2. Juli 1976 die Vereinigung Nord- und Süd-Vietnams und bildete die Sozialistische Republik Vietnam.

James Earl "Jimmy" Carter (Parteimitglied der "Demokraten") wurde am 2. November 1976 mit knapper Mehrheit zum 39. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über James Earl "Jimmy" Carter (x068/352-353): >>... Präsident Jimmy Carter (1977-1981), dem Kenner den höchsten Intelligenzquotienten seit F. D. Roosevelt attestierten, war ein re-born christian und einst baptistischer Prediger in Sonntagsschulen gewesen, der ganz offen über seine Bekehrung sprach. Wenngleich er Glaubenstreue mit kaltem politischem Kalkül verbinden konnte, traf er doch einige ethisch respektable Entscheidungen.

Noch am Tag seines Amtsantritts amnestierte der Präsident 10.000 Amerikaner, die während

des Vietnamkrieges sich dem Dienst entzogen hatten. Atomwaffen verabscheute er tief, was auch seine Entscheidung gegen die Neutronenbombe beeinflusste. Ja, er blieb reserviert gegenüber der Entwicklung friedlicher Atomenergie - im AKW Three Mile Island, bei Harrisburg/Pennsylvania, kam es 1979 zur bisher gefährlichsten Krise - und förderte den Ausbau alternativer Energiequellen. Erstmals wurde (1977) ein Energieministerium errichtet.

Carter legte ein 10-Jahres-Energieprogramm vor. Und zur Unterstützung der Armen wollte er sogar die gigantischen Gewinne der Ölgesellschaften besteuern, ein wahrhaft frommer Wunsch.

Innenpolitisch sah es weiterhin nicht eben rosig aus. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich, die Preise stiegen an, die Steuern, die Inflationsrate kletterte auf 11,3 %. Und der Dollar sank. Carters wiederholtes und natürlich besonders populäres, auch vor Senatoren und Abgeordneten gemachtes Versprechen einer 50 Dollar Steuerrückzahlung für jeden Amerikaner konnte nicht gehalten werden.

Noch beträchtlich mehr schädigte ihn der Bankenskandal seines Budget-Direktors, Bert Lance, eines Bankiers und persönlichen Carter-Freundes, den er schließlich fallen lassen mußte. Carter, der Baptist, der Moralapostel, dessen Religion ein strenges Leben nach der Bibel befahl, galt vielen nun, wohl zu Unrecht, als Heuchler.

Seine Popularitätskurve fiel innerhalb weniger Monate um 26 Prozent. Und Versuche einer Lösung des Energieproblems, das er als erster amerikanischer Präsident erkannte, trugen so wenig zu seiner Beliebtheit bei wie neue Rassenkrawalle. Allein in Miami wurden im Mai 1980 immerhin 16 Menschen umgebracht, 370 verletzt und Sachschäden im Wert von 100 Millionen Dollar angerichtet.

In der Außenpolitik erzielte Carter mehrere Erfolge: den Abschluß der Verträge über den Panama-Kanal; das Abkommen von Camp David, das die Annäherung zwischen Israel und den Arabern ermöglichen sollte; die Normalisierung der Beziehungen zu China. Und gegenüber dem despotisch-korrupten Somoza-Regime in Nicaragua ging er auf Distanz, was die oppositionellen Sandinisten unterstützte.

Dagegen stand er weiterhin zum Schah von Persien, was ihn die Präsidentschaft kosten sollte. ...<<

Die Staatsanwaltschaft in Hagen schloß im März 1977 nach fast 12jähriger Nachforschung die Ermittlungen über die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen ergebnislos ab.

Der Mordvorwurf richtete sich gegen 7 Polen und einen Deutschen, die vermutlich in Polen wohnhaft waren (x028/144).

Die verurteilten Terroristen der "Roten Armee Fraktion", Andreas Bader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, verübten am 18. Oktober 1977 im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim Selbstmord (x175/715).

Als am 8. September 1978 die Anhänger des Schiitenführers (Ayatollah) Khomeini in Teheran den Sturz des Schah-Regimes forderten, ereigneten sich schwere Unruhen.

Hunderte von Demonstranten wurden erschossen. Der Schah setzte danach eine Militärregierung ein.

Der westafrikanische Historiker und Politiker Joseph Ki-Zerbo (1922-2006) berichtete im Jahre 1978 über die Entwicklungspolitik in den Ländern der "Dritten Welt" (x073/319): >>Sich zu entwickeln kann nicht heißen, die vorhandenen Bodenschätze des Landes auszuplündern, nur um Kapital zu erwirtschaften, das wiederum nicht für Entwicklungsinvestitionen, sondern zum Aufbau eines bürokratischen Apparates genutzt wird.

Die Entwicklung hängt weniger von der Kapitalmenge ab, sondern von der Arbeitskraft des Menschen. Der deutsche Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg hat dies sehr deutlich gemacht. Der Marshall-Plan wäre ohne die Arbeitsleistung des deutschen Volkes wirkungslos

geblieben.

Wenn ein Land, nur um die Wachstumsraten einzuhalten, von fremdem Kapital abhängig ist, so kann das nicht Entwicklung, sondern nur Unterentwicklung bewirken. Wenn der Kapitalfluß noch dazu dem Export von Rohstoffen zu "danken" ist, dann baut man in die Volkswirtschaft einen verderblichen Mechanismus ein, der die künftigen Generationen in dauernde Abhängigkeit führen wird. ...

Sich entwickeln heißt, alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren, zunächst auf der Ebene der politischen Bildung, danach bei der Umsetzung der Pläne in konkrete Vorhaben.

Mobilisierung aller Kräfte – das bedeutet vor allem die Einbeziehung der Massen in die Verantwortung, denn die Massen sind es, die über lange Zeit die für die Entwicklung notwendigen Opfer bringen müssen.

Die Massen müssen interessiert werden und sich von Entwicklung einen wirklichen Vorteil versprechen können. Die Annahme, daß Ideale und Enthusiasmus als Motoren der Entwicklung fungieren können, ist oft genug widerlegt worden.

Worin kann das Interesse der Massen bestehen? Doch wohl nur in der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse. Dies ist eine Grundeinsicht aller Entwicklungskonzepte. Man sollte sich allerdings hüten, die Grundbedürfnisse auf das zum Leben notwendige Existenzminimum zu reduzieren. ...<<

Nach schweren Unruhen wurde am 16. Januar 1979 der Schah gestürzt.

Schah Mohammed Resa Pahlewi (1919-1980, folgte 1941 seinem Vater Resa Schah Pahlewi auf den Thron) verließ am 16. Januar 1979 mit seiner Familie fluchtartig den Iran. Er fand später Zuflucht in Ägypten, Mexiko, USA und Panama.

Das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens zeigte am 22. Januar 1979 die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus.

Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterricht (Mathematik) auf, zu dem Geschehenen Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox "The Diary of Anne Frank" ("Das Tagebuch der Anne Frank") auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebenmal verfilmt werden. 1961 produzierte United Artists den Spielfilm "Judgement at Nuremberg" (als CBS das Drama übertrug, tilgte der Sender jedoch auf Forderung des Werbesponsors American Gas Company alle Hinweise auf "Giftgas"). Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindler's List" ("Schindlers Liste", Universal), der 150 Millionen Dollar einspielte,

Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt (inklusive Dokumentationen), hat die New Yorker Professorin Annette Insdorf gezählt. Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Trek", "Akte X", "Eine himmlische Familie", "Emergency Room".

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Der Schiitenführer (Ayatollah) Khomeini (1902-1987, kehrte nach dem Sturz des Schahs aus dem Pariser Exil nach Teheran zurück) gründete am 1. April 1979 die islamische Republik.

Khomeini verstaatlichte danach die iranischen Schlüsselindustrien, baute eine streng islamisch orientierte Gesellschaftsordnung auf und ging kompromißlos gegen Andersdenkende vor. Die Iraner Revolutionsgerichte ließen zahlreiche Anhänger des geflüchteten Schahs exekutieren. Der geflohene Schah wurde in Abwesenheit zum Tod verurteilt.

Von Februar bis August 1979 wurden 519 Hinrichtungen durch iranische Revolutionsgerichte vollzogen. Die Revolution gegen den Schah forderte insgesamt etwa 60.000 Tote (x074/-1502).

Zeitzeugen berichteten später über die Verhältnisse im Iran (x073/331): >>... Im Frühjahr 1979 wurde das Fleisch in Teheran knapp. Religionsführer Khomeini hatte den Import von Gefrierfleisch verbieten lassen. Begründung: Es sei von "unsauberen Händen ungläubiger Christen" geschlachtet.

Eine eher unauffällige, aber doch bezeichnende Meldung aus einem Land, in dem im April 1979 die "Islamische Republik" ausgerufen wurde.

In der Tendenz ähnliche Nachrichten verfestigten seither den Eindruck, daß aus dem fortschrittsversessenen Iran des Schah inzwischen ein orthodox korangläubiges Land der Mullahs und Ayatollahs geworden ist.

Bikinis sind verboten. Knöchellange Gewänder werden zur vorgeschriebenen Badekleidung für die iranischen Frauen. Bars werden geplündert. Der Whisky fließt in Strömen – auf die Straße. Alkoholgenuß ist verboten.

Drakonische Strafen machen Schlagzeilen in westlichen Zeitungen. Prostituierte, Homosexuelle und Ehebrecher werden ausgepeitscht. Trotz nachdrücklicher Proteste der Weltöffentlichkeit werden immer neue Todesurteile gefällt und vollstreckt.

All dies sind äußerliche Zeichen eines radikalen Systemwandels für den Ayatollah Khomeini in Interviews selbst immer wieder die ideologische Begründung liefert.

Seine Diagnose: "Wir haben unsere eigene Identität verloren und sie durch eine westliche ersetzt."

Sein Rezept: "Wir werden siegreich sein, wenn es uns gelingt, uns in echte Muslime zu verwandeln, indem wir strikt nach islamischen Prinzipien handeln."

Sein therapeutisches Ziel: "Was ich glaube, muß ich überall, auch in Gesellschaft und Staat verwirklichen." ...<<

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt.

Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament

konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllten nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

Die Verjährungsfrist für Mord wurde am 3. Juli 1979 durch den Deutschen Bundestag generell aufgehoben, um NS-Verbrechen weiterhin ahnden zu können (x101/113).

Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.

Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten:

"Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform".
...<<

>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprachigen Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.

Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

Iranische Studenten besetzten am 4. November 1979 die US-Botschaft in Teheran und nahmen 53 Botschaftsangehörige als Geiseln, um die Auslieferung des geflohenen Schahs und seines Vermögens zu erpressen.

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."



Abb. 85 (x101/115): Baldur Springmann (links) und Rudolf Bahro bei der Gründungsversammlung der Grünen im Januar 1980 in Bonn.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampfproben linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin,

Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbst-ernannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):

>>... **1. Die 68er**

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermesslichen Schaden in Deutschland angerichtet.

Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat.

Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO₂- Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie

aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom.

Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks.

Was sind das für Leute, deren Aufgabe es war, die Energieautarkie in Deutschland zu zerstören und das Land fast ganz von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Ausland abhängig zu machen?

Wie oben erwähnt, waren es die 68er, also meist politisierende Studenten, sehr oft Soziologen und Politologen, die von der Frankfurter Schule beeinflusst waren, die Revolution machen oder alles kurz und klein schlagen wollten. Sie sollten die Bevölkerung gegen die sehr leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie aufhetzen mit schlagkräftigen Parolen. Diese Studenten hatten nie erkannt, wie die großen Leistungen in Deutschland zustande gekommen waren, nämlich durch beharrliche zielgerichtete gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes, geleitet durch verantwortungsbewußte Eliten, durch die konstruktive Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen, Finanzinstituten und Staat. Vor allen Dingen nicht durch endloses Palavern und Abschieben der Verantwortung auf anonyme Gremien.

Die Leistungen, welche die 68er vollbracht haben, sind eher bizarr, sie liegen z.B. auf rhetorischem Gebiet. So ist ihnen die Einführung des großen Binnen-I gelungen (StudentInnen, WählerInnen usw.). Eine weitere kulturelle Großtat war, daß der fortschrittliche 68er Redner mit offenem Hemdkragen, 5-Tage-Bart, Jeans und Krokodillederschuh zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Wahlrede halten kann, ohne die weibliche Hälfte der Menschheit zu diskriminieren, indem er seine Zuhörer dauernd mit der Floskel "Meine lieben Wählerinnen und Wähler" anredet, während der Parteigegner nur die Wähler anspricht, was ihn als Macho disqualifiziert. ...

Es ist erstaunlich, zu welch absonderlichen und krausen Ideen das menschliche Gehirn fähig ist, wenn es sich nicht an der Realität orientiert, sondern an Ideologien und suggerierten Meinungen, wie es für die 68er charakteristisch ist. Da wegen der verschiedenen Bildungsreformen seit 1945 ihr Intellekt wenig entwickelt und suggestiv stark verformt ist, können sie mit klaren Begriffen wenig anfangen. Sie führen deswegen dauernd neue schwammige Schlagworte in die Sprache ein – z.B. Nachhaltigkeit, Trauerarbeit, Betroffenheit, Hinterfragung ...- über die in Talkshows und in Feuilletons palavert wird.

Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen (Transrapid), Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. Sie haben Umbenennungen von Straßen und Kasernen durchgesetzt, die verleumderische Wehrmachtsausstellung organisiert, Denkmäler zerstört ebenso wie das ganze Kulturleben der Nation, für Schwule und Lesben demonstriert, geschützte Wege für Kröten und Frösche anlegen lassen, neue Behörden geschaffen (Ausländer-, Frauen-, Gleichstellungsbeauftragte).

Sie haben Frauenhäuser organisiert, für Naturschutzparks und Biotope plädiert, (sowie verhindert), wo es etwas zu verhindern gab. Sie haben die Quotenfrau erfunden und den Trauarbeiter. Sie kämpfen gegen den Leistungsdruck in den Hochschulen und sind die Erfinder der Sekundärtugenden und anderer Unsäglichkeiten aus dem Narrenhaus, über die seit Jahren in Feuilletons, Workshops und Talkshows auf hirnrissige Art in 68er Lyrik palavert wird. Weite-

re revolutionäre Ideen waren: das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft propagieren, den Mützenschirm der Kopfbedeckung nach hinten drehen, anscheinend zum Schutz des Nackens usw. ...

Sie haben die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie behindert.

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug.

Nach den Wünschen unserer anglo-amerikanischen Freunde sollten die 68er nicht nur Randalen machen, Häuser besetzen, Straßenkämpfe mit der Polizei und Sitzblockaden veranstalten, Häuserwände und Eisenbahnwagen beschmieren, Kernkraftwerke belagern usw., sondern wirklichen Schaden in Deutschland anrichten. Dazu brauchten sie als Operationsbasis eine demokratisch legitimierte Partei, welche Regierung und Verwaltung beeinflussen konnte. Außerdem brauchten sie eine Klientel von gleichgesinnten Protestierern und Sympathisanten, die man vor allen Dingen in der studentischen umerzogenen Jugend fand.

In den Parteien der Umweltschützer und Grünen sah man die geeigneten Bundesgenossen, die nun flugs auf bolschewistische Art unterwandert und umfunktioniert wurden, unterstützt vom Wohlwollen der Frankfurter Schule, von Geheimdiensten, von den Medien und einigen Ministerien. Bei den Grünen hatte man die Macht schnell in den Händen, bei anderen Parteien dauerte der Marsch durch die Institutionen länger.

So sind die Grünen (die ehemaligen 68er) jetzt die besten Helfershelfer der angloamerikanischen Globalisierer, die die Weltherrschaft anstreben. Nur dürfen das ihre Anhänger nicht wissen, die ja inzwischen auch von der Globalisierung betroffen werden. Genausowenig dürfen sie wissen, daß sie mit ihren Antikernkraft- und CO₂-Kampagnen Millionen Deutsche dem Hungertod preisgeben, da Deutschlands Existenz von seiner Industrie und damit von ausreichender Energieversorgung abhängt.

Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt. Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet, mit verderblichen Folgen nicht nur für Deutschland, denn ohne Nutzung der Kernenergie – vor allen Dingen des in Deutschland entwickelten Hochtemperaturreaktors - wird die Welt in Kriegen und Chaos versinken.

Denn der Energiebedarf der Welt wird in den nächsten Jahren gewaltig steigen, weil die Entwicklungsländer nach mehr Wohlstand für ihre Völker streben.

Welches waren die Argumente der 68er, mit denen sie die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie begründeten?

Sie behaupteten, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Abbruch der laufenden Entwicklungsarbeiten und Umfunktionierung der entsprechenden Institute sei nötig, weil diese Technik

- Radioaktivität produziere und damit lebensfeindlich sei,
- weil die Wiederaufarbeitung der Abfallprodukte der Kernreaktoren gefährlich und die Endlagerung nicht gesichert sei,
- weil die Brennstoffversorgung nicht gesichert sei,
- weil Tschernobyl die Gefährlichkeit der Kerntechnik gezeigt habe,
- weil Terroranschläge auf nukleare Einrichtungen zu befürchten seien,
- weil die Kerntechnik unwirtschaftlich sei.

In einem jahrelangen Streit wurden diese Punkte von ausgewiesenen Fachleuten widerlegt.

Da die 68er diese Sachargumente nicht widerlegen konnten, wurden die Experten als Lobbyisten der Atomindustrie und als Fachidioten verleumdet. Es war für sie halt offenkundig, daß die Kerntechnik Teufelswerk ist und nur dem Vorteil der Großindustrie dient. Dieses Dogma verteidigen sie bis heute mit Zähnen und Klauen. Die 68er sind auf Grund ihrer mangelhaften Vorbildung gar nicht in der Lage, komplizierte naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu durchschauen oder beurteilen zu können - ich meine hier nicht die 68er von der Randal-Fraktion, sondern ihre Intelligenzia (Intelligenz in sozialistischen Staaten) aus den Ministerien, Feuilletons, Instituten und Kanzeln.

Die Stichworte und Argumente für ihre Aktionen kamen aus London und New York, unterstützt wurden sie in ihrem Tun durch diverse nichtstaatliche Organisationen, Logen, Medien, selbst Ministerien und Banken. Auch wenn es nicht allgemein bekannt ist: Banken und andere Finanzinstitutionen gehören zu den wirkungskräftigsten Verhinderern der Kernenergie und anderer Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland.

Sie haben in dieser Hinsicht die gleichen Interessen wie die 68er. Nur darf es keiner wissen. Denn durch den Bau von Kernkraftwerken und durch Infrastrukturmaßnahmen werden große Kapitalmengen niedrig verzinst gebunden, die somit nicht mehr für Spekulationszwecke zur Verfügung stehen. Neue Energietechniken (HTR, Kohleverflüssigung, Biomassevergasung, Wasserstofftechnik ...) sind forschungsintensiv, Forschung erfordert Ingenieurleistung und kostet Geld, das dann nicht mehr in die Banken fließt. Wenn in Deutschland Kernkraftwerke gebaut würden, kämen viele große Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Die Banken nehmen also gerne die kostenlosen Dienste der 68er in Anspruch.

Im folgenden soll kurz auf die einzelnen Argumente eingegangen und ihre Stichhaltigkeit bewertet werden. Dazu ist zunächst eine kurze Beschreibung der Kernkraftwerke erforderlich.

2. Kernkraftwerke

Kernkraftwerke dienen dazu, hohe Temperaturen zu erzeugen. In Druckwasserreaktoren (sie sind die üblichen heute betriebenen Reaktoren) werden ca. 350° C erreicht, in Hochtemperaturreaktoren ca. 1.000° C. Wegen dieses Temperaturniveaus sind Druckwasserreaktoren geeignet als Wärmequelle für Dampfturbinen, die mit einem Stromgenerator gekoppelt sind und so Elektrizität erzeugen. Hochtemperaturreaktoren erzeugen Prozeßwärme für chemische Prozesse, z.B. Kohlevergasung oder Methansynthese. Bei der Kohlevergasung sinkt die Temperatur des im Kernreaktor aufgeheizten Kühlmittels (Helium) von 1.000° C auf ca. 600° C. Mit einem Wärmeträger dieser Temperatur läßt sich über geeignete Turbinen Elektrizität erzeugen.

In konventionellen Kraftwerken wird die Wärme durch Verbrennung von Kohle, Erdöl oder Erdgas erzeugt wie in Zentralheizungen. In Kernkraftwerken geschieht dies durch die bei der Spaltung von Urankernen in Kernreaktoren frei werdende Energie. Das natürliche in Mineralien vorkommende Uran besteht aus 0,7 % Uran 235 (Uran mit dem Atomgewicht 235), das durch Neutronen gespalten werden kann, und aus 99,3 % Uran 238, das nicht spaltbar ist, aus dem aber durch Anlagerung von einem Neutron mit nachfolgender Emission von zwei Beta-Teilchen das Plutonium 239 entsteht. Dieses stark radioaktive Plutonium (Alpha-Strahler) ist spaltbar. Man nennt diesen Vorgang der Herstellung von Pu 239 im Kernreaktor **Brüten**.

Für den Betrieb von Druckwasserreaktoren muß der Anteil von Uran 235 von 0,7 % auf ca. 3-5 % angehoben werden. Dies geschieht in Urananreicherungsanlagen. ... Der sehr kleine Atomkern setzt sich zusammen aus positiv geladenen Protonen und ungeladenen Neutronen. Der Kern von Uran 235 enthält 92 Protonen und 143 Neutronen. Er ist umgeben von 92 Elektronen. Der Kern von Uran 238 hat 92 Protonen und 146 Neutronen. Die Protonen und Neutronen im Kern werden durch Kräfte zusammengehalten, die millionenfach größer sind als

diejenigen, die Moleküle (z.B. Erdöl- oder Erdgasmoleküle) zusammenhalten. Diese Energien werden bei der Spaltung der Kerne (oder Zersetzung der Moleküle) frei.

Die Kernspaltung wird durch ein nicht zu schnelles Neutron verursacht, das in einen U 235-Kern eindringt. Der Kern gerät dabei in Schwingungen und zerplatzt, wobei 2-3 Neutronen freigesetzt werden, die weitere Spaltungen bewirken (Kettenreaktion) oder Plutonium 239 erzeugen (Brüten). Außerdem entstehen zwei mittelschwere Kerne; die fast immer radioaktiv sind (Zerfallsprodukte). Nur die Kerne sind stabil, d.h. nicht radioaktiv, bei denen die Neutronenzahl zur Protonenzahl in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander steht.

Druckwasserreaktoren

Der eigentliche Druckwasserreaktor (DWR) besteht aus einem dickwandigen zylindrischen Metallbehälter (ca. 5 m Durchmesser, 13 m Höhe), in dem die Brennelemente, die Steuerstäbe und das Kühlmittel untergebracht sind. Die Brennelemente bestehen aus ca. 5 m langen Rohren (Durchmesser etwa 11 mm), die mit kleinen Tabletten (ca. 9 mm Durchmesser) aus Uranoxid gefüllt sind.

Das verwendete Uran besteht aus ca. 3-5 % Uran 235 und 95-97 % Uran 238. Diese Rohre sind oben und unten zugeschweißt und werden vom Kühlwasser umströmt, wobei die bei der Kernspaltung entstandene Wärme abgeführt wird. Das Wasser hat auch die Aufgabe, die bei der Kernspaltung emittierten Neutronen hoher Geschwindigkeit abzubremesen. Die langsamen Neutronen bewirken eher eine Kernspaltung als die schnellen. Das auf ca. 330° C erhitzte Wasser wird in einen Wärmetauscher gepumpt, wo das Wasser zum Antrieb einer Turbine aufgeheizt und verdampft wird.

Hochtemperaturreaktoren (HTR)

Der HTR unterscheidet sich vom Druckwasserreaktor vor allem durch seine Brennelemente und seine temperaturbeständigen keramischen Konstruktionswerkstoffe. Die Brennelemente bestehen aus Körnern von etwa 1 mm Durchmesser, die aus einem Gemisch von Thoriumdioxid und Uranoxid bestehen.

Diese Körner sind von drei sehr festen und sehr dichten Grafitsschichten umhüllt. Etwa 15.000 dieser Körner sind zu einer Kugel von 6 cm Durchmesser zusammengepreßt und gesintert, die so gut wie unzerstörbar ist. Das Thorium 232 selbst ist nicht spaltbar. Aus Thorium 232 entsteht aber im Reaktor durch Anlagerung eines Neutrons mit anschließender zweimaligen Emission eines Beta-Teilchens das künstliche Uran 233 (kommt in der Natur nicht vor), das wie das U 235 durch langsame Neutronen spaltbar ist.

Die Neutronen für die Umwandlung von Th 232 in U 233 erhält man durch die Spaltung von stark angereichertem Uran 235 (90 %), das man in Form von Uranoxid dem Thoriumdioxid zu etwa 5 % beimischt. Die beschichteten Körner bestehen also aus einer Mischung von 95 % ThO₂ und 5 % UO₂, die von drei sehr dichten und festen Grafitsschichten umhüllt sind. Alle bei der Kernspaltung entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte verbleiben in diesen Körnern.

Der eigentliche Reaktorbehälter ist ein Zylinder von ca. 5 m Durchmesser und 6 m Höhe, der in seinem unteren Teil trichterförmig ausgebildet ist. In diesem Zylinder befinden sich die Steuerstäbe und ca. 650.000 Brennelementekugeln, die allmählich durch den Reaktor wandern und über den unteren Trichter ausgeschleust werden können. Die Kugeln werden durch Helium gekühlt, das von oben nach unten zwischen den Brennelementen hindurch strömt, wobei das Gas eine Temperatur von knapp 1.000° C annimmt bei einem Druck von ca. 40 bar.

Der Reaktorkern ist mit hochtemperaturfestem Grafit ausgekleidet. Das heiße Helium dient dazu, in geeigneten Öfen Kohle zu vergasen. Dabei sinkt seine Temperatur auf ca. 500° C. Die Restenergie dieses abgekühlten Heliums wird verwendet zur Erzeugung von hochgespanntem Dampf, mit dem über eine Turbine Elektrizität erzeugt wird. Ca. 90 % der Reaktorleistung dienen der Kohlevergasung, 10 % werden für die Erzeugung von Strom verwendet.

Im HTR wird kein Plutonium erzeugt. Dieser Reaktor ist absolut betriebssicher. Die radioaktiven Zerfallsprodukte sind sicher in den grafitbeschichteten Partikeln eingeschlossen.

Die Entwicklung dieses Reaktors THTR 300 in Hamm-Üntrop wurde 1989 aus politischen Gründen in Deutschland eingestellt. Südafrika und China haben die Blaupausen der Technik übernommen. Die Serienproduktion des HTR soll 2011 in Südafrika beginnen, um vor allen Dingen Märkte in Entwicklungsländern zu bedienen.

3. Radioaktivität

Durch die Spaltung von U 235 und Pu 239 entstehen erhebliche Mengen an stark strahlenden Substanzen. Deren hochenergetische Strahlungen (Alpha-Teilchen, Beta-Teilchen, Gamma-Strahlen, Neutronen) können die DNS-Moleküle der menschlichen Zellen beschädigen, welche die Baupläne der biologischen Zellen enthalten. Leben, also die DNS-Moleküle gibt es seit drei Milliarden Jahren auf der Erde, als deren natürliche Radioaktivität noch wesentlich höher war als heute.

Die Biologie kennt seit dieser Zeit Methoden, Fehler der DNS-Strukturen zu reparieren, wenn sie nicht zu massiv auftreten wie bei einer Atombombenexplosion. Der Blitz einer explodierenden Atombombe - er ist heller als tausend Sonnen und dauert einige Sekunden - enthält außer der sehr intensiven Wärmestrahlung eine sehr starke hochenergetische Röntgenstrahlung, die den gesamten Körper durchdringt und dabei den größten Teil der DNS-Moleküle und andere Moleküle im Zellverband beschädigt. Das ist tödlich. Denn die neu entstehenden Körperzellen entstehen nach einem falschen Plan oder erfüllen nicht mehr ihre vorgesehenen Funktionen.

Die bei der Explosion einer Atombombe entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte sind im Augenblick der Explosion nicht wirksam, da sie mit der sehr heißen Luft im Explosionszentrum als Gase in sehr große Höhen transportiert werden, wo sie sich durch Luftströmungen weit verbreiten und allmählich als radioaktiver Niederschlag abregnen. Es muß also klar unterschieden werden zwischen der tödlichen Wärme- und Röntgenstrahlung einer explodierenden Atombombe und der radioaktiven Strahlung der Zerfallsprodukte, die ähnliche Strahler enthalten wie die Zerfallsprodukte eines Kernreaktors.

Wie schädlich ist diese radioaktive Strahlung?

Bei der Entwicklung der Röntgentechnik waren viele Forscher jahrzehntelang sehr hohen Dosen von Röntgenstrahlung ausgesetzt, was auf Dauer zu erheblichen Schäden an den betroffenen Körperteilen und Organen (z.B. Krebs) und sehr oft zum Tod führte. Ähnliche Schäden sind durch Leuchtziffern von Armbanduhrer hervorerufen worden, bei denen die Ziffern stark strahlende radioaktive Präparate enthielten. Vor allen Dingen die mit der Herstellung der Ziffernblätter Beschäftigten trugen im Laufe der Jahre erhebliche Schäden an den Händen davon.

Es ist bekannt, daß unsere Umwelt seit jeher radioaktiv ist.

Die allgegenwärtige natürliche Radioaktivität setzt sich zusammen aus der Bodenstrahlung, aus der Radioaktivität der Luft und aus der Höhenstrahlung. Die Bodenstrahlung wird verursacht durch die radioaktiven Elemente im Erdinneren, hauptsächlich Thorium Uran, Kalium. Sie bewirken zum großen Teil die hohen Temperaturen im Erdinneren. Die Radioaktivität der Luft entsteht durch radioaktive Gase, die aus dem Erdinnern kommen, hauptsächlich Radon (Radon 220 und Radon 222 sind Alpha-Strahler und Zerfallsprodukte von U 238 und Th 232). Die Höhenstrahlung ist eine extrem energiereiche Strahlung aus dem Weltraum, die vermutlich von Supernova-Explosionen herrührt. Pro Sekunde durchdringen ca. 10 dieser Teilchen den menschlichen Körper. Es ist nicht bekannt, daß durch diese natürliche Strahlung jemals ein Lebewesen geschädigt worden ist.

Die Strahlenwirkung auf den biologischen Organismus wird in rem gemessen. Das rem gibt die durch durchdringende Strahlung hervorgerufene Energieabsorption von 1 Gramm Körper-

gewebe an. ... Die natürliche Strahlenbelastung ... (für die Bevölkerung der USA ist z.B.) ... tausendmal größer als die durch Kernkraftwerke verursachte.

4. Wiederaufarbeitung und Endlagerung

Die Brennelemente des Druckwasserreaktors enthalten 3-5 % spaltbares U 235 sowie 95-97 % nicht spaltbares U 238. Der U 238-Kern fängt im Reaktor ein Neutron ein. Durch anschließende Emission von zwei Elektronen entsteht aus dem Uran 238 das Plutonium 239, das von Neutronen gespalten werden kann sowie die weiteren Plutoniumisotope Pu 240, Pu 241 (spaltbar) und Pu 242. Der Reaktor hat also neuen Brennstoff Pu 239 und Pu 241 erbrütet. Dieses Plutonium kann man aus den abgebrannten Brennelementen herauslösen und für die Herstellung neuer Brennelemente (oder von Atombomben) verwenden. Die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente hat folgende Ziele:

- Herauslösung des stark alpha-strahlenden Plutoniums aus den abgebrannten Brennelementen, das damit nicht in die Endlagerung kommt, sondern durch Kernspaltung für die Energiegewinnung verwendet wird,
- Gewinnung wertvoller radioaktiver Präparate, vor allen Dingen Transurane für die Medizintechnik.

Das spaltbare Plutonium wird allerdings von den Atommächten in großem Umfang für den Bau von Atombomben verwendet. Man braucht nur etwa 7 kg Plutonium, um eine Bombe zu fabrizieren. Je tausend Megawatt Reaktorleistung werden im Jahr etwa 250 kg Uran 238 in Plutonium umgewandelt.

Im Jahre 1964 wurde in Karlsruhe eine Prototyp-Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb genommen, 1971 die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft KEWA gegründet. Ziel dieser Einrichtungen war es, optimale Verfahren für die Wiederaufarbeitung und Endlagerung zu finden. Nach dem heute üblichen Purex-Verfahren werden die abgebrannten Brennstäbe in kleine Stücke zerschnitten, ihr Inhalt in Salpetersäure aufgelöst. Mit chemischen Verfahren kann man nun Uran- und Plutoniumverbindungen voneinander trennen. Die Spaltprodukte werden in flüssiger Form in geeigneten Behältern zwischengelagert. Später konzentriert man sie und verglast sie mit Hilfe eines Glasbildners.

Dieser verglaste Abfall wird in 150-l-Behältern aus Spezialstahl verpackt. Die Behälter sollen in Deutschland in stillgelegten Salzbergwerken (Asse bzw. Gorleben) endgelagert werden, 600-1.000 m unter der Erdoberfläche. Diese Salzlager sind vor 200-300 Millionen Jahren entstanden, als urweltliche Meere austrockneten. Seitdem sind sie von der Biosphäre vollständig getrennt. Ein Kontakt zur Biosphäre kann nur durch Wasser bewirkt werden, welches, wenn es in den Salzstock eingedrungen wäre, das Salz aufgelöst und zum Verschwinden gebracht hätte.

In einem Kraftwerk mit einer Leistungsabgabe von 1.000 MW entstehen im Jahr etwa 2 Kubikmeter verglaster Abfall. Diese Spaltprodukte strahlen nach einer Lagerzeit von 100 Jahren nicht stärker als Uranerz, da der größte Teil der Strahler zerfallen ist, wobei stabile Kerne entstanden sind.

Die im Kernreaktor erbrüteten Transurane (Plutonium, Americium usw.) haben allerdings Halbwertszeiten von vielen Millionen Jahren. In den USA wurde in den 80er Jahren das Truex-Verfahren entwickelt, bei dem die Transurane abgeschieden werden. Nur noch diese müssen verglast werden, so daß das Verglasungsvolumen nur noch 20 Liter beträgt statt der 2.000 Liter beim Purex-Verfahren. Die schwach- und mittelaktiven Abfälle werden in Zement eingebettet, was genau so sicher aber wesentlich billiger als die Verglasung ist.

Wie man sieht, waren die Probleme der Wiederaufarbeitung und Endlagerung gelöst.

Die 68er und die Grünen hingegen behaupteten das Gegenteil, unterstützt von allen Medien, einigen "Experten" und manchen Verwaltungen. Die deutschen Wiederaufbereitungsaktivitäten wurden eingestellt, die Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reakto-

ren erfolgt seitdem für teures Geld in La Hague in Frankreich. Was war der Grund dafür, daß dauernd neue Verdächtigungen gegen die Wiederaufarbeitung und Endlagerung vorgebracht und die technischen Lösungen der Probleme nicht zur Kenntnis genommen wurden?

Erstens haben die Herrschaften die Technik nicht verstanden, zweitens sind Kernreaktoren ohne Endlagerungsmöglichkeiten radioaktiver Abfälle nicht denkbar und drittens wird bei der Wiederaufarbeitung spaltbares Plutonium gewonnen, mit dem sich die Uranvorräte erheblich strecken lassen, mit dem aber auch Atombomben hergestellt werden können. Das mit den Atombomben durfte man offen nicht sagen, denn unsere Freunde in USA, Frankreich, England, aber auch in Rußland oder China bauen ihre Atombomben mit Plutonium, das in ihren Kernreaktoren erbrütet wird. Also wurden nach bewährter Manier verschiedene Antiplutonium-Kampagnen inszeniert:

- Plutonium ist das schlimmste Gift,

- Es verseucht die Welt für Milliarden Jahre mit seiner Radioaktivität,

- Die "Plutonium-Wirtschaft" ist die größte Bedrohung, welche die Menschheit je erlebt hat. Diese Behauptungen sind purer Unsinn. Sie dienten nur dazu, die deutsche Energie-Autarkie zu verhindern. Durch die Nutzung des in den Reaktoren erbrüteten Plutoniums wäre die Energieversorgung in Deutschland sicherer und kostengünstiger geworden und das radioaktive Plutonium beseitigt worden.

Seit den 60er Jahren beschäftigte man sich zunächst in den USA, später auch in Europa mit der Entwicklung schneller Brüter, in denen aus Uran 238 durch Beschuß mit schnellen Neutronen das spaltbare Plutonium 239 hergestellt wird. Als Ausgangsmaterial für den Brutprozeß stand das Uran 238 zur Verfügung, das in den Kernreaktoren keine Verwendung fand. Das Uran hätte auf diese Weise für die Energiegewinnung zu ca. 70 % ausgenutzt werden können statt der ca. 0,5 % bei der alleinigen Nutzung von Uran 235 im Druckwasserreaktor. Auf diese Weise wäre die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert gewesen.

Der schnelle Brüter erzeugt Plutonium, das im gleichen oder einem anderen Kernreaktor zur Energiegewinnung verbraucht wird. In Deutschland ging der Schnelle Brüter SNR 300 in Kalkar am Niederrhein im Jahre 1981 in Betrieb, heftig beföhdet von 68ern und den Medien. Die Entwicklung des SNR 300 wurde daraufhin 1991 eingestellt.

Im September 1996 genehmigte die Bezirksregierung in Düsseldorf den Umbau der Reaktoranlagen zu einem Freizeit- und Vergnügungspark, wie die von den Anglo-Amerikanern gesteuerte Internetfirma Google (www.google.de) mit Befriedigung berichtet. Wenn die Deutschen wüßten, wie man sie verhöhnt!

Auch der im Abschnitt 2 (Kernkraftwerke) beschriebene Hochtemperaturreaktor ist ein Brüter. In ihm wird aus nicht spaltbarem Th 232 das durch langsame Neutronen spaltbare U 233 gebrütet. Der THTR 300 in Hamm-Uentrop wurde im September 1989 endgültig stillgelegt. Mit der durch die Anglo-Amerikaner provozierten Annullierung der großen Kernkraftprojekte in Buschir (Persien) und Angra dos Reis in Brasilien (siehe auch Abschnitt 8) und der Einstellung der Arbeiten am Hochtemperatur-Reaktor und am schnellen Brüter war die deutsche Nuklearindustrie zugrunde gerichtet.

Um einen Wiederaufbau zu verhindern, wurden gleichzeitig die großen Kernforschungsanlagen in Jülich und in Karlsruhe umfunktioniert. Sie durften sich fortan mit erneuerbaren Energien und Umwelttechnik beschäftigen. Der deutsche Michel klatschte Beifall, wie es ihm die Grünen und die Medien empfahlen. Die produzierende deutsche Wirtschaft ist seitdem auf Talfahrt, wie die Arbeitslosenstatistik beweist.

5. Brennstoffversorgung

Die 68er bezweifelten, daß es genügend Uran auf der Erde gebe zum Betrieb der Kernkraftwerke. Auch dabei haben sie sich getäuscht, nicht nur, weil sie den schnellen Brüter überse-

hen haben, der für sie nur ein Ungeheuer der Plutonium-Wirtschaft ist. Außerdem nahmen sie den Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 nicht zur Kenntnis, der mit Thorium betrieben wird.

Ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 Gigawatt benötigt im Jahr ca. 175 Tonnen Natururan (0,7 % U 235, 99,3 % U 238), d.h. etwa 25-30 Tonnen angereichertes Uran. Diese Menge Uran ist leicht für mehrere Jahre speicherbar, während das bei einem ölbefeuerten Kraftwerk einer Leistung von 1 GW nicht möglich ist, da es 6.000 Tonnen Öl pro Tag benötigt.

Die mit geringen Kosten abbaubaren Uranvorkommen der Erde liegen bei ca. 6 Millionen Tonnen, die entsprechenden Thoriumvorkommen sind mindestens dreimal so hoch. Große Uranlager mit hohem Urangehalt gibt es in USA, Kanada, Australien, Afrika, Schweden, mächtige Thorium-Lagerstätten sind in Brasilien und Südindien. Im Durchschnitt enthält Granit 4 Gramm Uran pro Tonne und 11 Gramm Thorium pro Tonne, dispers verteilt im Gestein. In den Alpen z.B. liegen also unermeßliche Vorräte an Uran und Thorium, deren Gewinnung allerdings teuer ist. Die Energieversorgung der Welt ist durch die oben genannten reichen Lager für viele hundert Jahre gesichert.

Das Meerwasser enthält etwa 3 mg Uran pro Kubikmeter, in den Ozeanen befinden sich also mehr als 4 Milliarden Tonnen Uran. Mit dem Thorium-Hochtemperaturreaktor also ist die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert, ebenso mit dem schnellen Brüter, da mit diesen Reaktoren die Uran- und Thoriumreserven der Erde voll ausgenutzt werden können.

Das Argument der 68er über die nicht ausreichenden Brennstoffvorräte für Kernreaktoren ist also falsch.

6. Tschernobyl

Ein Hauptargument gegen die Kernenergie lieferte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl südlich von Kiew am 26.4.1986. Was war dort geschehen? Die in der Sowjetunion verwendeten Reaktoren vom RBMK-Typ verwenden Grafit als Moderator zum Abbremsen der bei der Kernspaltung entstehenden schnellen Neutronen, Wasser dient nur zur Kühlung. Diese Reaktoren sind besonders geeignet zur Plutoniumerzeugung, sie sind nicht inhärent sicher wie die deutschen Druckwasserreaktoren. Sie schalten also nicht automatisch ab, wenn die Kühlung ausfällt, wie das beim Druckwasserreaktor der Fall ist. Ein Reaktor vom RBMK-Typ würde in Deutschland nicht zugelassen.

Am 25.4.86 wollte die Bedienungsmannschaft des Kernreaktors ohne Genehmigung durch die vorgesetzte Dienststelle feststellen, ob bei einem totalen Stromausfall alle Sicherheitssysteme funktionieren und die Kühlpumpen weiterlaufen. Das Notkühlsystem wurde außer Betrieb gesetzt, weil dieses den Reaktor während des geplanten Experiments abschalten würde.

Da während des Versuchs die Leistung des Reaktors durch eine Xenon-Vergiftung stark abgefallen war, wurden am frühen Morgen des 26.4.1986 sämtliche Kontrollstäbe entfernt. Sofort stieg die Reaktorleistung. Die Brennstäbe platzten, Kühlkanäle wurden zerstört. Es traten chemische Reaktionen des Wasserdampfes mit dem heißen Grafit auf. Dies führte zu Gasexplosionen und zum Brand des Grafits. Innerhalb einer Minute war der Reaktor zerstört. Allerdings traten nur 3,5 % des radioaktiven Inventars in die Atmosphäre, die meisten Spaltprodukte kondensierten an den Innenwänden des Reaktors.

31 Menschen wurden durch diese Katastrophe getötet, meist Angehörige der Feuerwehr und der Rettungsmannschaften. 24.300 Personen aus der nächsten Umgebung von Tschernobyl, die hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt gewesen sind, werden jetzt lebenslang regelmäßig untersucht.

Die amerikanische Presse berichtete von 2.200 Toten und hunderttausenden Verstrahlten, wie es die Herren der Finanzoligarchie wünschten, welche die Katastrophe geschickt für ihre Zwecke instrumentalisierten.

Diese Katastrophe von Tschernobyl war der Anlaß für eine weltweite Antikernkraft-Hysterie, die sämtliche Planungen der deutschen Nuklearindustrie zunichte machte. Sie kam den Anglo-Amerikanern gerade recht, um innerhalb von wenigen Jahren den Hochtemperaturreaktor und den schnellen Brüter lahmzulegen sowie das Brasilien- und das Irangeschäft der deutschen Nuklearindustrie unmöglich zu machen. Wie oben gezeigt wurde, war die Ursache der Katastrophe ein ungeeigneter Reaktor-Typ sowie das verantwortungslose Verhalten des Bedienungspersonals, das alle Sicherheitsvorrichtungen außer Betrieb setzte. Dies ist bei deutschen Reaktoren nicht möglich.

7. Terroranschläge

Als den 68ern gar nichts mehr gegen die Kernenergie einfiel, kamen sie auf die Idee mit den Terroristen oder man flüsterte sie ihnen ins Ohr. Die Terroristen sollten mit Panzerfäusten die Kernkraftwerke angreifen, als das nicht reichte mit Güterzügen voller Benzin und schließlich sollten richtige Jumbo-Jets in die Reaktoren hineinrasen.

Es ist möglich, daß terroristische oder kriminelle Aktionen gegen Kernkraftwerke oder andere nukleare Einrichtungen zukünftig unternommen werden, um Regierungen unter Druck zu setzen. Ein Angriff mit Kernwaffen auf derartige Einrichtungen ist wenig wahrscheinlich, da nur terroristische Staaten dazu in der Lage wären, die sofort mit Sanktionen zu rechnen hätten. Diebstahl von Plutonium oder hoch angereicherte Uran zum Bau von Atomwaffen setzt großen technischen Sachverstand und aufwendige Einrichtungen voraus.

Da solche Terroristen nicht dumm sind, werden sie einfachere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele finden, z.B. können sie sich eine Atomwaffe aus den militärischen Arsenalen der Atomkräfte besorgen, in denen ca. 50.000 Atombomben lagern. Der Zugang zu den zivilen kerntechnischen Anlagen ist durch das Atomgesetz geregelt, das sehr weitreichende Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vorsieht, die nicht hinter denen der militärischen Anlagen zurückstehen. Es ist für den Terroristen viel einfacher, sich Giftgas zu besorgen oder nach Anleitung eines Chemiebuches herzustellen. Auch biologische Waffen sind mit einfachen Einrichtungen und kostengünstig zu produzieren.

8. Unwirtschaftlichkeit der Kernenergie

In den 70er und 80er Jahren sind in Deutschland die modernsten Kernreaktoren und Nuklear-techniken entwickelt worden, die auch für den Export geeignet waren. Unter anderem wurden Verträge mit Brasilien (Juni 1976) über die Lieferung von acht Kernkraftwerken nach Angra dos Reis sowie die dazu nötigen Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen abgeschlossen und Verträge mit Iran (Oktober 1977) über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken von je 1,3 GW nach Buschir sowie vier weitere nach Isfahan und Saveh.

Diese Verträge fanden nicht die Billigung unserer anglo-amerikanischen Freunde. Nicht aus Kostengründen, sondern auf Grund von massivem diplomatischem Druck aus den USA und von Randalen auf den Straßen deutscher Städte wurden diese Verträge annulliert. Sie hätten der deutschen Nuklearindustrie einen großen Vorsprung vor der amerikanischen Konkurrenz verschafft.

Diese Aufträge und weitere Projekte der deutschen Nuklearindustrie gefährdeten die Erdölinteressen der Anglo-Amerikaner, die ihre seit über hundert Jahren verfolgten Weltherrschaftspläne bedroht sahen. Deswegen und weil sie Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion einiges vorhatten, mußte die deutsche Industrie über den Hebel der Nuklearindustrie entscheidend geschwächt werden. Das Manöver ist dank der Hilfe der 68er und ihrer Hintermänner gelungen. Daß viele von denen wußten, um was es im Grunde ging, konnte man an den Parolen auf Häuserwänden erkennen, z.B. "Deutschland verrecke".

Um die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie zu verbessern, wurden in Deutschland seit den 60er Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht, in Zusammenarbeit zwischen Staat, Industrie und Forschung neue kostengünstige und sichere Kernreaktoren und Nukleartechniken zu ent-

wickeln, z.B. den mit Thorium betriebenen Hochtemperatur-Reaktor THTR 300, den schnellen Brüter SNR 300, die Gasultrazentrifuge zur Urananreicherung, die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente, die Endlagerung usw. Dazu einige Anmerkungen.

Der THTR 300

Der Baubeginn für den THTR 300, dessen elektrische Leistungsabgabe ca. 300 Megawatt betrug, war im Mai 1971. Die Fertigstellung wurde durch immer neue Einsprüche und Änderungen der Genehmigungsbedingungen behindert. Trotzdem gab der THTR 300 seit November 1985 Strom ans Netz. Im September 1989 wurde der THTR 300 stillgelegt.

Der SNR 300

Die Planungsarbeiten an dem schnellen Brüter SNR 300, der von Deutschland, Belgien und Holland in Kalkar am Niederrhein errichtet wurde, liefen seit 1967. Der Brutreaktor mit einer elektrischen Leistungsabgabe von 300 Megawatt wurde 1981 in Betrieb genommen und 1991 stillgelegt.

Die Gasultrazentrifuge

Seit Ende der 60er Jahre wurde in Deutschland an der Vervollkommnung des Urananreicherungsverfahrens durch die Gasultrazentrifuge gearbeitet. 1977 wurde eine Prototypanlage in Almelo in Holland in Betrieb genommen, 1985 die Anlage in Gronau. Auf diese Weise war das sehr teure und energieaufwendige amerikanische Anreicherungsverfahren - das Gasdiffusionsverfahren - überflüssig.

Damit waren die Amerikaner nicht mehr die alleinigen Lieferanten von angereichertem Uran, so daß sie den Kernenergiemarkt nicht mehr beherrschten. Da im Laufe des Projekts Briten und Holländer in die Zentrifugentechnik eingebunden wurden, konnte die Anreicherungsanlage nach ihrer Fertigstellung nicht einfach verboten werden. Sie läuft also noch und produziert angereichertes Uran.

Der gesamte Kernbrennstoffkreislauf ist somit rentabel, von der Urangewinnung über die Anreicherung, Brennelementeherstellung, den Reaktorbetrieb bis zur Wiederaufbereitung und Endlagerung. Der normale Druckwasserreaktor hat nach ca. zwei Monaten Betrieb soviel Energie erzeugt wie seine Herstellung gekostet hat. Der elektrische Strom aus Kernkraftwerken ist seit vielen Jahren billiger als der aus konventionellen Kraftwerken.

9. Folgerungen

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brüters wurde eingestellt, wichtige Aufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.

Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will.

Die von den 68ern und Grünen benutzten Argumente sind ohne Substanz und dienen nur dazu, Angst zu verbreiten. Die grünen Thesen zur Kernenergie sind den 68ern mit suggestiven Methoden so in ihre Gehirne eingehämmert, daß Begriffe wie Kernkraftwerk, Plutonium, Castorbehälter usw. bei ihnen zu reflexartigen Reaktionen führen wie bei den Pawlowschen Hunden unter Umgehung des Verstandes und der Großhirnrinde. Dies ist sehr schwierig reparierbar, wie moderne Erkenntnisse der Biologie beweisen.

Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an

Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergie-Techniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch

retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern.

Wissenschaftler und Ingenieure haben den Weg zum Aufbau einer friedlichen Welt ohne Armut gezeigt. Die jetzige Erdölwirtschaft der Globalisierer führt mit Sicherheit in den Abgrund, in Krieg und Chaos, Mord und Verderben.

Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.

Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 28. Februar 1980 über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>... Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "auf Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Wer einen Mord konsequent verfolgt und einen anderen konsequent vertuscht, bewirkt das genaue Gegenteil.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt begründet die Verfolgung der NS-Auslandsstraftaten für die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich auch mit Verbrechen an den Menschen auseinanderzusetzen, deren Nutzen zu mehren und von denen Schaden zu wenden die Kabinettsmitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, vgl. Art. 64 und 56 des Grundgesetzes.

Beim Stichwort "Versöhnung" wird unterstellt, daß die Anklage gegen einen Mörder zugleich eine Anklage gegen ein ganzes Volk beinhaltet. Es ist ... übrigens der gleiche Fehlschluß, dem auch die rechtsradikalen Anti-Nestbeschmutzer erliegen. ...<<

Am 25. April 1980 scheiterte die militärische Befreiung der US-Botschaftsangehörigen, die man seit November 1979 in der US-Botschaft in Teheran als Geiseln festhielt, um ein hohes Lösegeld zu erpressen.

Die US-Botschaftsangehörigen wurden schließlich später gegen Zahlung des geforderten Lösegeldes (stammte aus dem beschlagnahmten Guthaben des iranischen Schah-Regimes) freigelassen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran (x068/353-354): >>Am 8. September 1978, dem schwarzen Freitag von Teheran, schossen Soldaten des Schahs Hunderte, wenn nicht Tausende von Moslems nieder, Khomeini-Demonstranten.

Präsident Carter bot aus Camp David dem Partner Unterstützung an. Doch am 16. Januar nächsten Jahres wird der Schah gestürzt und am 1. April die Islamische Republik ausgerufen. Die Beziehungen der USA zu ihr verschlechtern sich ständig. Am 1. November kommt es in Teheran zu schweren antiamerikanischen Demonstrationen von Hunderttausenden vor der amerikanischen Botschaft.

Am 4. November besetzen sie demonstrierende Studenten und nehmen 60 Botschaftsangehörige als Geiseln fest. Präsident Carter geht mit diversen Sanktionen vor, schickt im Februar auch Kriegsschiffe und Marineinfanterie und bricht am 7. April die diplomatischen Beziehungen ab. Am 25. April aber mißlingt der Versuch, die Geiseln nach einem Landeunternehmen durch eine Blitzattacke zu befreien.

Als Carter das Scheitern in Teheran vor den Fernsehkameras am frühen Morgen des 26. April 1980 eingestehen mußte, war sein politisches Schicksal im Grunde entschieden. Peinlicher als alles bei diesem ganzen Vorgang wirkte vielleicht das Versagen auf einem Gebiet, auf dem die Amerikaner seit langem sich am stärksten fühlten, dem der Technik: drei von acht Hub-

schraubern fielen bereits zu Beginn der Aktion wegen technischer Defekte aus. So überwies Carter schließlich für die Freilassung der 52 Amerikaner 12 Milliarden Dollar aus eingefrorenen iranischen Konten.

Doch als die Geiseln eintrafen, war er schon nicht mehr im Amt.<<

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichtete am 21. Juli 1980 über die fehlende gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik Europas (x149/246): >>Spätere Historiker werden zweifellos erstaunt sein, daß 35 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 200.000 US-Soldaten auf europäischem Boden stationiert waren, um einen reichen und wirtschaftlich machtvollen Kontinent mit 350 Millionen Einwohnern zu verteidigen.

Auch könnten sie sich verwundert fragen, warum die zwei eigenständigen Atommächte Westeuropas, nämlich Großbritannien und Frankreich, sich niemals um eine gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik bemüht haben.

Die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen waren dafür vorhanden. Es fehlte der gemeinsame politische Wille. Demzufolge blieb Westeuropa zu seiner Verteidigung immer noch auf das strategische Atompotential der USA angewiesen.

Diese Abhängigkeit wird von vielen Europäern als besonders bittere Qual empfunden, da sie noch zu einer Zeit fortbesteht, in der die Undurchdringbarkeit des atomaren Schutzschildes der Amerikaner so brüchig geworden ist wie niemals zuvor.

Der rapide Aufbau der sowjetischen Nuklearrüstung hat zu der unabweisbaren Frage geführt, ob die Regierung in Washington jemals Chicago zugunsten Hamburgs aufs Spiel setzen würde.

Vor zwei Jahren hat Präsident Jimmy Carter gegenüber den Chefs der übrigen 14 NATO-Mitgliedsländer erklärt: "Damit keine Mißverständnisse entstehen: Die Vereinigten Staaten sind darauf vorbereitet, alle notwendigen militärischen Mittel für die Verteidigung des Gebiets der NATO einzusetzen."

Diese politische Absichtserklärung gilt weiterhin, aber in Europa wächst der Zweifel, ob die USA dieser Verpflichtung nachkämen, wenn einmal sowjetische Truppen die Grenze zu Westdeutschland überschreiten sollten.

Auch wenn diese Furcht übertrieben ist, so erkannte doch Henry Kissinger dieses Dilemma ... (als er 1979) den europäischen Verbündeten nahelegte, sie sollten für ihre eigene Verteidigung sorgen, Abschreckungswaffen dabei eingeschlossen. ...<<

Ronald Reagan (1911-2004, Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 4. November 1980 zum 40. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident Ronald Reagan (x068/355-357,361-365): >>... Er wurde Sportreporter bei der lokalen Radiostation in Des Moines, spielte schließlich nach Probeaufnahmen in Südkalifornien lebenslang zweitklassige Rollen als ein zweitklassiger Schauspieler - und brachte Hollywood-Kollegen zur Zeit des McCarthy-Terrors um ihre Existenz.

Seine ökonomisch-politische Karriere begann Reagan in den fünfziger Jahren als "Unternehmensbotschafter" für General Electric und stieg zum Gouverneur von Kalifornien auf, stets gefördert von jenen Reichen und Superreichen, kalifornischen Konservativen, die dann vor allem die Innen- und Wirtschaftspolitik des Präsidenten beeinflussten, das sogenannte Küchenkabinett ... Auch die Schlüsselpositionen der Reagan-Regierung wurden fast ausschließlich mit millionenschweren Industriellen, Börsenmaklern, Managern besetzt, seine Spitzenpolitiker Caspar Weinberger und George Shultz kamen von der multinationalen Baufirma Bechtel in San Francisco.

Reagan ... verachtete das Aktenstudium und ließ sich über das Wichtigste in Kurzmemoranden unterrichten. Die Trägheit freilich sah das Volk, sah die Welt nicht – obwohl sie ihm doch im Gesicht stand. Dafür sah man: Reagan ging geschickt mit den Medien um und wußte sich

vor der Kamera zu bewegen, jeder Zoll war kein König, aber ein Schauspieler. Das liebt die Welt, die bekanntlich betrogen werden will.

Der Präsident kam ihr in Haltung, Gestik, Mimik und in Worten, in schlichten Worten, entgegen. Und nicht zuletzt vertraute er so unerschütterlich dem eigenen eng begrenzten Horizont, daß er dieses Vertrauen auf einen Teil der Menschheit, zumal der amerikanischen, auszustrahlen verstand. Obwohl er und weil er Millionen von Armen und Ausgebeuteten kraß betrog, galt er vielen als netter Mensch, zumal er seinen unbezweifelbaren Charme spielen ließ, wo immer es möglich und wünschenswert war.

... Er konnte am Ende seines ersten Präsidentenjahres verkünden, er habe einer Million Amerikaner neue Arbeitsplätze verschafft, obwohl es in Wirklichkeit 100.000 Arbeitslose mehr gab als im Jahr zuvor. ...

Ronald Reagans "lebenslange Neigung zum Übertreiben" ist ebenso bekannt wie sein "extrem großzügiger Umgang mit Fakten". ...

Beim außenpolitischen Engagement des Präsidenten sah es ganz so aus, als wollte er Wild-West-Filme auch in der Weltpolitik spielen ...

Gegenüber der Sowjetunion ging Reagan, kaum im Amt, sofort auf scharfe Konfrontation, wobei er freilich nur deren von den USA seit Jahrzehnten betriebene Verteufelung fortsetzte. Für Reagan waren die sowjetischen Führer Kriminelle, imstande, "jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen und zu betrügen", wie er offenherzig bekannte; die Sowjetunion war "in der modernen Welt das Zentrum allen Übels".

Und auf einer Tagung amerikanischer Evangelisten rief er zum Gebet auf für all jene, "die in der totalitären Finsternis leben". Scheute er sich doch nicht, einem Reporter der "Los Angeles Times" im Wahlkampf 1980 zu erklären, die Sowjets seien "Monster", und ihre Gottlosigkeit sei es wieder, die "ihnen weniger Respekt vor der Menschlichkeit und dem menschlichen Wesen einflößt". Die Sowjetunion, das "Reich des Bösen", wollte der Schauspieler auf dem Thron "auf den Müllplatz der Geschichte" kippen. ...<<

>>... Alles nahm größere Dimensionen an unter Reagan, alles wuchs. Und was am raschesten im Staatsapparat wuchs, war die CIA: 1.500 neue Mitarbeiter wurden eingestellt. 1987 belief sich der Personalstand der CIA auf 16.000 Mitglieder und der Etat auf 25 Milliarden Dollar. Eine solche Organisation mußte einfach den einstigen Kino-Wildwest-Helden besonders anziehen.

Zum Chef des Human-Unternehmens ernannte Reagan seinen Freund William Casey. Im Zweiten Weltkrieg hatte dieser alliierte Spionageoperationen hinter der deutschen Front geleitet und war später an den Börsen Wall-Streets reich geworden. Reagan erweiterte seinen Einfluß als Spionagechef, indem er covered actions, geheime Kommandoaktionen, unter Carter fast in Mißkredit geraten, wieder als Routinesache der US-Außenpolitik ansah. Ja, der Präsident hatte bald ein solches Faible für derlei mehr als anrühige Operationen, daß Caseys Stellvertreter, Admiral Inman, die Segel strich und in die Privatwirtschaft ging.

Die Regierung Reagan-Bush ließ die CIA in rund 60 Staaten konspirieren und dabei jährlich etwa 600 Millionen Dollar für covered actions verpulvern, vor allem, um mißliebige Regierungen zu erschüttern, in Dutzenden von Fällen. Zum Beispiel tat Präsident Reagan alles, um die Sandinisten Nicaraguas zu stürzen. Die CIA finanzierte nicaraguanische Exilgruppen und bereitete einstige Somoza-Anhänger in Florida und Honduras militärisch auf Invasion und Bürgerkrieg vor. Und während bald im Dschungel an der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua eine Freiwilligenarmee stand, destabilisierte man auf verschiedenen Wegen das Land im Innern.

Während man die Revolutionäre in Managua, die Sandinisten, bezichtigte, ihre Revolution nach Honduras auszudehnen, verwickelte man das benachbarte Honduras in eine Gegenrevolution mit dem Ziel, diese nach Nicaragua zu exportieren. Die CIA kaufte Söldner, warb ar-

gentinische Offiziere an, nicht wenige Nazis darunter. Sie verteilte in Nicaragua Gebrauchsanweisungen für das Umbringen der dort herrschenden Linken.

Nazimethoden?

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verurteilte die USA 1986, weil sie, entgegen dem Völkerrecht, nicaraguanische Häfen vermint, den Handel Nicaraguas behindert sowie gegen eine ganze Reihe von Verpflichtungen und Verträgen verstoßen hatte.

Aber die Welt ist böse, böse. Man mußte sich sichern. In sechs Amtsjahren des Präsidenten Reagan gab man allein für den Ausbau der elektronischen Spionage in aller Welt rund 100 Milliarden Dollar aus.

Und wie stand es mit der Mafia? Oh, bestens, bestens. Man hatte sie fest im Griff. Hatte regen Kontakt, auch und gerade natürlich im nächsten Umkreis des Präsidenten. Nein, man ließ sie nicht aus dem Auge. Dazu war man ja schon beruflich verpflichtet. Etwa Reagan-Freund und CIA-Direktor William Casey. Aber auch Reagans Arbeitsminister Raymond Donovan hatte nachweisbare Mafia-Kontakte und wurde beschuldigt, zum Wahlkampf des Präsidenten 600.000 Dollar beigesteuert zu haben, die aus Mafia-Quellen stammten. Doch Geld stinkt nicht, und Untersuchungen gegen das Gewerkschaftsgangstertum reduzierte Donovan drastisch.

Ronald Reagan selbst traf sich als Präsidentschaftskandidat (am 27. August 1980) privat mit Mafia-Vertretern, Führern der Teamster-Gewerkschaft, mit Roy Williams und Jack Presser. Die berüchtigte Gewerkschaft der Fernfahrer, auch von Richard Nixon schon lange gefördert, wird von Gambino, dem "Paten einer New Yorker Familie", kontrolliert und soll Milliardenbeträge an die Mafia abzweigen.

U.a. wird der Kennedy-Flughafen von dieser Vereinigung systematisch geschröpft. "Jedes Jahr lassen die Fahrer des Syndikates auf Anordnung der Familie Güter im Wert von Milliarden Dollar verschwinden. Das FBI schätzt, daß mehr als ein Drittel der wertvollen Güter auf dem Kennedy-Airport unterschlagen werden - elektronische Geräte, Juwelen, Pelze, Nahrungsmittel - und in die Hände der Mafia fallen" (M. Monestier). Das Treffen Reagans am 27. August 1980 mit dem Vizepräsidenten der Teamster, Roy Williams, diente der Mobilisierung der Gewerkschaftler im Wahlkampf, den er auch "ganz sicher mit finanzieller Unterstützung der Teamster-Gewerkschaft" geführt hat.

Ronald Reagan ist dankbar. Freunde läßt er nicht im Stich. Und so galt einer seiner ersten Besuche als Präsident der Teamster-Gewerkschaft. Von dort holte er sich ja auch seinen Arbeitsminister Donovan, Und schon bald nach der Wahl 1981 wurde Williams Präsident der Teamster, und Reagan lud ihn sogar zu einer Top-Level-Wirtschaftskonferenz ins Weiße Haus.

Freilich war Williams derart belastet, daß er noch im selben Jahr zurücktreten und den Präsidentenstuhl Jack Presser überlassen mußte, dem anderen Verbindungsmann zur Mafia und seiner offenbar in jeder Hinsicht würdig. Trotz laufender Fahndungen, Beschuldigungen, Beweise und Verurteilungen aber ging "die Freundschaft zwischen der Reagan-Administration und der Mafia-kontrollierten Gewerkschaft nicht in die Brüche."

Vielmehr wird "immer dann, wenn der Kongreß oder Gerichtsbehörden die Kooperation der Regierung bei Untersuchungen gegen die Gewerkschaft benötigen, diese prinzipiell nicht gewährt" (J. Roth/B. Ender). Im Gegenteil. Offiziell und öffentlich stützte man Beschuldigte. Ja, das Reagan-Bush-Gespann begann damit, keine neue Operationen gegen das organisierte Gangstertum zu erlauben. Nicht genug, man kürzte wesentlich die Etats gerade jener Stellen, die vordem die gelenkte Kriminalität besonders wirksam bekämpft hatten. Dies alles stand in einem augenfälligen Kontrast zu Jimmy Carters Verhalten, bei dem zumal die Teamster-Gewerkschaft vier Jahre lang abgeblitzt war.

Aber schließlich wurde Carter auch nicht mehr Präsident. ...

Man kann gegen Reagan sagen, was man will, es hatte alles großen Stil. Und Geld war schließlich dazu da, um ausgegeben zu werden. Schon die - ihm freilich nur zu angemessene - theatralische Inszenierung seiner Amtseinführung als Präsident wurde ein 16-Millionen-Dollar-Schauspiel. Ein Lehrer an öffentlichen Schulen, vergleichsweise, verdiente um 1980 höchstens 16.000 Dollar im Jahr, in manchen Staaten sogar weniger; in Mississippi etwa nur 11.000 Dollar jährlich.

Nancy Reagans Garderobe, wieder nur zum raschen Vergleich, eigens für die Inauguration (feierliche Amtseinführung) geschneidert, kostete 25.000 Dollar. Und zur Amtseinführung Reagans 1985, als der Präsident das Ideal des altruistischen, für seine Überzeugung kämpfenden Amerikaners beschwor, mit großer Geste dazu ein paar sentimentale Verse zitierte und aufrief, "die Wirtschaft zum Motor unserer Träume zu machen", da verschlang die Garderobe der First Lady 46.000 Dollar.

Aber Nancy Reagan hatte überhaupt Sinn für Ausstattung. Und sollte sie den Amerikanern nicht zeigen, wie man sich kleiden, wie man wohnen konnte, wenn man diesen Sinn eben hatte, diesen Geschmack?

So schmückte sie das Präsidentenschlafzimmer im Weißen Haus mit kostbaren Erlesenheiten. Etwa mit einem riesigen französischen Rokospiegel. Oder mit einer handbemalten hauchzarten chinesischen Tapete. Gleich zu Beginn der Amtszeit erwarb sie auch ein altchinesisches Porzellanservice für 200.000 Dollar - na was denn! Und eine Juwelensammlung für das Weiße Haus.

Ja, während Nancy Reagan einer, wie nur Mißgünstige meinten, Neidische, doch etwas aufwendigen Selbstinszenierung frönte, einer Passion für große Auftritte, abendliche Galas, während sie rubin- und diamantenbehängt, in immer neuen Roben erschien, in bodenlangen Nerzen, handgearbeiteten, edelsteinbesetzten Schuhen, in einem schwelgerischen Luxus, der feudale Epochen fast verblassen läßt, da propagierte der Präsident die alten amerikanischen Werte persönlicher Leistungs- und Risikobereitschaft als Voraussetzung für den Aufstieg und unternehmerische Gewinne, predigte er die Ideologie vom wohlverdienten Erfolg.

Debora Silverman bemerkte damals "historische Parallelen zur Endphase des Ancien Regime". Das klingt kritisch. Aber ist es gerecht? Man konnte schließlich nicht immer nur arbeiten, nur schufteten für das allgemeine Wohl. Und begann man nicht auch zu sparen, sofort, denn irgendwo und irgendwie mußte ja damit begonnen werden?

Ja, sofort wurde jetzt der Bundesetat für Sozialprogramme und Schulspeisungen um 41 Milliarden Dollar gekürzt. Das war doch schon mal ein Happen. Und zwei Jahre nach Reagans Amtsantritt waren von den 230 Millionen Amerikanern nach der offiziellen Statistik mindestens zwei Millionen obdachlos, und mehr als 30 Millionen lebten unterhalb der Armutsgrenze.

Am Ende von Reagans erstem Amtsjahr gab es eine Arbeitslosigkeit von fast 9 Prozent und ein geschätztes Haushaltsdefizit von 100 bis 150 Milliarden Dollar. Während Präsident Reagan prahlte, die USA wieder zur "Number one" der Welt gemacht zu haben, erwies eine auf 36 Statistiken der Weltbank und der UNO gestützte Untersuchung der "University of Pennsylvania", daß die USA im Hinblick auf die "Lebensqualität" erst an 27. Stelle standen und damit hinter allen verglichenen europäischen Staaten!

Reagan, dessen Vater einst selbst die staatliche Wohlfahrt in Anspruch genommen hatte, kürzte von Mal zu Mal die staatlichen Sozialleistungen. Die Folgen waren entsprechend. Es gab noch mehr Arme und noch mehr Todesfälle unter den Armen. Und noch mehr Hunger. Nach einer allgemein anerkannten Definition des Begriffs "Hunger" hungerten in Ronald Reagans zweiter Amtszeit in den USA, dem mit Abstand reichsten Land der Welt, acht Millionen Erwachsene und zwölf Millionen Kinder.

Zu diesem Ergebnis kam ein "Hunger in den Vereinigten Staaten" betitelter sachlich-kühler

Bericht des renommierten Wissenschaftsblattes "Scientific American". Obwohl das Übel, schrieb "Scientific American", in den 70er Jahren praktisch beseitigt gewesen sei, ist es "durch Kürzungen der Bundesregierung zurückgekehrt."

Und 33,4 Millionen der US-Bürger lebten nach der amtlichen Sprachregelung in Armut. Doch während die Armut der 20 % ärmsten US-Bürger zwischen 1978 und 1987 noch um acht Prozent zunahm, wuchs auch der Reichtum der reichsten 20 % US-Bürger noch um 13 %. Und damit hatte man schließlich wieder den Ausgleich. So ganz wohl freilich fühlen sich selbst die Reichen kaum.

Oder warum schützen sie sich und ihre Einrichtungen durch doppelt so viele Privatpolizisten, wie die Kommunen, die Bundesländer und die Regierung zusammen Polizisten unterhalten? ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über US-Präsident Ronald Reagan (x364/231-241): >>... XUI.

Neuer Star für eine alte Clique

Während die Vereinigten Staaten unter der argen Last der Carter-Präsidentschaft schwankend in das neue Jahrzehnt der 80er Jahre eintraten und sich die nationalen Krisen in alarmierendem Tempo verstärkten, erhob sich unter der hartbedrängten und überbesteuerten amerikanischen Bürgerschaft der Ruf nach Entlastung.

Nach fünfzig Jahren des liberalen Wahnsinns fast leergeblutet, bestand einerkennbarer Wunsch nach tiefgreifenden Änderungen. Man hatte die flagranten Betrügereien, wie zum Beispiel dem "New Deal", "The New Frontier", der "Great Society" und der himmelschreienden Schwindelei der Carter-Jahre bis zum Überdruß satt und viele Millionen Amerikaner sehnten sich nach der Rückkehr einer gesunden Regierung.

Das amerikanische Volk hatte genug. Am 4. November 1980 hatte es mit überwältigender Mehrheit die liberale Politik zurückgewiesen, die in den letzten Jahrzehnten gedroht hatte, die Vereinigten Staaten unter roten Zahlen, Verbrechen und menschlicher Entwürdigung zu begraben. Es gab einen massiven Ruck nach rechts, der zu dem überwältigenden Wahlsieg von Ronald Reagan zum amerikanischen Präsidenten führte.

Das Phänomen Reagan

Am 20. Januar 1981 stieß die amerikanische Nation gesamthaft einen hart verdienten Seufzer der Erleichterung aus, als die neue Reagan-Administration die Zügel der Regierung in die Hände nahm. Die gleichzeitig damit stattfindende Freilassung der Geiseln im Iran trug zu dem allgemeinen Gefühl der Erleichterung fast einen Hauch Jubel bei.

Mit dem Eintreffen von Ronald Reagan und vielen neuen, verfassungsorientierten Gesetzgebern auf der Washingtoner Szene wehte ein kühler, klarer und frischer Wind durch die staubigen Hallen des Kongresses. Die generelle Haltung der Neuankömmlinge wurde von Jeremiah Danton, dem neuen Senator von Alabama zum Ausdruck gebracht:

"Es ist an der Zeit zu handeln. Bürger haben ihre eigene Selbstachtung und sie wollen, daß diese Nation die ihre zurückgewinnt."

Die neue Reagan-Regierung versprach dem amerikanischen Volk einen "neuen Beginn" eine Rückkehr zu traditionellen Werten. Ende der 70er Jahre wurde der Patriotismus vieler Millionen im ganzen Land zu neuem Leben angefacht, als Ronald Reagan eine lange Serie von Reden hielt, die die Rundfunksender der ABC ausstrahlten. Er sprach über Patriotismus, konservative Politik und persönliche Verantwortung sowie über die Notwendigkeit, den amerikanischen Bürger die "große Regierung" vom Hals und aus ihrem täglichen Leben zu schaffen. Diese bewegenden Botschaften fanden in den Herzen und Köpfen vieler Millionen Amerikaner von Küste zu Küste ein tiefsitzendes Echo.

Vision eines wunderbaren Amerikas

Von jahrzehntelanger liberaler Wahnsinnspolitik verängstigt und frustriert, fingen die Leute

an, sich ernsthaft eine Reagan-Administration vorzustellen. Er sprach ihre Sprache und sie schlugen sich auf seine Seite. Sie spürten, daß hier endlich ein Mann von geradem Charakter war, der ihre Wertvorstellungen mit Nachdruck vortragen und eine Hauptrolle spielen könnte, um die Nation wieder zu internationalem Ansehen zurückführen zu können.

Als Reagan seine einträgliche amerikanische Rundfunkarbeit an den Nagel hängt und seine Wahlkampfreise antrat, brauchte er nur noch ins Ziel zu laufen. Schon bald wurde von einer wachsenden Menge "die Vision aufgegriffen" - die Vision von einem wunderbaren, mit neuer Lebenskraft erfüllten Amerika, das die unzähligen nationalen Probleme triumphierend hinter sich läßt. Die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Gouverneurs von Kalifornien wurde von ihnen mit Begeisterung unterstützt. Das Phänomen Reagan nahm rasch Gestalt an.

Was kann das amerikanische Volk von der Reagan-Administration erwarten? Wird sich Reagan als "das Wahre" erweisen - oder wird er sich als ein weiterer Wolf im Schafspelz entpuppen?

Im Jahre 1945, bei Ende des Zweiten Weltkrieges - nach 12 Jahren des leninistischen "New Deal" - befanden sich die meisten Positionen in Regierung, Bildungswesen, Nachrichtenmedien und anderen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens in den verräterischen Händen von Individuen, die ihre Seele an die Verschwörer verkauft hatten.

Die in Hollywood beheimatete Filmindustrie war fast völlig unterwandert. Mit der geschickten Ausnutzung von Filmen, die die subtile Anti-Amerika-Propaganda der Linken verbreiteten, würden die Verschwörer in ungeheurer Weise auf das Denken der Kinobesucher im ganzen Land einwirken können.

Da die meisten Leute ins Kino gehen, um den nur allzuoft grimmigen Tatsachen des täglichen Lebens zu entfliehen, lassen sie ihren formbaren, nichts ahnenden Verstand weit offen stehen, so daß falsche und destruktive Ideen ohne ihr Wissen darin eingepflanzt werden können. Über den Weg eines solchen Mediums können die Bürger für die "Neue Weltordnung" programmiert werden.

Die Roten von Hollywood

Zum Ende der 40er Jahre begannen allerdings die Pläne der Illuminaten zur Subversierung der amerikanischen Gesellschaft von innen heraus schiefe zu laufen. Dramatische Beweise bezeugen, daß die Regierung Roosevelt mit subversiven Elementen durchsetzt gewesen war und die Mehrzahl von ihnen auch noch in der Truman-Administration verblieben waren.

Der berühmte Broadway- und Hollywood-Drehbuchautor und Ronald Reagan als Schauspieler und im Wahlkampf zur Präsidentschaft. Die wirkliche Macht in Amerika ist auch heute weiterhin "ganz in der Familie Rockefeller".

Produzent Myron Fagan deckte die Methoden auf, die die "roten Termiten" bei ihren subversiven Aktivitäten benutzten. Die sich anschließende Empörung hat die Filmindustrie bis ins Mark erschüttert. Als Folge der Untersuchungen durch den United States Senat und den Staat Kalifornien wurden die ruchlosen "Hollywood Ten" zu Gefängnisstrafen verurteilt und weitere 300 Stars, Produzenten und Regisseure für schuldig befunden, der Sache der Roten gedient zu haben.

Myron Fagan gründete die "Cinema Education Guild" (CEG) in dem Bemühen, das amerikanische Volk über die unheilvolle Bedrohung durch diese massive Unterwanderung zu informieren.

Die Wirkung zeigte sich augenblicklich. Die Besucherzahlen gingen drastisch zurück, so daß einige Kinos zur Schließung gezwungen waren. Unter diesem enormen, landesweiten Druck traten die Roten den Rückzug an und dem amerikanischen Volk wurde versichert, Hollywood säubere seine Bühne. Aber es dauerte nicht lange und die Roten schlichen sich von neuem in Hollywood ein - und nahmen ihre subversive Arbeit erneut auf. Noch einmal riß Myron Fagan ihnen ihren Deckmantel, herunter. Noch einmal gingen die Wellen der Empörung durch die

Filmindustrie.

Im Rampenlicht der bestürzenden Enthüllungen durch die CEG bloßstehend und entschlossen, sich nie wieder erwischen zu lassen, haben die subversiven Elemente Hollywoods das Drehbuch umgeschrieben und ein anderes diabolisches Komplott geschmiedet, das die Amerikaner die Tatsachen vergessen machen sollte.

Eingedenk des Erfolges, den die öffentlichen Auftritte von "Stars" in den dunklen Tagen der großen Rezession gehabt haben, beschlossen sie, daß das beste Mittel zur Einschläferung des amerikanischen Publikums, das sie in die Kinos zurückbringen würde, darin besteht, die Hollywood-Prominenz aufs Land zu schicken. Sie würden als Ehrengäste in Clubs auftreten, Pressekonferenzen für die Vertreter der führenden Nachrichtenmedien geben und ganz allgemein für ein hohes Ansehen sorgen. Ihre Titelmelodie: "Die Roten sind aus Hollywood abgehauen. Alles ist jetzt wieder in Ordnung in der Filmmetropole."

Viele haben sich energisch dagegen verwahrt, an diesem monströsen Schwindel teilzunehmen. Berühmtheiten wie Clark Gable haben heftig protestiert und sich geweigert, als Botschafter des Betrugs aufzutreten. Andere sind mit beiden Füßen auf diesen Verschwörungszug aufgesprungen.

Zu den bekanntesten von ihnen gehörte ein Filmschauspieler namens Ronald Reagan, Präsident der "Screen Actors Guild" (SAG). Im Verlauf der Senatshearings in Washington im Jahre 1947 war die Guild nachweislich als ein führendes Werkzeug der Subversion in der Filmindustrie entlarvt worden.

Reagans rote Märchen

Reagan bereiste das Land und versicherte den Leuten, daß die subversive Bedrohung vorüber sei. Eine für Reagan typische Erklärung wurde am 27. Juli 1951 in der Victor Reisel Kolumne abgedruckt:

"Der Kommunismus hat in Hollywood versagt, weil die überwältigende Mehrheit der Screen Actors Guild immer gegen den Kommunismus war und ist. Die Roten haben alle Kunststücke aus ihrer Trickkiste ausprobiert, aber die Filmschauspieler unter Führung des Vorstandes der Screen Actors Guild haben sie überlistet und besiegt. Wir haben sie offiziell und inoffiziell bekämpft. Wir haben sie in Versammlungen hinter den Kulissen bekämpft.

Unsere roten Feinde sind sogar soweit gegangen zu drohen, sie würden mir persönlich und anderen Stars Säure ins Gesicht werfen, damit wir niemals wieder im Film auftreten können. Ich habe eine Zeitlang einen Revolver bei mir getragen und Polizisten haben in meinem Haus gelebt, um meine Kinder zu beschützen. Aber diese Tage sind für immer vorbei, ebenso wie die betörten Sympathisanten und Mitläufer der Roten. Heute sind selbst die Mitläufer von der Hollywood-Szene verschwunden."

Die neue Taktik wirkte wie ein Zaubermittel. Wie nicht anders zu erwarten, wurde das neue Leitmotiv von den Zeitungen, Magazinen, Rundfunk- und Fernsehkommentatoren aufgegriffen und im ganzen Land verbreitet. Die sorgfältig konzertierte Schwindelkampagne hatte die gewünschte Wirkung. Die öffentliche Meinung beugte sich erneut unter dem Druck.

Reagans Polit-Show

Es sollten mehr als zehn Jahre vergehen, ehe Ronald Reagan sein Debüt auf der politischen Bühne gab. In wahrlich theaterwürdigem Stil begann er seinen Auftritt im Jahre 1964 mit einer anheizenden Rede, die er für Barry Goldwater auf dem Konvent der Republikanischen Partei hielt.

Seine höchst pro-amerikanischen Erklärungen und seine glattpolierte Rhetorik waren die Ursachen, die ihm weitverbreitete Aufmerksamkeit als einem möglichen Kandidaten für ein hohes politisches Amt einbrachten. Die Tatsache, daß er politisch ein Anfänger war, ohne jede Hausmacht, mit der er operieren konnte, tat seinem politischen "Sex Appeal" keinen Abbruch. Nach der Niederlage von Barry Goldwater begann Ronald Reagans Stern am politischen

Himmel aufzusteigen. Ein Jahr später gründeten ehemalige Goldwater-Anhänger einen Verein mit dem Namen "Friends of Ronald Reagan". Zu Beginn reiste Reagan in Kalifornien umher und traf sich zu privaten Gesprächen mit politischen Führern und stellte seine hochkarätige Redekunst den Zuhörern vor.

Reagan sagte immer das Richtige und erhielt stürmischen Applaus von seinem Publikum. Sie brachten ihm stehend Ovationen entgegen, als er gegen die "große Regierung" wettete; Regierungsbestechung in Form von Subventionen an besondere Interessengruppen und die Unzahl von sonstigen Regierungsprogrammen, deren Zweck die Ausdehnung der Administration auf alle Lebensbereiche sei.

Die "Reagan Show" ging auf Tournee durch ganz Amerika und wurde in vielen Großstädten an der Ostküste gegeben. Das Echo überall im Land war begeisternd. Reagan wurde von vielen konservativen Republikanern als ein "konservativer Goldwater" akzeptiert. Er wurde zu einem "heißen Tip".

Erste Schatten zeigen sich

Kurz nachdem er 1966 in den Wahlkampf um den kalifornischen Gouverneursposten eingetreten war, kamen beunruhigende Signale aus dem Reagan-Lager. Die politische Couleur in der engeren Umgebung Reagans veränderte sich. Es fand ein stetiger Exodus derjenigen statt, die sich ihr Leben lang als unverbrüchliche Anhänger der wahren republikanischen Grundsätze bewiesen hatten. Gleichzeitig hielten liberale Dogmatiker und politische Manipulanten ihren Einzug. Es war offensichtlich, daß etwas in dem Image von Reagan als einem hartgesottenen Konservativen fehlte.

Millionen hoffnungsvolle Wähler in Kalifornien nahmen das Image von Ronald Reagan als Ritter ohne Furcht und Tadel, der ein "konservativer Gouverneur" sei und sie von dem ewig wachsenden Fluch der "großen Regierung" befreien würde, für bare Münze.

Im ganzen Bundesstaat herrschten hochgesteckte Hoffnungen, als Ronald Reagan am 5. Januar 1967 in sein Amt als Gouverneur eingeführt wurde. In seiner Einführungsrede versprach Reagan, daß seine Administration um "Straffung, Kürzung und Senkung" bemüht sein werde, "bis die Staatsausgaben verringert sind. Es wird nicht einfach sein, noch angenehm, und es wird jedes Ressort betreffen, angefangen beim Amt des Gouverneurs selbst".

Knapp einen Monat später, in seiner Haushaltsrede vor der Legislative, zeigte Reagan mit dem Finger auf die Ursachen für die finanziellen Nöte des Staates, den politischen und finanziellen Mumpitz der Pat Brown Regierung. Kalifornien war mit 500 Millionen US-Dollar im Minus. Reagan gelobte, daß seine Regierung "kein Interesse an der Fortsetzung eines solchen fiskalischen Schwachsinn" habe.

Rhetorik und Wirklichkeit

Die Haushaltsvorlage des neuen Gouverneurs schien die Antwort auf die Gebete der Konservativen zu sein. Sie gewann ihm die spontane - fast jubelnde Zuneigung der Konservativen überall. Er legte darin Einzelheiten eines Reformpaketes dar, das dem Staat Kalifornien fiskalisches Verantwortungsbewußtsein und Solvenz zurückbringen würde.

Der kalifornische Senator John Schmilz, den neuen Gouverneur bei seinem Wort nehmend, geriet in Ekstase: "Nun haben wir zu guter Letzt einen Gouverneur in Kalifornien, der den Leuten die Wahrheit sagt - und seine Versprechungen hält. Der Haushaltsentwurf von Gouverneur Reagan deckt das ganze Ausmaß der staatlichen Finanzkrise auf und verwirft die leichte, aber ruinöse Lösung, die Steuern drastisch zu erhöhen. Er hat getan, was er versprochen hat. Er hat den Mut gehabt, die Wirtschaft an die erste Stelle zu setzen, die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um eine Viertel Milliarde Dollar zu kürzen."

Leider war die Bewertung von Senator Schmilz etwas voreilig. Er hatte Reagan für einen Mann gehalten, dem man vertrauen kann, daß er sein Wort hält. Er hatte in dem Moment vergessen, daß in der Politik Rhetorik und Wirklichkeit gewöhnlich weit voneinander getrennt

sind. Integrität ist ein höchst ungewöhnlicher politischer Charakterzug.

Noch ehe der Widerhall seines "Reformprogrammes" verklungen war, befand sich eine neue Reagan-Vorlage auf dem Weg vor die Gesetzgeber, die 865 Millionen US-Dollar an neuen Steuern vorsah. In einer Haushaltsrede vor dem gesamten hohen Haus verkündete Reagan, daß er einen endgültigen Staatsetat vorlegen werde, der 488 Millionen US-Dollar kompletter Neuausgaben vorsieht.

Noch bevor die Legislaturperiode um war, hatte "der konservative Gouverneur", der geschworen hatte, "den Willen des Volkes zu ehren", mit seiner Unterschrift eine Steuererhöhung von insgesamt 943.300.000 US-Dollar zum Gesetz erhoben, die höchste einzelne Steueranhebung, die es jemals in der Geschichte eines amerikanischen Staates gegeben hat. Senator Schmilz flehte den Gouverneur Reagan an, jenen "nicht das Vertrauen und die Herzen zu brechen", die an ihn geglaubt hatten. Aber es half nichts.

Hat sich Ronald Reagan seit seiner Gouverneurszeit drastisch geändert? Hat er seiner nachweislich liberalen Vergangenheit abgeschworen? Geht er heute auf der rechten Spur? Der heutige amerikanische Präsident Ronald Reagan antwortet mit einem Ja.

Im Verlauf des Wahlkampfes von 1980 und in den ersten Monaten seiner Amtszeit hat Ronald Reagan beredt die Narrheiten des Sozialismus dargelegt und ihnen abgeschworen. Er hat deutlich gezeigt, daß es Idiotie ist, wenn die amerikanische Nation auf dem Weg weitermacht, den sie seit den Tagen von Roosevelt eingeschlagen hat.

Es besteht kein Zweifel an der Tatsache, daß Reagan der Nation eine psychologische Kraftspritze verabreicht hat. Unter dem Einfluß seiner ruhigen und zuversichtlichen Führung ist es zu einer Trendwende der Ansichten gekommen, die die meisten Amerikaner über die Zukunft haben. Neue Zuversicht hat die Nation ergriffen.

Das Attentat ein Komplott?

Diese Sinneswandlung Ronald Reagans ging den Internationalisten gegen den Strich, da er einen Großteil der Abbrucharbeiten wieder zunichte macht, die unter dem Carter-Regime vollbracht wurden. Sie könnten Reagan aus dem Weg haben wollen und zwar so schnell wie nur möglich.

Die Establishment-Medien brachten den Mordanschlag auf den Präsidenten am 30. März 1981 als die Tat eines "Spinners". Es wurde vielerorts erklärt, John W. Hinckley sei ein Einzelgänger, der ohne Auftraggeber gehandelt habe. Dagegen deuten neuere Beweise darauf hin, daß die Medien erneut an einer massiven Verdunklungskampagne arbeiten könnten, die an das erinnert, was nach der Ermordung Kennedys in Dallas im Jahre 1963 passiert ist.

Berichte aus einer Vielzahl unabhängiger Quellen wecken den Verdacht, daß der Anschlag auf das Leben von Reagan einen sehr viel merkwürdigeren Hintergrund hat. Drei Wochen bevor die Schüsse vor dem Washingtoner Hilton-Hotel fielen, haben mehrere christliche Kirchenämter einen Hinweis erhalten, daß an dem Wochenende vom 13./14. März ein großer Hexensabbat stattfinden soll.

Vor kurzem von dem Hexenglauben Konvertierte haben ausgesagt, daß die Anhänger der okkulten Kräfte in Amerika planten, spezielle Zauber und Flüche auf die Reagan-Regierung zu legen. Einige Tage vor dem Hexensabbat hat Hinckley seine Wohnung in Evergreen, Colorado, verlassen und ist in ein Motel gezogen. Da er kurz davor seine Gitarre und Schreibmaschine ins Pfandhaus gebracht hat, scheint es sicher zu sein, daß eine andere Person seine Auslagen bezahlt hat.

Und eine weitere, höchst interessante Entwicklung. Am 31. März hat Max Robinson von Kanal 25 PBS in dem Gebiet von Akron Canton (Ohio) berichtet, daß Hinckley "jeden Tag vor einer Telefonzelle auf einen Anruf gewartet hat, obwohl ein Telefon in seinem Zimmer vorhanden war." Das deutet klar darauf hin, daß der zukünftige Attentäter tägliche Mitteilungen erhalten hat, die für ihn so belastend sein würden, werden sie zufällig mitgehört, daß er sie in

einer öffentlichen Telefonzelle entgegennehmen mußte.

Am 2. April brachte eine Zeitung in Cleveland Beweise dafür, daß die Sicherheitsmaßnahmen um den Präsidenten während seines Erscheinens im Washingtoner Hilton-Hotel drei Tage zuvor erheblich durchbrochen worden waren. Nicht nur, daß dem Publikum erlaubt worden war, ungewöhnlich nahe an dem Ausgang zu stehen, den der Präsident benutzte, sondern es fehlten auch andere Sicherheitsvorkehrungen.

Edward V. Kelley, ein Freund der beiden Sicherheitsbeamten, die sich auf Hinckley warfen, nachdem er zu schießen anfang, gab eine aufschlußreiche Beobachtung bekannt: "Auf den Dächern befanden sich keine Männer mit Gewehren, wie damals, als Carter hier im letzten Jahr auf dem Konvent war."

Einladung zur Ermordung

Zusammen gesehen sprechen diese Ereignisse für die Wahrscheinlichkeit, daß damit eine "Einladung" zur Ermordung von Präsident Reagan gegeben wurde. Nur durch ein Wunder ist er dem Tod beziehungsweise seiner Beseitigung von der nationalen Bühne entgangen. Zweifellos hat Reagan beträchtliche Kompromisse auf dem Weg ins Weiße Haus schließen müssen. Ohne diese Kompromisse wäre der Sieg unmöglich gewesen.

Im Frühjahr und Sommer 1980, als die öffentliche Meinungsumfragen anzeigten, daß der politische Stern Ronald Reagans am Aufsteigen war, wurde es der "unsichtbaren Regierung" klar, daß das Jahr 1980 sehr wohl ein "Reagan-Jahr" werden könnte. Sofort nach Reagans auffälligem Sieg über ihren eigenen, elitären Kandidaten, George Bush, in den Vorwahlen von New Hampshire, hat das "Eastern Establishment" Schritte unternommen, um die volle Kontrolle über Reagans Wahlkampf und das Management des bevorstehenden republikanischen Konvents zu erlangen.

William Casey, ein Mitglied des von Rockefeller beherrschten Council on Foreign Relations (CFR) - die unsichtbare Regierung - wurde als Reagans Wahlkampfmanager eingeschleust. Von da an lag die gesamte Aktion bei den Liberalen, wenngleich die konservative Wahlpropaganda und Jahrmarktakrobatik an Intensität gewannen.

Casey hat einen höchst interessanten Werdegang. Als ein Schützling von Henry Kissinger hatte er sich als ein so fleißiger und ergiebiger Diener erwiesen, daß man Richard Nixon empfahl, ihn auf den Spitzenposten der Export-Import Bank zu setzen. Als Präsident dieser höchst einflußreichen Organisation gehörte Casey zu den "Denkern", die die Finanzierung für das Kama-Lastwagenprojekt in der Sowjetunion zusammengebastelt haben, das von einmaliger Größe ist. Diese Anlage soll mehr Schwerlasten herstellen als alle US-Konzerne zusammen. Die Lastwagen aus diesem Werk wurden für die Invasion von Afghanistan eingesetzt.

Die Finanzierung des Kama-Projektes ist zu 45 Prozent von der Export-Import Bank bereitgestellt worden - einer amerikanischen Bundesbehörde, das heißt also von den amerikanischen Steuerzahlern. Weitere 45 Prozent hat Rockefellers Chase Manhattan Bank zur Verfügung gestellt. Die Roten haben nur 10 Prozent des benötigten Kapitals aufgebracht.

Der erste handfeste Beweis für den unglaublichen Druck, den die unsichtbare Regierung der Geldmonopolisten auf Ronald Reagan ausübte, wurde auf dem Nationalkonvent der Republikaner in Detroit geliefert, nachdem er mit überwältigender Mehrheit zum Präsidentschaftskandidaten dieser Partei gewählt worden war.

Politik macht merkwürdige Bettgenossen Während seines gesamten Wahlkampfes hatte Reagan seinen Anhängern versichert, er werde für die Vizepräsidentschaft einen Mann als Mitstreiter wählen, der seine konservative Weltanschauung teilen würde. Viele seiner Anhänger glaubten zuversichtlich, er werde entweder Philip Crane oder Jack Kemp als seinen Mitstreiter wählen, da beide tadellose Referenzen als Konservative haben.

Die hochfliegenden Hoffnungen der Delegierten wurden zertrümmert, als Reagan, umgeben von Rockefeller, Kissinger, Ford und anderen Trilateralen und CFR-Manipulanten, beide

Männer zurückstieß. Er ging in das Trilaterale Lager hinein und griff sich George Bush heraus.

Bush, der in den Vorwahlen Reagans Wirtschaftsprogramm verächtlich als "Hexereipolitik" beschimpft hatte, hatte wiederholt Strategien befürwortet, die denjenigen Reagans diametral entgegengesetzt waren. Nach seiner Ernennung behauptete Bush aus voller Brust, er nehme Reagans Standpunkt voll und ganz ein. Die Politik macht merkwürdige Bettgenossen.

Allerdings ist die wunderbare Wandlung von Bush leicht zu erklären. Seit Jahren gehört er zu dem "in-Haufen". Er ist ein vertrauenswürdiges Mitglied der Rockefeller-Clique. Ehrlichkeit und Integrität zählen nicht zu ihren Spielregeln. Zu den roten Warnsignalen, die nach der Ernennung von Bush aufblinkten, haben sich am 6. November 1980 heulende Sirenen gestellt, als Reagan die Namen des Übergangssystems bekannt gab, das mit der Vorbereitung seiner Regierungsübernahme am 20. Januar 1981 betraut wurde. Es war voll mit Mitglieder des CFR beziehungsweise der Trilateralen Kommission.

Eine solche Kollektion von Eine-Weltlern konnte nur einen Regierungsapparat aufbauen, der zu ihren Gunsten gezinkt sein würde. Die wirkliche Macht würde "ganz in der Familie" bleiben. Mit der Bekanntgabe der Namen jener, die die verschiedenen Ressorts unter der neuen Regierung leiten würden, kam die Bestätigung dieser Macht. Sämtliche politische Spitzenposten der Reagan Administration liegen in den Händen von Rockefeller-Agenten.

Richard Viguerie, Herausgeber des "Conservativ Digest" hat die Gefühle vieler amerikanischer Patrioten in Worten ausgedrückt: "Es sind dieselben alten Establishment-Republikaner, die Geschäftswelt, das Eastern Establishment. Diese Regierung ist eindeutig keine Regierung der Konservativen. Die Leute, die Ronald Reagan gewählt haben, die 16 Jahre zu ihm gehalten haben, haben einen Faustschlag ins Gesicht erhalten." <<

Rudolf Mühlfenzl (1919-2000, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens) kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestierten am 28. Februar 1981 trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe.

Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt. Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."

Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily (SPD) mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt

und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.

Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.

Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird.

Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...

Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.

Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...

Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42 Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.

Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger (SPD) betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...

Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.

Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.

1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gitter ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge (in Bayern) sind Ausländer, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."

In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.

Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradikalen, zwischen Kemalisten und Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb später (x268/196):
>>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete (später im Juli 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>Erdogans Fünfte Kolonne

_ von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab.

Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei.

Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosphorus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosphorus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkaufte hat. Den Grundstein für die Anatalisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte. Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano.

Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopo-

litische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zugunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas.

Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.

Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. ...<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schloß danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wird neuer

Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals: >>Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Umerziehung und politische Kultur der Deutschen (x306/294-298):

>>... Politische Kultur (Political Culture) ist der Name eines Ende der fünfziger Jahre an der Universität Princeton entwickelten Forschungskonzeptes amerikanischer Sozialwissenschaftler, das als Spätzünder in der Schlußphase der bundesdeutschen Teilrepublik die öffentliche Diskussion prägte.

Die späte, bei "seiner ursprünglichen Rezipierung aus dem Amerikanischen kaum zu ahnende Blüte" wurde dem Fernsehpublikum verdeutlicht, als in der viel beachteten Bundestagsdebatte über den konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Helmut Schmidt Redner der SPD (Helmut Schmidt, Willy Brandt) wie der FDP (Gerhard R. Baum, Hildegard Hamm-Brücher) davor warnten, daß der Regierungswechsel die "Politische Kultur" gefährde.

Politische Kultur war in Bonn auf Spielregeln, politischen Stil, ungeschriebene Gesetze im Gegen- und Miteinander der Berufspolitiker verkürzt worden, während in Amerika sich die Political Culture Forschung mit der Gesamtbevölkerung befaßte. Das von Gabriel A. Almond, dem "Founding Father", seinen namhaften Jüngern Sidney Verba und Lucian W. Pye und einigen anderen entwickelte Forschungskonzept versuchte politisch relevante subjektive Faktoren wie Wertüberzeugungen, Einstellungen, Verhaltensweisen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu erfassen und zu vergleichen.

In Deutschland wurde daraus unter Verzicht auf die komparative Zielsetzung ein feuilletongerechter Modeartikel, der klangstark Sinnführungs-kompetenz belegen sollte. Wer zwischen einem normativen Gebrauch bei Politikern, Leitartiklern und Fernsehkommentatoren, die häufig den Mangel oder den Verfall der Politischen Kultur beklagen und einen "nicht von vornherein wertenden, also deskriptiven und analytischen" Gebrauch in der Sozialwissenschaft unterscheidet, kennt anscheinend seine Pappenheimer nicht.

Wir finden unter den Autoren der Politischen Kultur so manche Politikwissenschaftler, die durch normative Überzeugtheiten und entsprechenden volksmissionarischen Drall bekannt sind. Martin Greiffenhagen, Kurt Sontheimer, Wilhelm Weidenfeld, Wilfried Röhrich, Iring Fetscher, Fritz Stern, Christian Graf Krockow, Lord Ralf Dahrendorf e tutti quanti. Die politische Kultur der Bundesrepublik wird hier an der Norm eines nicht näher untersuchten westlichen (de facto) anglo-amerikanischen Vorbilds gemessen.

Das Auftauchen des Paradigmas Politische Kultur in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hilft eine Lücke zu schließen, die sich durch das Verblässen der antikapitalistischen, antiautoritären, antiimperialistischen Faszinationen der 68er Bewegung nach der Tendenzwende von 1973/74 ergeben hatte.

Das Fachorgan der Politologen "Politische Vierteljahresschrift" brachte 1981 ein ganzes PVS-Forum Politische Kultur, in dem ein heftiger Streit zwischen westlich orientierten Verändern und nicht minder westlich orientierten Bewahrern entbrannte, der im folgenden Jahr auf einem Symposium "Politische Kultur" an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing fortgesetzt wurde. Hier wurde die Politische Kultur sogar als ein Orwellsches Konzept angeprangert. Es handelt sich eher um ein Konzept der Re-education. Sowohl strukturell als auch personell läßt sich eine starke Verbindungslinie erkennen.

Gabriel A. Almond, ein 1938 in Chicago an der Hochburg der behavioristischen Schule der politischen Wissenschaften promovierter Sozialwissenschaftler, arbeitete von Gründung (1942) an im amerikanischen Kriegspropagandaamt, beteiligte sich dann im Kriegsministerium am "U.S. Strategic Bombing Survey", der mit neuesten sozialwissenschaftlichen Methoden die moralischen Wirkungen der Flächenbombardierungen maximieren sollte.

1949 trat Almond erstmals literarisch hervor mit einem Buch über die Demokratisierung der Deutschen ("The Struggle for Democracy in Germany"). Mit dem Koreakrieg wandte sich Almond der anderen Bedrohung der von ihm anvisierten "neuen politischen Weltkultur" zu.

...

1965 (erschien) die von Almond und Verba herausgegebene "Zehn Länder Studie" "Political Culture and Political Development". Katalysator der Political Culture Forschung sind nach Almond die neuen Techniken der Meinungsbefragung. Mit ihnen schließt er vier Traditionslinien (klassisches politisches Denken, moderne politische Wissenschaft, Sozialpsychologie, Psychoanthropologie) zu einem Forschungskonzept zusammen. Gleichwohl enthält "Civic Culture" Argumentationsketten, die empirisch weder verifiziert noch falsifiziert werden können. ...

Politische Eliten müßten jedoch an den "demokratischen Mythos" glauben, daß Bürger auf die Politik Einfluß nehmen könnten.

Deutschland war in den 60er und 70er Jahren kein Mittelpunktthema und kein Anlaß für besondere Besorgnisse. Dennoch spielt es in der Political Culture Forschung eine wichtige Rolle. Die psychopolitische Sicht war ursprünglich auf Deutschland gerichtet gewesen. Verba schreibt: "Viele der klassischen Werke über die nichtpolitischen Wurzeln politischer Haltungen wurden von Männern geschrieben, die die Fragen beantworten wollten, die der deutsche Nationalsozialismus aufgeworfen hat. Man denkt dabei sofort an Adorno, Horkheimer, Lewin und Fromm und die Nachkriegsstudien über den deutschen politischen Charakter".

Das konzeptionelle Umfeld der Reeducation der Deutschen war Ausgangspunkt der Political Culture Forschung. In ihr zeichnet sich nicht nur ein Wandel des Deutschlandbildes ab, sondern auch ein Wandel der deutschen Wirklichkeit, soweit sie mit einem sozialwissenschaftlichen Raster einzufangen ist. Reeducation und Politische Kultur sind jedoch nicht nur durch eine psychopolitische Traditionslinie verbunden, sondern auch durch eine der empirischen Sozialforschung. ...

Die Umfragen der ersten Jahre spiegeln den Fehlschlag der "kleinen" Umerziehung wider. Die Deutschen hatten zwar den Nationalsozialismus hinter sich gelassen, "aber sie nehmen die meisten Muster demokratischen Verhaltens, die die Militärregierung fördert, nicht an". Unter der Hohen Kommission verschieben sich die Wertungen:

"Die Bundesrepublik war nicht die Musterdemokratie, die sich die amerikanischen Besatzer ursprünglich erhofft hatten, aber es war eine populäre, stabile und effektive Demokratie in einem formalen Sinne. Ihre Stärke gab der Bundesrepublik den Atemraum, der notwendig ist, um einige weniger formale Aspekte der Demokratie zu entwickeln, wie soziale Gerechtigkeit und Gleichheit." ...

1959 war das Jahr, in dem Almond/Verba die Befragung für ihre "Fünf Länder Studie" durchführen ließen. In der Studie wird Deutschland eher schlecht benotet: "In Deutschland hält eine passive Untertanen-Einstellung an..."

Zwei Jahre später verschiebt sich in der "Zehn Länder Studie" von Pye/Verba der Akzent. "Passivität, Pragmatismus, Distanziertheit, legalistischer Formalismus führen dazu, daß die Deutschen sich dem Radikalismus verschließen, ohne zu einer demokratischen Partizipation überzugehen"

Das aber bringt immerhin den Faktor Zeit, der der Weimarer Demokratie fehlte, "um das politische System durch das Schaffen von Haltungen zu durchdringen, die für die demokratische

Partizipation von Nutzen sind."

1980 kamen Almond/Verba auf ihre "Fünf-Länder-Studie" zurück. Sie veröffentlichten "The Civic Culture revisited", einen Sammelband, in dem neben Stellungnahmen verschiedener Autoren die fünf Länder jeweils durch einen neuen Bearbeiter unter die Lupe genommen werden. Für Deutschland handelt es sich um David P. Conradt. Laut Conradt hat jetzt anscheinend der Faktor Zeit gegriffen. Inzwischen habe sich jeder einzelne Aspekt, der 1963 in der Almond/Verba Studie aufgeführt worden sei, verändert. "Die Entwicklungen seit 1959 unterstreichen das Ausmaß des kulturellen Wechsels in Deutschland."

Ja, die Deutschen überrunden in manchen Aspekten die anglo-amerikanischen Vorbilder. Zwischen 1959 und 1978 ist der Prozentsatz der Deutschen, der auf die politischen Institutionen des Landes stolz ist, von 7 % auf 31 % gewachsen, von 1951 bis 1976 der Prozentsatz, der meint, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung kommen werde, von 28 % auf 65 % gewachsen - Verfassungspatrioten, wohin man auch blickt.

Doch während Deutschland zum Inbegriff einer stabilen Demokratie geworden ist, haben sich neue Fragen ergeben. Jetzt stellt sich die Frage, ob die liberale Demokratie für die partizipatorischen Bedürfnisse und politischen Anforderungen einer Bevölkerung, die nicht länger in den demokratischen Kinderschuhen steckt, adäquat sei.

In einer künftigen Demokratiekrise habe die Bundesrepublik jedoch die gleichen Chancen wie die anderen westlichen Demokratien. Almonds Frage, warum in der Krise der 30er und 40er Jahre die angelsächsischen Demokratien sich durchwurstelten, die deutsche jedoch zusammenbrach, ist beantwortet - nicht auf dem Papier, sondern in der politisch kulturellen Wirklichkeit. Die "traumatische" Vergangenheit spielt keine Rolle mehr, der Traum vom "deutschen Sonderweg" ist für die Politische Kultur Forschung ein für allemal ausgeträumt, die Umerziehung der Deutschen ist - 1980 - erfolgreich abgeschlossen.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Jochen Löser (1918-2001, 1974 als Generalmajor der Bundeswehr verabschiedet) berichtete in seinem 1982 veröffentlichten Buch "Gegen den Dritten Weltkrieg ..." über den angenommenen politischen und militärischen Ablauf eines Dritten Weltkrieges (x099/227-238): >>... **Die erste Phase eines dritten Weltkrieges**

Die Sowjetunion kündigt das Viermächteabkommen über Berlin. Volksmilizen der DDR besetzen West-Berlin als "ihre" Hauptstadt, isolieren die dortigen Besatzungstruppen in einer "neutralen Zone" und schicken die Diplomaten des Westens in ihre Länder zurück.

Zuletzt sperren zwei Flottenverbände den Persischen Golf und den Golf von Aden. Die Ölfuhr zu den westlichen Ländern der Welt und nach Japan wird unterbrochen, ebenso die Zuführung der Rohstoffe aus Afrika.

Die NATO hat "General Alert" verkündet und macht mobil. Sechs amerikanische Divisionen werden über "Reforger" auf einer Luftbrücke und in Seetransporten in den Bereich der Bundesrepublik verlegt. Auch die taktischen Luftstreitkräfte der NATO werden aus den USA verstärkt.

Die europäischen Verbündeten bringen ihre Landstreitkräfte auf volle Stärken und führen sie in die vorgesehenen Verteidigungsräume der "Vorneverteidigung" des NATO-Bereichs "Europa-Mitte".

Die Norweger und Dänen drängen zum Einlenken. Aufgrund der NATO-Verträge verweigern sie eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und die Dislozierung (räumliche Verteilung) von Atomwaffen auf ihrem Gebiet. In der Bundesrepublik fordern "Bürgerinitiativen" neue Verhandlungen und Eingehen auf das Neutralitätsangebot.

Subversive Aktionsgruppen haben den Sender Bremen und die Anlagen des ZDF gesprengt. Durch Überfall auf Atomkraftwerke und Einrichtungen der E-Werke in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurde die Energieversorgung bis auf 30 % lahmgelegt. Auch militärische Einrichtungen wie Depots, Kasernen und Flugplätze werden mit

Schwerpunkten der Ausladungsbasen für die US-Streitkräfte in Frankfurt angegriffen.

Die Bevölkerung ist, auf diese Aktionen nicht vorbereitet, in Panik. ...

Der deutsche Bundeskanzler fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf und setzt den BGS mit allen verfügbaren Ordnungskräften der Polizei der Länder und Kommunen zur Bekämpfung subversiver Aktionen ein. Auch die Bundeswehr wird mit Kräften des Heimatschutzes zur Sicherung der Mobilmachung und der Aufmarschbewegungen eingesetzt. ...

Überraschend greifen in der Nacht vom 1. auf den 2. September Streitkräfte des Warschauer Paktes die NATO-Verbündeten an vier Stellen an. ...

Der überraschende Angriff ist mit Luftangriffen auf die Flugplätze der NATO, die NATO-Luftstreitkräfte, Depots und Regierungszentralen verbunden.

Die Neutralität Schwedens, der Schweiz und Österreichs wird gewahrt. ...

Die militärischen Aktionen des Warschauer Paktes werden in der Tiefe aller Operationsgebiete erfolgreich durch weitere subversive Aktionen des "Verdeckten Kampfes" unterstützt. "Stille" Zellen vorbereiteter Aktionsgruppen werden an vielen Stellen aktiviert. Diese werden von linksgerichteten Sympathisanten unterstützt. Sie lähmen empfindlich die Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung, besonders die Energiequellen, Fernmeldeeinrichtungen und Verkehrsverbindungen. Es fehlen vorbereitete Kräfte zur Gegenwehr. In Großstädten und Ballungsgebieten ist Chaos die Folge.

In fünf Tagen wurden die mit 28 Divisionen tapfer kämpfenden NATO-Verbündeten durch die anstürmenden Verbände des Warschauer Paktes auf eine Linie Flensburg - Weser - Kassel - Nürnberg - München, unter schweren Verlusten auf beiden Seiten, zurückgedrängt.

Die zweiten Staffeln der Fronten der Warschauer Pakt-Streitkräfte stehen vor ihrem entscheidenden Einsatz zum Durchbruch auf ihre operativen Ziele. Nur noch 6 frische Gegenangriffsddivisionen der NATO stehen zur Verfügung. Auch die französischen Streitkräfte wurden mit 6 Divisionen im Süden zur Verstärkung des V. US- und des II. Deutschen Korps in den Kampf geworfen.

Der amerikanische Präsident warnt in einer Note die UdSSR vor weiterem Vordringen mit einer Androhung des Einsatzes nuklearer Mittel.

Die Sowjetunion wiederholt ihr Ultimatum einer westdeutschen Neutralität und droht mit atomaren Gegenschlägen im Falle des Bruches des Kriegsvölkerrechts durch die USA. Sie weist darauf hin, daß im Zusatzprotokoll zum humanitären Kriegsvölkerrecht der Einsatz von A-Waffen auf bevölkerungsstarke Gebiete verboten sei. Würden die USA diesen 1977 von 140 Staaten paraphierten Vertrag brechen, könnte auch die Sowjetunion sich nicht daran halten.

Die Streitkräfte des Warschauer Paktes setzen ihre zweite Staffel zum Durchbruch in die Bundesrepublik ein.

Im Norden haben sie die Sperre zwischen Island und Großbritannien geschlossen und die Seeverbindungen zwischen den atlantischen Partnern unterbrochen.

Im Süden konnten sie Italien und das südliche Mittelmeer "neutralisieren".

Die deutsche, dänische, norwegische und holländische Bevölkerung sind in ihrem Durchhaltevermögen erschüttert. Besonders die Zivilbevölkerung leidet unter Flüchtlingsströmen. Hunderttausende sind nach Westen unterwegs und nicht mehr zu ordnen. Versorgungsschwierigkeiten nehmen zu. Verletzte und Kranke können in den überfüllten Krankenhäusern kaum noch versorgt werden.

Orte im Kampfgebiet werden nach Kriegsvölkerrecht zu "unverteidigten Ortschaften" erklärt. Sie werden von den kämpfenden Soldaten verschont. Die Erklärungen der rückwärts gelegenen Städte und Ballungsgebiete zu "offenen Städten" und "neutralisierten Zonen" werden nicht anerkannt.

Militärisch sind die mit konventionellen Waffen kämpfenden Verbände der NATO nicht mehr

in der Lage, den offenen Raum in der Tiefe zu decken, Europa liegt als Beute der Sowjets offen.

Nachschub an Truppen und Material über den Atlantik kann nur noch unter großen Verlusten herangeführt werden. Die Vorräte an Munition und schwerem Material geht zu Ende. 3.000 der 6.000 Panzer der NATO und 50 % ihrer Artillerie sind ausgefallen.

Die Sowjets haben von ihren 28.000 Panzern 8.000 und von ihrer Artillerie 30 % eingebüßt, trotzdem setzen sie ihre "kühnen Stöße" in immer raumgreifenderen Operationen energisch fort. Sie kämpfen gegen die Zeit, denn in einigen Ländern ihres Blocks wurden Truppenbewegungen gestört und Versorgungseinrichtungen durch Partisanen gelähmt. Die Chinesen versammeln an ihrer Nordgrenze 100 Divisionen und drohen mit dem Einsatz ihrer Atomwaffen auf Moskau.

Am siebenten Tag der sowjetischen Offensive setzen die USA "selektiv" drei Atomwaffen mit je 10 Kilotonnen (Kt) ein.

1. Ziel: Eisenbahnknotenpunkt bei Lodz in Polen,
2. Ziel: Ö raffinerie bei Ploesti in Rumänien,
3. Ziel: Hafenanlage Triest.

Der Einsatz wird mit einer Note des US-Präsidenten abgeschlossen, die besagt, daß bei weiterem Vordringen der sowjetischen Angriffsdivisionen der Nuklear-Krieg bis zur letzten Konsequenz geführt werden würde.

Die Sowjets antworten mit Atomschlägen auf NATO-Ziele mit 100 Atomsprengköpfen SS 20 und Backfire-Bombern. Ziele sind:

1. die Auffrischungsräume der 7. Panzer-Grenadierdivision bei Unna, Hauptquartiere, Depots und Flugplätze,
2. der britische Hafen Portsmouth,
3. die Mobilmachungsräume einer italienischen Reservedivision bei Mailand,
4. die Versammlungsräume von 2 amerikanischen Divisionen im Raume Frankfurt und 3 französische Divisionen im Rheintal südlich (von) Mannheim und um Straßburg sowie die amerikanischen Flugplätze in Südwestdeutschland.

Zugleich setzen sie "Killer-Satelliten" mit nuklearen Köpfen und Laserstrahlen zum Ausschalten der amerikanischen Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten im Weltraum ein. Das amerikanische Frühwarnsystem wird hierdurch empfindlich gestört. Der Einsatz strategisch-nuklearer Waffen der USA scheint gefährdet.

Der US-Präsident gibt aufgrund des Drängens der NATO-Verbündeten die atomaren Gefechtsfeldwaffen frei. Die Sowjets antworten mit weiteren Einsätzen nuklearer Gefechtsfeld- und Mittelstreckenwaffen (SS 20). Zugleich setzen sie Nervengas-Kampfstoffe gegen die NATO-Landstreitkräfte ein. Große Verluste unter den NATO-Truppen und Millionen Tote unter der deutschen, holländischen, dänischen Bevölkerung sind die Folge.

Nach anfänglicher Entlastung bricht der Widerstand der NATO zusammen. Sowjetische Landstreitkräfte erreichen ihre Ziele: die Nordseehäfen, die Westgrenze Frankreichs und die Neutralisierung Italiens und Griechenlands. ...

Die Bundesrepublik ist verloren.

Wirtschaftskraft und Versorgungseinrichtungen sind vernichtet.

Eine Strategie hat das zerstört, was sie erhalten sollte: die Substanz der Bevölkerung und das Territorium der Bundesrepublik, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks und von Teilen Frankreichs.

Phase 2 eines dritten Weltkrieges

Seekrieg

Die Flotten der UdSSR und der USA haben den Kampf zur See verstärkt. ...

Nach 8 Tagen sind 50 % der sowjetischen und 30 % der westlichen Seestreitkräfte vernichtet.

Damit ist die sowjetische Flotte nur noch begrenzt in der Lage, die Forderung ihres Schöpfers, des Admirals Gorschkow, zu erfüllen, "die Unterstützung der Landstreitkräfte und der Luftwaffe gegen das gegnerische Territorium".

Der Kampf im Weltraum

Während der Seegefechte hat der Kampf um die Vorherrschaft im Weltraum begonnen. Dort unterhalten beide Seiten etwa 4.000 Satelliten und 5 Weltraumstationen für die Aufgaben der Frühwarnung, der Aufklärung und Kontrolle der Territorien und Meere sowie des Luftraumes. Die Aufrechterhaltung ihrer Funktionen ist strategisch entscheidend. Wer die Vorrangstellung im Weltraum besitzt, kann Frühwarnung, Aufklärung und Lenkung der strategisch-nuklearen Lang- und Mittelstreckenraketen weitgehend ausschalten. ...

Der Kampf im Weltraum endet zunächst remis. Es wurden etwa je 60 % der gegnerischen Satelliten ausgeschaltet. Damit reduziert sich zugleich der mögliche Einsatz der strategisch-nuklearen Potentiale um die Hälfte.

Die dritte Phase eines dritten Weltkrieges – strategischer und nuklearer Krieg

Die Sowjets fordern die Europäer zur Kapitulation auf. Der amerikanische Präsident fordert dagegen die Einstellung aller Kampfhandlungen in Mitteleuropa, im Mittelmeer und in Asien. Andernfalls würden die USA das letzte Mittel nicht scheuen: den Einsatz strategischer Nuklearwaffen.

Eine Kapitulation der NATO wird von den USA, Frankreich und Großbritannien abgelehnt.

Die Sowjets antworten mit Nuklearschlägen ihrer strategischen land- und seegestützten Nuklear-Raketen auf Peking, Shanghai und Nanking in Asien, weiterhin in Europa auf Southampton und Birmingham. Wieder werden amerikanische Ziele ausgenommen.

Der US-Präsident entschließt sich zum Äußersten, einem strategisch-nuklearen Angriff auf 30 wichtige Ziele in der Sowjetunion und das Territorium ihrer Verbündeten. Sie treffen Wirtschaftszentren, militärisch wichtige strategische Punkte und Versorgungsknotenpunkte. Mit diesem Schlag werden gleichzeitig die Angriffe auf alle sowjetischen strategischen atomaren U-Boot-Träger wiederholt.

Die Sowjetunion antwortet mit einem Gegenschlag auf westliche Großstädte; Washington, New York, Chicago, San Francisco, Montreal, London.

Die noch vorhandenen Atomwaffen der USA werden auf Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Irkutsk und Wladiwostok abgeschossen. Städte des Warschauer Paktes werden ausgenommen. 15 Millionen Tote in der Sowjetunion und 30 Millionen tote US-Bürger sind zu beklagen. ...

Die vierte Phase des dritten Weltkrieges:

Der Aufstand der asiatischen Völker und der arabischen Welt

Während die USA und die Sowjetunion nach einer Bilanz des Grauens versuchen, ihren Handlungsspielraum wiederzugewinnen und vergeblich Noten austauschen, geschieht etwas schon längst Geahntes, aber letztlich doch Überraschendes. Der Meuterei asiatischer Truppenkontingente der sowjetischen Fernostarmee in der chinesischen Provinz Shenyang schließen sich weitere sowjetische Truppenkontingente an. 65 % ihrer Soldaten sind Asiaten.

Das ist der Auftakt zu Aufständen in allen sowjetischen Volksrepubliken mit asiatischer Bevölkerung, aber auch zu Volksaufständen im gesamten Herrschaftsbereich des Warschauer Paktes.

Die sowjetische Regierung wird gestürzt.

Der Kampf an allen Fronten wird eingestellt.

In Mekka ruft ein Ayatollah zum heiligen Krieg des Islam auf. Der ganze Nahe und Mittlere Osten, Pakistan, der südwestliche Teil Rußlands und die Völker in der Nordhälfte Afrikas schließen sich dieser Bewegung an. Unter Führung eines Gaddafi wird die bisherige Neue Arabische Liga um etwa 300 Millionen engagierte Moslems erweitert. Trotz heftiger Gegen-

wehr werden Israel und die bisher prowestliche eingestellten Regierungen in Saudi-Arabien, den arabischen Emiraten und Ägypten überrannt. Die Aufstände im Iran 1978/79 wiederholen sich und erreichen bedrohliche Ausmaße.

Ein gewaltiger asiatisch-arabischer Block mit überragenden Kraftfeldern ist entstanden. Er umfaßt die Hälfte der Bevölkerung der Welt, besitzt die entscheidenden Rohstoff- und Energievorräte, kontrolliert aus einer geostrategisch-zentralen Position heraus das Mittelmeer, Afrika und Asien.

Er wird sich dank seiner Machtinstrumente von den noch lebensfähig gebliebenen westlichen Völkern und Japan rasch die noch fehlenden Instrumente beschaffen: Technologie, Management, Organisation.

Auch diesem Block wird nicht alles gelingen können, denn die Vielfalt seiner Rassen, Ideologien und Religionen ist zu groß. Er wird aber ein wichtiger Partner aller vernachlässigten Regionen in der Dritten Welt und in Südamerika sein und niemals mehr eine Dominanz freier westlicher Demokratien zulassen, denn seine Voraussetzung ist die Diktatur, ohne die er seine Völker nicht zusammenhalten kann.

Ein Friede ganz anderer Qualität ist entstanden.

Die Vormachtstellung der USA und der Russen ist gebrochen. Keiner von beiden konnte die Weltherrschaft erringen oder behaupten.

Ihre Militärstrategien haben ihre politischen Ziele und Europa zerstört. Der Krieg hat sich für sie nicht als die zweckmäßige Fortführung der Politik mit anderen Mitteln erwiesen, sondern als ihr Mörder. Er wurde durch die Gewalt seiner Zerstörungskraft aus seiner historischen Funktion gedrängt, er hat seine Grenzen zum "Äußersten" (Clausewitz) überschritten. Diese Erkenntnis haben über hundert Millionen Menschen mit ihrem Leben, weitere unzählige Millionen mit dauerndem Siechtum bezahlen müssen.

Aus dieser vorgestellten apokalyptischen Vision können wir nur einen einzigen Schluß ziehen: Die Erkenntnis muß auf einem neu zu durchdenkenden unblutigen Wege gewonnen werden!

Zwingend aber ist nach diesen Erkenntnissen, daß ein dritter Weltkrieg ausgeschlossen sein muß, wenn auch nur ein Funke der Vernunft der Regierenden vorausgesetzt werden kann. Erkennbar ist, daß Weltherrschaft durch Krieg oder militärische Mittel im 20. und 21. Jahrhundert nicht mehr ausgeübt werden kann.

Vorstellbar bleibt, daß andere als die heutigen Strategien den Frieden und die Welt tatsächlich in Balance halten können. Entscheidend für diese Vorstellung ist, daß die Militärstrategien und die anderen Machtinstrumente dem politischen Ziel mehr entsprechen als heute. ...<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 20. Januar 1983 das Jahr 1983 zum "300. Jubiläumsjahr der deutschen Siedlung in Amerika".

Am 6. Oktober 1683 trafen 13 Leinenweber aus Krefeld mit ihren Familien in Philadelphia ein und gründeten dort die erste deutsche Siedlung Germantown.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb über die militärische US-Wettrüstung in den 1980er Jahren (x068/357-361): >>"Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator ..."

Unter der Reagan-Bush-Administration arbeiteten über 30.000 US-Industrieunternehmen und mehr als 6,5 Millionen Amerikaner für den "militärisch-industriellen Komplex". Unter Reagan/Bush würden dafür an jedem Arbeitstag mehr als 50.000 Lieferkontrakte von den Bevollmächtigten des Pentagons und der Waffengattungen unterschrieben und Tag für Tag fast 900 Millionen Dollar dafür ausgegeben.

Denn es mußte Geld kosten, viel Geld!

Gegen Ende der achtziger Jahre hatten die USA 360 Militärbasen in Übersee. Und jährlich investierten sie dort über 1,5 Milliarden Dollar in neue Militäranlagen.

Aber die Militäranlagen hatten dem Dollar zu dienen - und dann allenfalls noch ein bißchen umgekehrt. Doch die Priorität stand fest. Viel kosten, viel verschlingen mußte alles.

Allein der Unterhalt der US-Air-Force verschlang in den achtziger Jahren eine größere Summe, als ganz Lateinamerika, Afrika und Asien (mit Ausnahme Japans) für Kindererziehung ausgeben konnten.

Die Yankees dagegen geben viel für Kindererziehung aus, selbst noch für die Erwachsenen, weil sie noch nicht so erzogen sind, wie heute Kinder erzogen werden.

In der Reagan-Bush-Zeit bekamen da und dort Vierzehnjährige schon Waffenausbildung. Sie zogen zu Kriegsspielen ins Gelände, in gewissen Schulen stets in Uniform, mit militärischen Dienstgradabzeichen, auch die Mädchen.

Nazimethoden?

200 Millionen Kriegsspielzeuge wurden Jahr für Jahr an amerikanische Kinder verkauft.

Doch nicht die Jugend nur, fast die ganze Gesellschaft wurde vom Militär fasziniert, das ganze Land beinahe zu einer Art Militärarsenal - nicht im Dienst übler Kampf- oder Kriegshysterie, oh nein, es diente dem militärisch-industriellen Komplex. Das andere war eher ein Nebenprodukt, das man, gar nicht ungern, buchstäblich in Kauf nehmen konnte.

Zumindest in den ersten Jahren der Reagan-Bush-Administration standen in den USA rund zwei Millionen Menschen unter Waffen, davon 170.000 Frauen. Etwa ein Drittel der Kampfverbände aber befindet sich in der Regel im Ausland: in Europa, in der Karibik, im Bereich des westlichen Pazifik, des Indischen Ozeans.

Weiß man doch, wie oft man da schon zu operieren hatte, immer wieder, in Mittelamerika, in Kuba, im Libanon, im Persischen Golf, im Iran, Irak, in Libyen, in Vietnam?

Nach Ermittlungen der Historiker B. M. Bleichman und Stephen S. Kaplan intervenierten die USA mit militärischem Einsatz in den ersten dreißig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit in 215 Fällen.

Trotz der gewaltigen Kriegsmaschinerie aber, trotz des größten Militärapparates der Welt, der jeden Punkt des Planeten entweder "schützt" oder bedroht, trotz des zeitlichen Vorsprungs bei der Produktion der meisten stets schrecklicheren Waffen, eines Vernichtungspotentials, wie es die Welt noch nie gesehen, schwätzten sie ihr immer wieder ihre Unterlegenheit vor, entsetzten sie die Nation und die Verbündeten, ihre "Freunde", mit klaffenden Lücken, Lücken bei dieser, bei jener Waffe, eine Lücke in der Panzerwaffe gab es, eine "bomber gap", eine "missile gap", eine Unausgewogenheit bei den Raketen - entsprechende Lügen ihrer Präsidenten und Propaganda am laufenden Band. "Die Wahrheit ist", log Reagan 1982, "daß die Sowjetunion in der Tat eine definitive Überlegenheit besitzt ..."

Der Zweck des Dauergeschwätzes von all den "Lücken", den "Ungleichgewichten", dem Vorsprung oder doch bald drohenden Vorsprung der Russen war es, das irrsinnige Rüstungsgeschäft immer mehr in die Höhe zu jagen. 1940 hatte man dafür zwei Milliarden Dollar ausgegeben, 1945 schon 86 Milliarden, 1970 bereits 104 Milliarden, inzwischen sind es 300 Milliarden.

Sagte ich irrsinnig?

Wie leichtfertig. Denn all dies mußte sein - ein Erfordernis der Verantwortung einfach.

Waren doch alle US-Streitkräfte, Heer, Marine, Luftwaffe, Marineinfanterie, stets beinahe kriminell schlecht ausgerüstet, wie die Rüstungsindustrie wußte. Sie alle hatten über kurz oder lang (aber öfter über kurz) veraltete Waffen und mußten immer wieder neu bestückt werden. Und wird ein im Verteidigungsbereich so ahnungsloser Mann wie Caspar Weinberger Verteidigungsminister, mußte der Militärisch-industrielle Komplex ihn natürlich beraten, sorgfältig beraten, aus seinen Erfahrungen heraus.

Und wirklich konnte man seine Bedürfnisse derart plausibel machen, daß Weinberger dem Kongreß Anfang 1981 einen Fünfjahresplan zur Wiederaufrüstung in Höhe von insgesamt 1,5

Billionen Dollar präsentierte. Man sollte meinen - auch wenn da noch etwas reduziert werden mußte - das reicht. Aber nein, ermittelte das Pentagon doch bei der Kontrolle von 774 Rüstungspreisen immerhin 365 grobe Preisüberschreitungen mit einem Gesamtwert von 788,9 Millionen Dollar. Und das Überschreiten nimmt in jüngster Zeit ständig zu. So stiegen die staatsanwaltlich verfolgten Betrugsfälle von 770 im Jahr 1984 auf 1.421 im Jahr 1986. Dazu kamen im selben Zeitraum noch 511 staatsanwaltliche Bestechungsdelikte.

Die Rüstung und Überrüstung, die eine Eskalation aufzuweisen hatte, wie sie nur unter Wahnsinnigen möglich scheint, da sie längst reichte, den Planeten mehrfach in die Luft zu jagen, war freilich vernünftig, dachte man nur an das Geschäft dabei. Und gewisse, und zwar die maßgebenden Kreise dachten ganz offenbar nur an das Geschäft, das immer astronomische Summen einbrachte, wobei sich, bizarr genug, nicht auch die Waffen im gleichen Maße mehrten.

Rolf Winter hat gezeigt, daß die erste Reagan-Bush-Regierung für 75 % mehr Geld für die Air Force nur 8 % mehr Flugzeuge erhielt; für 91 % mehr Geld für Raketen nur 6 % mehr Raketen; für 147 % mehr Geld für die Panzerwaffe nur 30 % mehr Panzer.

Ein Skandal?

Aber nein. Es hing und hängt damit zusammen, daß, was wir alle kennen, alles einfach immer teurer wurde und wird, laufend, laufend, was hier nur die sogenannte AMRAAM-Rakete, eine "Fortgeschrittene Mittelstrecken-Luft-Luft-Rakete" veranschaulichen soll. 1977 bezifferte man den Stückpreis in Washington auf 45.000 Dollar, 1981 stieg der Preis schon auf 115.000 Dollar, bis 1984 kletterte er auf 305.000 und 435.000 Dollar, schließlich kosteten die ersten 90 Raketen pro Stück 871.000 Dollar - und noch 1989 trafen nur die allerwenigsten dieser Raketen überhaupt ihr Ziel, wohl das Beste, was man von ihnen sagen kann - aber irgendwohin trafen und treffen sie natürlich doch.

Also, man muß sich über Wasser halten. Man muß sich nach der Decke strecken. Und so hält man sich und streckt sich. Und je mehr man verdient, desto weniger zahlt man natürlich im Verhältnis dem Staat. Das dürfte weithin in der Welt zwar ähnlich sein. In den USA aber zahlten Rüstungsriesen mit Hunderten von Millionen, ja mit Milliarden Dollar Reingewinn in den ersten vier Jahren der Reagan-Regierung überhaupt keinen Cent Einkommensteuer: zum Beispiel "Lockheed" mit 1,7 Milliarden Dollar Profit, "Boeing" mit 2,1 Milliarden Dollar Profit, "General Electric" mit 9,6 Milliarden Dollar Profit.

Aber leider: nur vier Jährchen lang.

Warum nicht länger?

Ja, das fragt man sich.

Warum nicht stets?

Versteht man, weshalb so viele Präsidenten schon lehrten:

Je weniger Staat, desto besser?

Weshalb Reagan schon in seiner Rede zum Amtsantritt sagte, der Staat sei "nicht die Lösung, der Staat ist das Problem"?

Gut gesagt, Sir.

Und versteht man jetzt auch, warum die Sowjetunion immer böser, immer stärker, immer überlegener wurde - obwohl sie es doch längst nicht (mehr) war?

Im selben Jahr, als Präsident Reagan log, in Wahrheit besitze die Sowjetunion eine definitive Überlegenheit, im selben Jahr, am 29. April 1982, beantwortete sein Verteidigungsminister Weinberger vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Frage, ob er lieber über das sowjetische oder das amerikanische Atomarsenal verfügen würde: "Auch nicht einen Augenblick würde ich irgend etwas tauschen, denn wir haben einen unerhörten technologischen Vorsprung."

So war es. Und der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Ustinow sagte denn auch mit

allem Recht ein Jahr darauf. "Sehen wir uns doch an, wer wirklich der Initiator des Wettrüstens ist. Die Frage sei gestattet, wer als Erster eine Atomwaffe geschaffen und sie gegen die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki angewandt hat?

Wer als Erster Tausende von Bombenflugzeugen als Träger für Kernwaffen gebaut und damit begonnen hat, Interkontinentalraketen in Massen zu produzieren und zu stationieren, sowie die Zahl der atomar angetriebenen U-Boote mit ballistischen Raketen an Bord zu vergrößern?

Wer war der Erste bei der Ausstattung ballistischer Raketen mit individuell gesteuerten Mehrfachsprengköpfen?

Wer hat mit der Produktion der Neutronenwaffe und der binären chemischen Waffen begonnen?"

Wer versucht, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen?

Gleichwohl haben die USA systematisch die Hysterie, den "Kalten Krieg", die panische Angst vor den Russen geschürt, die in Wirklichkeit immer mehr zu Tode gerüstet wurden, wie sich inzwischen drastisch genug gezeigt hat.

Und Ronald Reagan konnte im Bewußtsein dieser ungeheuren Überlegenheit im Weißen Haus zwischen Suppe und Hauptgericht gelassen einen "begrenzten atomaren Schlagabtausch" in Europa ventilieren, ohne daß ihm der Appetit verging.

Warum auch?

Sein Abrüstungsexperte, Eugene Rostow, beurteilte 1981 bei einer Anhörung im Senat das Überlebensrisiko optimistisch. Er zögerte keinen Augenblick, in diesem Zusammenhang das Aufblühen Japans nach dem amerikanischen Nuklearangriff zu erwähnen, ja, erklärte dem ziemlich verblüfft nachfragenden Senator: "Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator Fell". ...<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/232-234): >>... Der ... US-Psychologe Sniderman beschreibt den Gegenpol zur Selbstachtung, die stets mit einem diffusen Schuldgefühl verbunden sei und zu leichter Verletzbarkeit und zu feindseligen Reaktionen führe. Ein freudloser Mensch ohne Selbstachtung wird seinen Minderwertigkeitskomplex eher auf aggressive Weise zu kompensieren versuchen ...

Nun könnte man dagegenhalten, das Selbstwertgefühl sei in Deutschland schon immer schwächer ausgeprägt gewesen als bei seinen Nachbarn und dabei auf die Jahrhunderte alte Spottfigur des "deutschen Michel" verweisen, der es jedem recht machen will und keinem recht machen kann. ...

Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x075/115-116, x028/190, x073/220): >>Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. ...

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen und politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir gedenken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. ...

Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte. ...

Wir alle ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. ...<<

>>... Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai (1945) bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel blieben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn es ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause. ...<<

>>... Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsge-

bieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Ein US-Politiker berichtete im Jahre 1985 über die Arbeit der Vereinten Nationen (x067/165):

>>... Teuer, nutzlos, schwatzhaft, antiwestlich, antisemitisch, unrealistisch, handlungsunfähig – jeder Vorwurf stimmt und wird mit jeder Vollversammlung berechtigter, die nach großen Reden ergebnislos auseinandergeht. ...<<

Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme (1927-1986) wurde am 28. Februar 1986 in Stockholm ermordet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete (später im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/54-55): >>Roter Schnee

_ von Sven Reuth

Stockholm, 28. Februar 1986: Auf dem Heimweg von einem Kinobesuch wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme erschossen. Geht der bis heute ungeklärte Mord auf das Konto einer berüchtigten Geheimarmee?

In den Augen vieler Linker ist Schweden seit den 1970er Jahren ein Musterland der westlichen Welt: Mit dem sogenannten Nordischen Modell setzt man auf den Ausbau des Sozialstaates, die Gleichstellung der Geschlechter im Berufsleben und ein flächendeckendes Angebot an Kindertagesstätten. Personifiziert wird dieser Wandel durch den Sozialdemokraten Olof Palme, der als Freund der Dritten Welt und Abrüstungspolitiker gilt, und der im Jahr 1969 im Alter von nur 42 Jahren zum ersten Mal Ministerpräsident wird. Unter der gesellschaftlichen Oberfläche ist das Land freilich tief gespalten.

Vielen Bürgern erscheinen die Schattenseiten mit der Zeit immer offenkundiger: Die Staatsverschuldung steigt enorm an - und in den Großstädten entstehen wegen der laxen Zuwanderungspolitik die ersten geschlossenen Migrantenghettos.

Palme plante ein atomwaffenfreies Skandinavien.

Hinzu kommt, daß Palme kein Mediator ist, sondern jemand, der Meinungsgegner mit schneidender Arroganz heruntermacht. Die Zerwürfnisse, die er durch seine konfrontative Art verursacht, reichen bis in sein engstes Umfeld. Sein eigener Bruder Claes nimmt 1983 an Massenprotesten gegen die Regierung teil, und es scheint dem Ministerpräsidenten nichts auszumachen, daß die Menge dabei "Palme, Feigling!" skandiert, weil er nicht vor das Parlament treten und mit den Demonstranten reden will. Bald macht das Wort vom "palmehat", dem "Palmehaß", die Runde.

Trotz seiner menschlichen Schwächen ist der schwedische Premier einer der profiliertesten Friedenspolitiker seiner Zeit. Wie kaum ein anderer bemüht er sich, die starren Fronten des Kalten Krieges zu unterlaufen. Gemeinsam mit dem SPD-Außenpolitiker Egon Bahr verfolgt er den Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und will eine solche gemeinsam mit seinen skandinavischen Kollegen auch in den nördlichen Ländern schaffen.

Einzelne Politiker des NATO-Blocks werfen Palme vor, zu passiv auf eine mutmaßliche Verletzung der schwedischen Seegrenzen durch sowjetische Atom-U-Boote zu reagieren - brandgefährliche Spekulationen für ein Land, das im Kalten Krieg darauf angewiesen ist, seinen Ruf als neutraler Makler zwischen den Blöcken nicht aufs Spiel zu setzen.

Geheimarmee am Nordkap

Viele der hochtrabenden Pläne des Politikers sterben mit seinem gewaltsamen Tod in jener eiskalten Februarnacht, als er mit seiner Frau Lisbet ohne Polizeischutz unterwegs ist und am Sveavägen, einer Hauptstraße im Stadtzentrum, auf seinen Mörder trifft, der nach der Tat unerkant entkommen kann. In den Wochen nach dem Verbrechen reiben sich viele Schweden

verwundert die Augen über den geradezu slapstickartigen Dilettantismus, mit dem die Ermittlungen geführt werden.

Befand man sich wirklich noch in einem der am besten verwalteten Länder der Welt oder in einer Bananenrepublik? Nicht einmal an Kontrollen abgehender Züge und Straßensperren zur Ergreifung des Täters hatte man gedacht.

Noch merkwürdiger wird es, als herauskommt, daß der damalige Stockholmer Polizeichef und Leiter des Inlandsgeheimdienstes SÄPO, Hans Holmer, falsche Angaben über seinen Aufenthaltsort während des Mordes gemacht hat. In dem Hotel, in dem er gewesen sein will, hat ihn niemand gesehen - und auffällig ist auch, daß sich Holmer als Leiter der Mordkommission auf eine Spur in Richtung der kurdischen PKK versteift, die von Anfang an als nur wenig plausibel erscheint.

Ein NATO-Dokument legt die Verstrickung der CIA-Killertruppe Pegasus nahe.

Bis heute gibt es Stimmen, die sein Agieren nicht für Zufall, sondern für bewußte Sabotage der Ermittlungsarbeiten halten. Klar ist jedenfalls, daß damals Einheiten einer CIA- und NATO-geführten Stay-behind-Truppe auch in Schweden agieren, obwohl das Land dem Nordatlantikpakt nie angehörte.

Der frühere CIA-Direktor William Colby berichtet in seinen Memoiren *Honorable Men - My Life in the CIA* sogar über den unter seiner Mitwirkung durchgeführten Aufbau einer Schattenarmee in dem skandinavischen Land. Diese sollte nicht nur als Guerilla-Armee im War-testand auf einen Angriff der Staaten des Warschauer Blocks vorbereitet sein, sondern wurde vermutlich auch zur Ausübung von Attentaten eingesetzt.

Waffen für Teheran

Die beiden Geheimdienstkenner Patrik Baab und Robert E. Harkavy sehen in dieser Stay-behind-Organisation die Struktur, die hinter dem Palme-Mord steckt. In ihrem Buch *Im Spinnennetz der Geheimdienste* (2017) verweisen sie darauf, daß Palme vermutlich ein früherer Mitwisser der Iran-Contra-Affäre gewesen sei und deshalb - wie der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel - in Gefahr geriet.

Tatsächlich ließ Palme großen schwedischen Rüstungskonzernen wie Bofors und Saab trotz seiner eigenen pazifistischen Positionen große Freiräume. Nach den Recherchen Baabs und Harkavys hat er die Lieferung von Embargogütern in den Iran zumindest zeitweise geduldet. Diese ging über Israel, und die diskrete Verbindung der beiden Todfeinde verlangte höchste Geheimhaltung.

Die merkwürdige Allianz, die auf den ersten Blick widersinnig erscheint, kam deshalb zustande, weil sowohl Teile der US-amerikanischen als auch der israelischen Geheimdienste damals im Irak von Saddam Hussein eine größere Bedrohung als in der islamischen Schiiten-Republik sahen. Natürlich wollten die Dienste mit ihren Waffenlieferungen aber auch die gegenseitige Zerfleischung der beiden nächstlichen Regionalmächte fördern. Palme soll die schwedischen Lieferungen jedoch im Jahr 1985 beendet haben.

Berücksichtigt werden muß natürlich auch, daß das von dem schwedischen Ministerpräsidenten angestrebte atomwaffenfreie Skandinavien aus Sicht der NATO-Strategen eine Katastrophe gewesen wäre, da die USA dann ihr nukleares Arsenal aus Norwegen hätten abziehen müssen und die gesamte nördliche Verteidigungslinie des Nordatlantikpakts zusammengebrochen wäre. Hardliner innerhalb der Geheimdienste der NATO-Länder hätten ganz sicher mehr als nur ein Motiv für die Ermordung Palmes gehabt.

Baab und Harkavy belegen diese These sogar mit einem Dokument des Special Operations Planning Staff der NATO aus dem Jahr 1985, das eine Verantwortung der CIA-Killertruppe Pegasus für den Palme-Mord nahelegt. Die Authentizität solcher Quellen kann natürlich kaum überprüft werden. An die jahrzehntelang kolportierte These des verrückten Einzeltäters will in Schweden aber auch niemand mehr glauben, da zu viele Mosaiksteine auf einen Geheim-

diensthintergrund verweisen.<<

In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 geht (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete im Jahre 1986 in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die verdeckte Errichtung einer totalitären Weltdiktatur (x364/242-243): >>**XIV. Generalplan für eine Weltdiktatur**

"Was ist Wahrheit?" fragte ein hoher Beamter des römischen Reichs vor rund zweitausend Jahren. Eine Frage, die noch heute die meisten Menschen von sich abschütteln, sobald sie mit ihr in Berührung kommen. Unser Geist ist mit einem unerhört komplexen Computer zu vergleichen. Tag für Tag durchzucken ihn Millionen von Informationen, die über die fünf Sinne in ihn hineingelangt sind. Auf der Basis dieser Datenlawine und unserer Auswertung dieser Daten treffen wir täglich Millionen von Entscheidungen. So automatisch ist der Ablauf, daß wir uns der jeweils getroffenen Entscheidung nur selten bewußt sind.

Leider läßt sich die große Mehrheit der Menschen durchs Leben treiben, während sie diese automatischen oder halbautomatischen Entscheidungen trifft, die nur allzuoft auf Fehlinformationen, Halbwahrheiten und mitunter sogar auf unverblühten Lügen beruhen. Das ist ein unbewußter Prozeß. Oft erkennen wir die Gefahr erst, wenn es zu spät ist.

Wie steht es mit neuen oder uns nicht vertrauten Informationen? Wie werden wir mit Daten fertig, die unserem geistigen Computer unmittelbar "erleuchten"? In den meisten Fällen tritt ein hochentwickelter, extrem empfindlicher Abwehrmechanismus in Aktion und überflutet uns mit beliebig vielen scheinbar logischen "Gründen", die erklären, warum es am besten ist, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die neue Wahrheit baldmöglichst fallen zu lassen.

Churchill drückte das einmal so aus: "An irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens stolpern die meisten Menschen einmal über die Wahrheit. Der größte Teil von ihnen springt auf, klopft den Staub von den Kleidern und eilt seinen Geschäften nach, als sei nichts geschehen."

Wie handeln Sie in einer solchen Situation? Wenn Sie wirklich darüber nachdenken, werden Sie zugeben, daß Churchills Beobachtung wahr ist und in irgendeiner Form auch auf Sie zutrifft. Den meisten Menschen erscheint die Welt als heilloses Durcheinander sich widersprechender, verworrener Ideologien.

Und doch existiert ein Generalplan, nachdem seit Beginn des 20. Jahrhunderts die systematische Zerstörung der Zivilisation, aller Regierungen und Religionen und die ersten Schritte für die Errichtung einer totalitären Weltdiktatur abgelaufen sind. Er ist bekannt und wurde mehrmals veröffentlicht. Dieser Generalplan für unser Jahrhundert basiert auf dem berühmten Bericht über die Aktivitäten und Pläne der Illuminaten in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts.

Die Führer der Illuminaten sind eine kleine, aber mächtige Gruppe, die sich aus internationalen Bankiers, Industriellen, Wissenschaftlern, militärischen und politischen Führungskräften, Erziehern, Wirtschaftlern zusammensetzt. Sie alle haben die satanische Doktrin Adam Weishaupts und Albert Pikes akzeptiert. Sie verehren Satan, wie das von Albert Pike in seinem Buch "Morals and Dogma" gefordert wird. Sie anerkennen die Autorität keines Sterblichen außer ihres Führers. Sie dienen keiner Nation. Sie führen ihre Verschwörung fort, um schließlich die absolute Kontrolle über diese Welt und alles in ihr zu gewinnen.

Sie benutzen alle subversiven Bewegungen, um die Massen der Menschen in opponierende Gruppen in politischen, sozialen, rassistischen, wirtschaftlichen und religiösen Fragen zu zersplittern. Sie bewaffnen diese Gruppen und ermuntern sie, einander zu bekämpfen. Sie hoffen,

die Menschheit auf diesem selbstzerstörerischen Weg weiter zu führen, bis alle bestehenden politischen und religiösen Institutionen abgeschafft sind. Wenn das erreicht ist, soll ihr Despot Herrscher der ganzen Welt werden. Der Beweis für diese Behauptung ist in einem Dokument enthalten, das man das "neue Testament Satans" nennen kann.

Trotz aller Argumente über die Herkunft und den Ursprung des Testaments, ist es zweifellos und unwiderlegbar "der Plan", das "Komplott" oder der "Langzeitgeneralplan", mit dem diese verhältnismäßig kleine Gruppe immens wohlhabender, teuflisch geschickter und äußerst einflußreicher Männer die Führung in allen Bereichen der Gesellschaft stürzen und pervertieren will, um ihr Ziel zu erreichen. Sie versprechen Wohlstand, Luxus, "Selbstwertschätzung" und sinnliche Freude, um die Führer in die Falle zu locken, aus der es kein Entrinnen mehr gibt.

Die Männer, die in dem neuen Testament Satans die teuflische Verschwörung aushecken, waren keine Atheisten. Sie sind Mitglieder der Illuminaten, Jünger des ursprünglichen "Lichtträgers" Satan, des Teufels. Sie verehren Satan. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" (Anfang 1979) hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden.

Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan (Jerewan), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum (gegenüber dem Victoria und Albert Museum) ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen

Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."

Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als böse Täter verstanden werden?

Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich für die Demokratie führt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.

Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...

Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.

Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.

Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<

Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<

Die UdSSR ordnete am 25. Februar 1988 den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtete im April 1988 über eine Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (x853/...):

>>**Eine Proklamation zur Verhinderung von AIDS**

Der menschliche Immun-Defizit-Virus (HIV) und die Krankheit AIDS (erworbenes Immun-Defizit-Syndrom), zu der es dadurch kommen kann, ist in den Vereinigten Staaten und überall sonst ein sehr ernstes öffentliches Gesundheitsproblem.

HIV zerstört das Immun-System und greift das Zentralnervensystem an. Es führt zu verheerenden physischen Konsequenzen und letztlich zum Tod. Da der Virus eine lange Entwicklungsperiode hat und der Fortschritt der Krankheit von Individuum zu Individuum sehr stark variiert, können Menschen, ohne es zu wissen, jahrelang diesen Virus in sich tragen und weitergeben.

AIDS betrifft Tausende von Amerikanern. Eine unbekannt Zahl ist mit HIV infiziert, ohne daß sich irgendwelche Symptome zeigen. Der tödliche Virus wird im allgemeinen durch sexuellen Kontakt mit einer infizierten Person - insbesondere durch homosexuelle Praktiken - übertragen, durch intravenösen Drogengebrauch mit verseuchten Nadeln und durch Übertragung von infiziertem Blut.

Die überaus große und lebenswichtige Gesundheitsaufgabe unseres Landes, die Verhinderung und Behandlung von AIDS, ist angelaufen. Massive öffentliche und private Anstrengungen haben bereits zu definitiven Fortschritten in Forschung und Behandlung geführt. Jedoch ist unsere Kenntnis von AIDS noch immer unvollständig; es muß noch viel getan werden, ehe ein Impfstoff oder eine Heilmethode gefunden ist.

Eine präsidentiale Kommission studiert die öffentlichen Gesundheitsgefahren der HIV-Epidemie in medizinischer, juristischer, ethischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht. Sie wird im nächsten Jahr Vorschläge machen hinsichtlich föderativer, staatlicher und lokaler Maßnahmen, um die Öffentlichkeit vor der Ansteckung zu bewahren, ein Heilmittel zu finden und für jene zu sorgen, die angesteckt sind.

Medizin und Moral lehren das gleiche über die Verhinderung von AIDS. Der Surgeon General (Oberste Arzt der Nation) sagte den Amerikanern, der beste Weg zur Verhinderung von AIDS sei, sich sexueller Aktivitäten bis zum Erwachsenenalter zu enthalten und dann die Ausübung der Sexualität auf eine monogame treue Beziehung zu beschränken.

Dieser Rat und der Rat, zu Drogen ein Nein zu sagen, verhindert die Verbreitung der meisten AIDS-Fälle. Millionen befolgen bereits diesen weisen und zeitlosen Rat, doch unsere Nation bedauert, daß viele, die sich diesem verschlossen haben, große Pein, Niedergeschlagenheit und sogar den Tod zu erleiden hatten.

Erziehung ist das Wichtigste zur Verhinderung von AIDS. Eltern haben die primäre Verantwortung, ihre Kinder zur Erkenntnis der Schönheit und des Wertes von Keuschheit vor der Ehe und Treue in ihr zu führen, ihnen den Segen eines dauerhaften Familienlebens zu erklären und sie zu befähigen, ein Ja zum Leben und ein Nein zu Drogen zu sagen. Erzieherische An-

strengungen in diese Richtung sollten lokal entschieden werden und in Übereinstimmung stehen mit den Werthaltungen der Familie. Im Rahmen der Gesundheitserziehung können sachlich richtige Informationen über AIDS vermittelt werden, ohne einen besonderen Unterricht darüber vorzuschreiben. Eltern und Erzieher sollten die Kinder lehren, sich nicht in vorehelichen Sex einzulassen und keine Drogen zu nehmen; sie sollten Sexualität in den Kontext von Ehe, Treue, Verpflichtung und Reife einordnen.

Die Verhinderung von AIDS fordert auch die Verantwortung jener, die weitermachen mit dem Hoch-Risiko-Verhalten, das AIDS verbreitet. Während viele dieser Personen offensichtlich durch erzieherische Anstrengungen nicht überzeugt worden sind, haben einige begonnen, ihr Verhalten zu ändern.

AIDS ist eine fatale übertragbare Krankheit großen Ausmaßes und alle Menschen guten Willens müssen erkennen, daß es ein Gesundheitsproblem darstellt, dessen Verhinderung mindestens ebensolche Maßnahmen der Entdeckung, der Untersuchung und Behandlung erfordern, die regelmäßig gegen übertragbare Krankheiten geringeren Ausmaßes unternommen werden. Unser Ziel muß es sein, das Leben, die Gesundheit und die Wohlfahrt aller unserer Bürger zu beschützen. Die öffentlichen Amtsträger sind mit dieser Aufgabe betraut und müssen einen Eid ablegen auf die heilige Pflicht zu solchem Schutz. Unser Land benötigt Weisheit und Mut zu dieser Anstrengung.

Wir sollten uns auch erinnern, daß der Kampf gegen AIDS ruhige Überlegung, Mitgefühl und Überzeugungskraft benötigt; ruhige Überlegung, um zu erkennen, daß die Angst der Feind einer angemessenen Lösung ist; Mitgefühl für alle AIDS-Opfer und Überzeugungskraft, um Verständnis und Bereitschaft zu finden für den effektiven Kampf gegen diese große öffentliche Gesundheitsbedrohung!

Deshalb proklamiere ich, RONALD REAGAN, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, kraft der Autorität, die mir durch die Konstitution und die Gesetze der Vereinigten Staaten verliehen worden ist, den Monat Oktober 1987 als den Monat der AIDS-Achtsamkeit und – Verhinderung und rufe die Amerikaner dazu auf, diesen Monat mit Aufmerksamkeit und entsprechenden Aktivitäten zu begehen.

Um dies zu bezeugen, setze ich unter diese Erklärung meine Unterschrift am 29. September im Jahre unseres Herrn 1987 und im zweihundertzwölften Jahr der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika.

gez. Ronald Reagan<<

Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte.</u> Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit.</u> Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.

x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten</u> . Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x099	Löser, Jochen: <u>Gegen den Dritten Weltkrieg</u> . Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x148	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II</u> . Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik</u> . Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x171	Blondiau, Heribert (Hg.): <u>Tod auf Bestellung</u> . Politischer Mord im 20. Jahrhundert. 2. Auflage. München 2000.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch</u> . Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x190	Everett, Susanne: Die Geschichte der Sklaverei. Augsburg 1998.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x193	Joseph jr., Alwin M. u.a.: <u>Die Welt der Indianer</u> . Geschichte, Kunst, Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Auflage. München 1998.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4</u> . Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1</u> . 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust</u> . Die verschwiegene Geschichte. München 2004.

x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Morde</u> . Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Spezial Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.